

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis (beim Abnahmeort)
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 Gehört für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile ober deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berathungs-Anzeigen 25 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 gebuchte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
 Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Quotanten für
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Montags-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 21. April 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein Generalstreik der ungarischen Eisenbahner

Ist gestern abend auf den ungarischen Staatsbahnen ausgebrochen und hat im Laufe des Mittwochs einen außerordentlichen Umfang angenommen. Der Bahnverkehr ist auf einer ganzen Reihe von Strecken zum Stillstand gebracht. Die Regierung, die durch ihr brutales Vorgehen, durch Maßregelungen den Streik entfacht, geht gegen die Ausständigen mit äußerster Härte vor, sie hat bereits 450 Eisenbahnangestellte verhaftet und ist bemüht, durch Verwendung des Eisenbahn- und Telegraphen-Regiments den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Die letzte Ursache des Streiks liegt in dem scharfen Vorgehen der Regierung gegen die Leiter der Eisenbahnerorganisation und die Vorsitzenden der Angestellten. Hätte die Regierung nicht den Versuch gemacht, die Organisation der Eisenbahnangestellten zu vernichten und die Protestbewegung gegen das als unzulänglich bezeichnete Gehaltsregulierungs-Gesetz, das gegenwärtig vom Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses beraten wird, mit rücksichtsloser Gewalt zu ersticken, so wäre der Streik jedenfalls nicht ausgebrochen.

Der schon seit geraumer Zeit energisch geführten Bewegung der ungarischen Eisenbahner ist es endlich gelungen, die ungarische Regierung zur Vorlage eines Gesetzes zu zwingen, durch das die Gehälter der Eisenbahnangestellten neu geregelt werden sollen. Die Begründung dieses Gesetzes lautet, dass man bisher die Eisenbahnangestellten höchst mütterlich behandelt hat. In dieser Begründung wird angeführt, dass die Gehälter der Eisenbahnangestellten seit dreißig Jahren unverändert geblieben seien, obgleich während dieser Zeit die Existenzbedingungen nicht nur in der Hauptstadt, sondern überall im Lande sich wesentlich verschärft hätten. Nichtsdestoweniger müsste die staatsfinanzielle Rückwirkung dieser Maßregel auf die Gehälter der ungarischen Staatsbahnen in Betracht gezogen werden, und darin fand das Ausmaß der neuen Zuwendung seine natürliche Grenze.

Der Gesetzesentwurf verlangt demgemäß eine Erhöhung des Gehalts um dauernd 6 643 400 Kronen und eine einmalige Zuwendung von 1 665 000 Kronen. Nun ist der Ueberbruch der ungarischen Eisenbahnen allerdings kein so großer wie der der preussischen Eisenbahnen. Immerhin betrug der Reingehalt 1902 ca. 82 Millionen Kronen, was einer Verzinsung des investierten Kapitals von circa 4 Prozent gleichkommt. Hätte man sich also nicht lediglich auf den ganz unhalbbaren Standpunkt der Plusmacherei gestellt, sondern die paar Millionen, die zur Besriedigung der nur zu berechtigten Forderungen der Unterbeamten genügt hätten, mehr eingestellt, so wäre der jetzige Kampf vermieden worden. Aber man hält es in Ungarn wie überall: gerade da, wo es am ungerechtfertigtesten ist, soll gespart werden, an den Löhnen der schlechtbezahltesten Proletariat!

Den betreffenden Arbeiterkategorien, die seit drei Jahrzehnten vergeblich auf eine Gehaltsaufbesserung geharrt hatten, war mit Recht das ihnen in Aussicht Gestellte zu wenig, sie verlangten als Minimal-Stammgehalt für Beamte 1000 Kronen (1 Krone gleich 83 P.), für Unterbeamte 1200 Kronen und für Diener 700 Kronen; außerdem sollte in allen drei Klassen das Quartiergeld erhöht werden. Die Vorlage verschlechterte die Gesamteinkommen insofern, als sie das Quartiergeld herabsetzen will. Zur gemeinsamen Erörterung dieser Fragen hatten die verschiedenen Lokalkomitees beschlossen, im Laufe dieser Woche in Budapest einen Kongress abzuhalten; dieser Kongress wurde von dem Direktionspräsidenten Ludwig unterjagt, und die Betriebsleitungen wurden angewiesen, denselben Angehörigen, die sich zum Kongress begeben wollten, weder Urlaub noch Fahrkarten zu bewilligen. Allen Beamten wurde befohlen, bis auf weiteres ihren Stationsort nicht zu verlassen, außer wenn sie von Amts wegen ausgeschieden würden. Gegen Zutwiderhandlung wird wegen Ungehorsams das Disziplinarverfahren mit sofortiger Suspendierung vom Amt eingeleitet werden. Diese Verordnung der Eisenbahndirektion wurde telegraphisch an alle Eisenbahnämter weiterbefördert.

Man wird zugeben müssen, daß die Forderungen der Eisenbahner ungemessen bescheidene waren. Ein Minimalgehalt von 1000 M. pro Jahr für Unterbeamte, von 85 M. pro Monat, ist wahrhaftig nicht zu viel! Als jedoch die Eisenbahn-Angestellten ihre Forderung als Kollektivkörper vertreten wollten, da schritt sofort die Verwaltung mit den schärfsten Mitteln der Maßregelung ein!

Der Streik entwickelte sich nun folgendermaßen: Die Angestellten der Szegediner Betriebsleitung erklärten sich in einer Versammlung für solidarisch und ersuchten den Handelsminister Hieronymi telegraphisch, den Direktionspräsidenten Ludwig zur Zurückziehung seines die Abhaltung des Kongresses verbietenden Erlasses anzuweisen. Die Angestellten der anderen Betriebsleitungen folgten diesem Beispiel.

Im weiteren Verlaufe der von den Eisenbahn-Angestellten im Interesse der Verbesserung ihrer Lage gefolgten Beratungen wurde die Idee der Schaffung eines den Reichstages und die Hilfeleistung für die Eisenbahn-Angestellten verwickelnden Verbandes angeregt. Nach dreitägigen, seitens der Leiter der Ausschüsse gefolgten Verhandlungen wurde der Landesverband der Eisenbahn-Angestellten konstituiert; die ausgearbeiteten Statuten sind behufs vorhergehender Genehmigung dem Direktionspräsidenten Ludwig unterbreitet worden.

Eine Einwirkung der ungarischen Regierung auf den Direktionspräsidenten zu Gunsten der Forderungen der Angestellten erfolgte nicht, vielmehr erklärte der Handelsminister, mit dem Aktionskomitee der Beamten nicht mehr zu verhandeln; er empfing die Herren nicht. Man antwortete darauf mit einzig übriggebliebenen Mittel: dem Streik!

Ueber den Umfang desselben meldet das „W. L. B.“: Budapest, 20. April. Der Bahnverkehr ist auf einer ganzen Reihe von Strecken eingestellt. Aus der Provinz treffen Delegierte der Eisenbahnangestellten zu einer hier stattfindenden Versammlung ein. Ein Teil derselben wurde bei ihrem Eintreffen verhaftet. Die Bahnhöfe werden von Militär und von der Polizei bewacht, um eine etwa beabsichtigte Zerstörung des Bahngeländes zu verhindern. Die Ausständigen haben eine Abordnung zum Ministerpräsidenten entsandt und machen ihr weiteres Verhalten von der Antwort abhängig, welche sie von ihm erhalten wird. Die Lebensmittel steigen im Preise.

Wien, 20. April. Infolge des Streiks bei den ungarischen Staatsbahnen ist der gesamte Verkehr nach und von Ungarn über Bruck und Warasch eingestellt. Der heute früh hier über Warasch fällige Orient-Expresszug von Budapest verkehrte bis hierher als Sonderzug.

Budapest, 20. April. Im ganzen Lande ist ein Streik der Eisenbahn-Angestellten ausgebrochen. Kein Zug der Staatsbahnen verkehrt. Von Budapest gehen heute nur Züge der Südbahn ab, die in privatem Betriebe steht. Gestern Nacht sind sechs fällige Züge nicht in den Budapest Westbahnhof eingefahren und acht fällige Züge nicht abgegangen. Der Streik begann damit, daß gestern abend auf dem Budapest Westbahnhof sämtliche Weichenlichter und Signallampen ausgelöscht wurden; nur das Semaphorlicht wurde belassen, der Semaphor aber auf Halt gestellt. Ein Güterzug wurde an der Einfahrt dadurch gehindert, daß einige Hundert Ausständige sich vor die Lokomotive drängten, worauf der Lokomotivführer, der Heizer und der Jungführer abstiegen. Der Wiener Schnellzug wurde auf der Station Kalos Palota angehalten; die Passagiere legten darauf den halbtägigen Weg nach Budapest mit der Stadtbahn zurück. Das Streikkomitee hatte telegraphisch die Weisung erteilt, um Mitternacht alle Züge auf den Stationen, wo sie um diese Zeit eintrafen, anzuhalten und an der Weiterfahrt zu verhindern. Die Ausständigen beabsichtigen, von verschiedenen Punkten des Landes Züge abzulassen, welche nur Eisenbahnangestellte nach Budapest befördern.

Wien, 20. April. Der Verkehr von hier nach Ungarn ist nur noch mit Dampfboot und über die Südbahnlinie möglich.

Die Bedingungen der Streikenden.
 Budapest, 20. April. Der allgemeine Streik der Eisenbahnangestellten ist durch die Enttäuschung hervorgerufen worden, welche der vor einigen Tagen dem Abgeordnetenhause vorgelegte Gesetzesentwurf über die Gehaltsregulierung der Eisenbahnbeamten bei diesen verursacht hat. Die Ausständigen verlangen eine Gehaltserhöhung in der Höhe, die sie in einer Denkschrift angegeben haben. Falls ihnen dieses Zugeständnis gemacht und den Führern des Ausständigen Generalamtes erteilt wird, sind sie bereit, den Ausstand zu beenden. Wie verlautet, hat sich der Präsident der Staatsbahnen an den Rektor des Polytechnikums mit dem Ersuchen gewandt, der Verwaltung Polytechniker zur Verfügung zu stellen, welche das Examen bestanden haben und als Lokomotivführer verwandt werden können.

Der Streik vor dem Abgeordnetenhause.
 Budapest, 20. April. Vor dem Beginn der Sitzung des Abgeordnetenhauses versammelten sich Abgeordnete sämtlicher Parteien im Bureau des Präsidenten, um die durch den Eisenbahnstreik geschaffene Lage zu besprechen. An der Versammlung nahmen teil der Ministerpräsident, der Finanz- und der Handelsminister. Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung könne mit den streikenden Elementen nicht verhandeln; sie habe Maßregeln getroffen, um durch Heranziehung von Militär die Ordnung wieder herzustellen und durch Verwendung des Eisenbahn- und Telegraphen-Regiments die Wiederaufnahme des Verkehrs zu ermöglichen. Es müsse ein Exempel statuirt werden; gegenüber den verleiteten Elementen wolle die Regierung Nachsicht walten lassen. Bisher sind 450 Eisenbahn-Angestellte verhaftet.

Bei Eröffnung der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses herrschte eine große Erregung. Der Ministerpräsident wurde beim Betreten des Saales von der Rechten mit brausenden Oerufen, von der Linken mit stürmischen Protestrufen empfangen.

Budapest, 20. April. Im Abgeordnetenhause erklärte Handelsminister Dr. v. Hieronymi in Bezug auf den Ausstand der Eisenbahnangestellten, die erste Pflicht der Regierung sei, den Verkehr aufrechtzuerhalten; man sei deshalb bereit, die Ausständigen, falls sie unverzüglich zu ihrer Pflicht zurückkehrten, wieder aufzunehmen; sollten sie jedoch nicht geneigt sein, den Dienst wieder aufzunehmen, werde die Regierung Mittel finden, den Betrieb nichtsdestoweniger ohne Störung abzuwickeln. (Beifall rechts.)

Weitere 500 Verhaftungen!
 Budapest, 20. April. Weitere 500 Eisenbahnangestellte sind verhaftet worden. Sie waren aus Ziume eingetroffen. Die Arbeiter in den Werkstätten des Westbahnhofs erklärten sich mit den Ausständigen solidarisch. Nach einer polizeilichen Mitteilung bemächtigten sich 750 Angestellte in Diator-

Wagh eines Zuges und leiteten ihn hierher. Bei ihrer Ankunft wurden sie von der Polizei in Empfang genommen. Ein Strafverfahren ist eingeleitet worden. Die Drahtverbindung zwischen den Stationen Budapest-Warasch und Budapest-Bolna ist unterbrochen, da die Ausständigen die Telegraphenmasten demontiert haben.

Der bisherige Verlauf des Streiks.
 Aus Wien erhalten wir folgendes Privat-Telegramm über die Ursachen und den bisherigen Verlauf des Streiks: Der Streik ist lange zu erwarten gewesen, dennoch ist er plötzlich ausgebrochen. Die Lohnbewegung dauert schon ein halbes Jahr und ihre Frucht war die am Sonnabend eingebrachte Vorlage, wonach der Regierung für Gehaltserhöhung ein Kredit von 2 643 000 Kronen bewilligt werden sollte. Da es sich um 27 000 Beamte, Unterbeamte und Arbeiter handelt, kann man ermeinen, wie gering die Aufbesserung ausfiel, obwohl die Vorlage selbst konstatiert, daß die Bezüge sämtlicher Angestellten seit 30 Jahren unverändert geblieben sind. Auch nach der Regulierung hätte das Anfangsgehalt der Arbeiter 700 Kronen betragen, und die Geringfügigkeit der Aufbesserung wird noch problematischer, da in vielen Kategorien das Quartiergeld herabgesetzt wird, so daß selbst die dürftige Reform überhaupt wertlos ist.

Die Regierungsvorlage hatte auch insbesondere bei der Beamtenschaft namenlose Empörung erregt, die sich sofort in zahlreichen Versammlungen offenbarte, und die ihren geschlossenen Ausdruck in dem für heute einberufenen Landeskongress finden sollte. Dieser Kongress wurde nun aber auf Auftrag der Regierung vom Direktionspräsidenten Ludwig verboten und sämtliche Stationen wurden telegraphisch beauftragt, die Beamten von der Fahrt nach Budapest abzuhalten. — Einer Deputation, die bei ihm vorstach, erklärte Handelsminister Hieronymi kurzweg, daß er Auftrag gegeben, die fünf Führer der Bewegung, sämtlich Beamte, aus dem Dienste zu entlassen. Dieser brutale Streich schlug dem Masse den Boden aus und das Aktionskomitee proklamierte sofort den Streik, der auch unmittelbar auf den Budapest Westbahnhöfen ins Werk gesetzt wurde. Der Streik ist fast vollständig, gestern Nacht sind schon sechs Züge nicht eingefahren, acht fällige nicht ausgegangen, — heute ist der Verkehr im ganzen Lande aufgehoben, kein Zug der Staatsbahnen verkehrt. Die Regierung hilft sich vorläufig mit Brutalitäten und sucht die Streikenden einzuschüchtern. Tausend Eisenbahner, die aus verschiedenen Gegenden zum Kongress gekommen waren, wurden verhaftet und werden palziglich abgeschoben. Die Opposition machte im Abgeordnetenhause großen Lärm. Der Handelsminister erklärte, die Regierung würde, wenn die verführten Elemente zur Ordnung zurückkehren, Milde walten lassen. Die Regierung hofft, daß ihr das Eisenbahnregiment zu Hilfe kommen wird. Der Streik umfaßt ein Personal von etwa 40 000 Menschen. Die ungarischen Staatsbahnen haben eine Länge von 20 000 Kilometer. Die Bewegung geht hauptsächlich von Beamten aus, die sonst sehr patriotisch, deren Erbitterung aber jetzt eine grenzenlose ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. April.

Der Reichstag

trat zu Beginn seiner heutigen Sitzung in die schon gestern beschlossene Besprechung der Interpellation Oriola über die Aussichten des neuen Militärpensionsgesetzes ein. Die gestrige Erklärung des Kriegsministers, daß das in der Thronrede und besonders in der Etatsrede des Herrn v. Einem mit großem Applomb angefündigte Militärpensionsgesetz seit fünf Wochen im Bundesrat lagere, wurde von fast allen Parteien als Enttäuschung empfunden. Besonders die nationalliberalen, konservativen und antisemitischen Redner warnten die Regierung wieder einmal die so oft erweckten Hoffnungen der Militärinvaliden zu täuschen. Unstre Partei, für die Genosse Singer sprach, ist natürlich nicht enttäuscht, weil sie von der Regierung nichts erwartet hat. Nichtsdestoweniger forderte sie mit den bürgerlichen Parteien zusammen trotz ihrer prinzipiellen Gegnerschaft gegen den Militarismus, daß seine Opfer angemessen entschädigt werden. Singer verwies besonders auf die Notwendigkeit, außer für eine Erhöhung der Offizierspensionen für eine solche der Mannschaften vom Feldwebel abwärts zu sorgen. Wegen diese Anschauungen wandten sich nur Herr Dr. Pahnke von der Freisinnigen Vereinigung und der Centrumsabgeordnete Gröber. Dieser schloß sich ganz als Mitglied der verantwortlichen Regierungspartei, die keine Ausgaben bewilligt, ehe sie nicht für die notwendige Deduktion geforgt hat. Aber weder er, noch der Kriegsminister v. Einem, noch auch der bayrische Generalleutnant v. Endres vermochte die Verschleppung des Gesetzes im Bundesrat nach dem Urteile der überwiegenden Mehrheit des Hauses zu entschuldigen.

Noch größere Einmütigkeit zeigte sich, nachdem der Etat des allgemeinen Pensionsgesetzes debattelos erledigt war, bei der Beratung einer neuen Interpellation Oriola, die zum Etat des Invalidenfonds gestellt war und Uebernahme der Kriegsinvalidenrente auf dem allgemeinen Etat sowie ihre Erhöhung nach mehreren Richtungen hin forderte. Von unserer Partei trat Genosse Gränberg mit großer Wärme für eine freigiebigere Gewährung des Ehrensoldes ein. Selbst Teilnehmer des deutsch-französischen Krieges schilderte er die Leiden, aber auch die Erfolge der deutschen Truppen begeistert, als es sonst wohl unsere Parteigenossen thun. Das kränkte Herrn Dr. Frendl, der neben dem einzigen zuverlässigen evangelischen Gewissen auch ein Monopol auf nationale

Gefinnung zu haben glaubt. Er konstruierte einen Gegensatz zwischen dieser Rede und den Ausführungen anderer Parteigenossen, die bei völlig verschiedener Gelegenheit in ganz anderem Zusammenhang gemacht worden waren und schloß einen lehrreichen Vortrag über den antinationalen Charakter unserer Partei an. Nach diesem Zwischenfall ging die Debatte rasch weiter, und die Resolution Ortolan fand einstimmige Annahme.

Ob die Regierung ihr Folge geben wird, steht freilich dahin; die Uebernahme der Kosten auf den allgemeinen Staatsfonds sagte Schatzsekretär Freiherr v. Stengel zwar zu, aber von einer Erhöhung oder weiteren Ausdehnung der Renten wollte er bei der jetzigen vollkommen unaufgeklärten Finanzlage nichts wissen. Für die Entschädigung der Opfer unseres trefflichen Heeresystems und für die Unterstützung der Invaliden aus dem von ihnen so unaufhörlich gepriesenen großen Kriege haben die leitenden Beamten des Reiches nichts übrig. Um so verschwenderischer gehen sie mit dem Gelde der Steuerzahler, auch der Armen und Kerntzen um, wenn es sich um weitpolitische Abenteuer handelt.

Das zeigte in recht deutlichem Kontrast die unmittelbar anschließende Beratung über den Etat der Expedition nach Ostasien. Die Regierung hatte für diesen Etat so aus dem Vollen geschöpft, daß die Budgetkommission selbst in ihrer bürgerlichen Mehrheit ziemlich bedeutende Abstriche gemacht hatte. Freilich, zu der vollständigen Ablehnung des Etats für das Besatzungscorps konnten sich die bürgerlichen Parteien alleamt nicht entschließen. Von unserer Fraktion wies Genosse Dr. Sadelum darauf hin, daß die Verlastung der Truppen in Ostasien nur die Gefahr von Konflikten mit anderen Mächten erhöhe und daß andererseits die dort stehenden Truppen nicht im Kriegszustand seien, sondern daß bei den völlig friedlichen Zuständen die Offiziere, die sogar ihre Frauen nachkommen lassen, die Zeit mit Lawn-Tennis-Spielen und Theatervorstellungen hindrücken. Aber selbst der süddeutsche Volksparteiler Payer erklärte, im Prinzip den Etat bewilligen zu wollen, da der Krieg zwischen Rußland und Japan vielleicht die Anwesenheit unserer Truppen notwendig machen könnte. Noch viel weiter ging der konservative Abg. Herr v. Richtigosen, der die Wiederherstellung der Regierungsvorlage forderte und dem ostasiatischen Expeditionskorps, das nebenbei für jeden wirklich ernststen Konflikt viel zu klein ist, ganz phantastische Aufgaben stellte. Er sowohl, wie der gleichnamige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes schienen andeuten zu wollen, als ob Deutschland entschlossen sei, die Neutralität Chinas im Notfall durch Intervention zu erzwingen. — Ebenso wenig aufgeklärt wie diese Frage ist eine andre, die auch Genosse Ledebour zur Debatte stellte. Er fragte den Staatssekretär, ob wir wirklich, wie verkündete, durch Verträge mit den andern Mächten verpflichtet seien, unsere Truppen in Ostasien zu belassen. Staatssekretär v. Richtigosen leugnete das, drückte sich aber, trotzdem er zweimal das Wort ergriff, so unklar aus, daß man nicht erkennen konnte, ob er nur das Vorhandensein bindender Staatsverträge oder das von Abmachungen überhaupt bestritt. Schließlich wurde die Aufrechterhaltung des ostasiatischen Besatzungscorps gegen unsere Stimmen beschlossen. Die Einzelheiten des Etats werden in der heutigen Sitzung beraten werden, danach unsere Interpellation über die Stilllegung von Kohlengruben im Ruhrrevier. —

Abgeordnetenhaus.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses konnte seine Absicht, am Mittwoch den Etat in zweiter Lesung zu Ende beraten zu lassen, nicht durchführen; die Volksvertreter waren trotz der 15 Wart Diäten, die sie auch für jeden Tag, wo sie nicht anwesend sind, beziehen, in so geringer Zahl erschienen, daß die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit abgebrochen werden mußte.

Vorher hatte das Haus den Gesetzentwurf über die Dienstaufsicht bei größeren Amtsgerichten gegen die Stimmen eines Teils der Konservativen dem Justizminister vor die Füße gemorfen, dagegen die Vorlage wegen Abänderung des Gesetzes betreffend Regelung der Richtergehälter debattellos angenommen. Hierauf beriet das Haus eine zurückgestellte Position des Justizrats. Die Budgetkommission beantragte, an Stelle von 11 Staatsanwälten als Abteilungsvorsteher und Vertreter der Ersten Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400—7200 M. und je 900 M. pensionfähiger Zulage nur fünf zu bewilligen, dagegen die Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 M. um sechs zu vermehren. Für die Regierungsvorlage erklärten sich nur die beiden konservativen Parteien; ein Resultat wurde jedoch noch nicht erzielt, da das Bureau über das Ergebnis der Abstimmung zweifelhaft blieb und der „Hammelsprung“ die Beschlussunfähigkeit ergab.

Am Donnerstag soll die zweite Etatsberatung nun wirklich beendet werden. —

Denkschriften!

Anders als sonst in Denkschriften malen sich die Welt und ihre Ereignisse in den erleuchteten Gehirnen der Geheimräte, denen die Abfassung der amtlichen Denkschriften übertragen wird. Die beiden Denkschriften über das Hochwasser im Ober- und Weichselgebiete vom Juli 1903 und über die staatliche Hilfsaktion aus Anlaß von Unwetterbeschädigungen im Jahre 1903 liefern einen neuen Beweis für diese alte Wahrheit. Während nämlich die gesamte öffentliche Meinung, sogar die konservative, die schließliche Katastrophe und die ihr folgenden amtlichen Vorgänge als ein bedenkliches Zeichen staatlicher Mißwirtschaft betrachtete, wird der künftige Geschichtsschreiber in jenen beiden Denkschriften nichts anderes finden als ein neues Dokument der Fürsorge und Weisheit einer hochwohlweisen Regierung.

Diese Denkschriften verschweigen zunächst vollkommen, daß Hochwasser-Katastrophen im Obergerbiet ständige, im Zeitraum von 6—7 Jahren wiederkehrende Erscheinungen sind. Es ist nur von den Katastrophen von 1813 und 1854, den schlimmsten, die Rede, nicht aber von den dreizehn übrigen, die sich im vorigen Jahrhundert ereignet haben, insbesondere nicht von jener, die sich im Jahre 1897 ereignete und für die Regierung ein deutliches Warnungssignal hätte sein müssen.

Auch wird sich der schwer getäuscht finden, der von der ersten der beiden Denkschriften eine sorgfältige Untersuchung darüber erwartet, welche Mängel der staatlichen Wasserwirtschaft die ungeheure Ausdehnung der Hochflut ermöglicht haben. Eine solche Untersuchung hätte man von der neuen Denkschrift um so eher erwarten müssen, als sie doch zur Begründung der neuen wasserwirtschaftlichen Vorlagen mit dienen soll. Das Geständnis des Verjämmernisses ist nicht in der Denkschrift zu finden, höchstens in der Vorlage selbst.

Die zweite der beiden Denkschriften kann des Rühmens kein Ende finden über das, was von Seiten der Regierung geschehen. Die berühmte Reise des Herrn v. Hammerstein findet ausführliche Erwähnung. Ferner wird erzählt:

Ihre Majestät die Kaiserin ließ es sich nicht nehmen, während der Abwesenheit Sr. Majestät des Kaisers und königlichen, Allerhöchstdenckselbst die am schwersten heimgeschlagenen Gegenden zu besuchen, und den Geschädigten Trost und Mut zuzusprechen.

Wir wollten nicht annehmen, daß irgendwer der Kaiserin das hätte „nehmen“ wollen!

Der Schaden, den Schlesien erlitt, wird mit 21 453 820 M. angegeben; davon wurden durch Privatansammlungen gedeckt 1 800 000 Mark, das ist etwa 8 1/2 Proz. In der Provinz Brandenburg betrug der Schaden 8 500 000 M., davon durch Privatwohlthätigkeit gedeckt 56 000 M. oder 1,6 Proz. Und nun crinnere man sich gefälligst an den Artikel, den Herr v. Hammerstein nach seiner schlesischen „Trost- und Mut“-Reise in die „Berliner Korrespondenz“ schrieb. Da hieß es:

„Zunächst handelt es sich um die Linderung der augenblicklich drängenden Not. Dazu wird hoffentlich das Ergebnis der mit Energie und in weitestem Umfange aufgenommenen Sammlungen . . . ebenso genügen, wie zur Befreiung der unmittelbaren Kosten der Aufräumung und an Desinfektion.“

Damals schlug alle Welt die Hände über dem Kopfe zusammen vor Erschrecken, daß ein königlich preussischer Minister der Privatwohlthätigkeit die Aufgabe zueise, nicht nur durch Vernachlässigung staatlicher Kulturaufgaben entstandene Schäden zu decken, — wozu sie sich, wie damals sofort vorausgesetzt wurde, durchaus unzureichend bewies — sondern gar auch Epidemien zu verhüten und die Gesundheitspflege in private Regie zu übernehmen. Die Denkschrift aber sagt ganz stolz:

Besondere Aufmerksamkeit ist von Anfang an (!) dem Gesundheitszustande in den vom Hochwasser heimgeschlagenen Gegenden gewidmet worden. . . es ist dadurch gelungen, das Auftreten von Typhus, Malaria und ähnlichen auf die Ueberschwemmung zurückzuführenden Krankheiten zu verhindern.

Daß die ganze preussische Regierung zur Zeit der Katastrophe Sommerschlaf hielt und erst von der Presse, besonders der sozialdemokratischen, wachgerüttelt werden mußte, darüber erfährt man aus der amtlichen Denkschrift nichts. Nicht einmal jene geistreichen Auslassungen der „Berliner Korrespondenz“ sind abgedruckt, in denen es hieß, daß „berartige Hochwasser durch starke Niederschläge entstehen“, und daß die natürlich vorhandenen Schutzbauten nur noch nicht genügend konsolidiert waren, um einer so großen Gewalt des Wassers Widerstand leisten zu können. . .

Ja, wenn man dabei war, glaubt man, die Sache verhielte sich so und so. Liegt man dann aber die amtliche Denkschrift darüber, so merkt man erst, daß alles ganz anders war, und daß der beschränkte Unterthanenverstand abermals geirrt hat.

Deutsches Reich.

Die Reichsfinanzreform.

Die Budgetkommission des Reichstages wandte sich am Mittwoch endlich der Beratung des Gesetzentwurfs über die Reichsfinanzreform zu. Vor dem Osterferien hatte das Centrum dem Reichsfinanzsekretär eine Reihe von Fragen gestellt, von deren Beantwortung es die Beratung abhängig machte. In „fleißiger, von Morgen bis zu Abend dauernden Ferienarbeit“ haben die Räte des Schatzamts, wie der Staatssekretär sagte, eine Uebersicht über die Gestaltung der Reichsfinanzen in den letzten zwanzig Jahren und ihre voraussichtliche Entwicklung im kommenden Jahrzehnt zusammengestellt. Die Denkschrift ist von uns bereits kurz gewürdigt worden. In seinem einleitenden Referate, das sich eng an das Schema der vom Centrum vorgelegten Fragen angeschlossen, gab der Reichsfinanzsekretär Freiherr v. Stengel der Kommission Erläuterungen dazu.

Zunächst bestritt er die Richtigkeit der in verschiedenen Zeitungen ausgesprochenen Behauptung, es handele sich in dem § 2 der Vorlage um eine Aufhebung der Matrilinearbeiträge der Einzelstaaten zu den Kosten des Reichshaushalts. Davon könne gar keine Rede sein, es solle vielmehr lediglich der im Artikel 70 der Reichsverfassung vorgezeichnete subsidiäre Charakter der Matrilinearbeiträge schärfer betont werden. Eine Beschränkung trete nur insofern ein, als der Charakter subsidiärer Beiträge nur noch den ungedeckten Matrilinearbeiträgen bleibe. In Wahrheit bedeute die Vorlage der Regierung also keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Lage der Einzelstaaten. Auch nach dem Inkrafttreten der Reform bleiben die Einzelstaaten im Jahre 1904 noch mit 130 Millionen Matrilinearbeiträgen belastet, von denen 24 Millionen ungedeckt sind.

Man habe neuerdings vielfach behauptet, in dem Werke von Schwarz und Strug über die preussischen Finanzen sei der rechte Weg der Reichsfinanzreform angegeben worden. Das sei aber ein Irrtum; das sonst ganz verdienstliche Werk gäbe keinen brauchbaren Fingerzeig. Immer wieder müsse betont werden: die Vorlage wolle keine Aufhebung der Matrilinearbeiträge, sondern nur ihre „Veredelung“.

Eine allseitig erschöpfende Beantwortung der von der Kommission auf Antrag des Centrums vorgelegten Fragen sei nicht möglich gewesen. Die Wahrscheinlichkeitsrechnung für die Zukunft werde deshalb auch mit allen Vorbehalten gegeben. Man müsse immer bedenken, daß es auch im Leben des Staates heiße: „Der Mensch denkt, Gott lenkt“. Weber bei den Ausgaben — die ja auch doch oftmals nach der Initiative des Reichstages vermehrt würden — noch bei den Einnahmen könne man etwas Genoueres vorhersehen. Was gerade die Eröffnung neuer Einnahmequellen anlangt, so halte er eine vorzeitige Kundgebung noch unfertiger und unreifer Steuerpläne für verfehlt, weil daraus eine Beunruhigung weiterer Kreise entspringe. Die Wirkung der neuen Handelsverträge auf die Reichsfinanzen lasse sich noch gar nicht übersehen; eine Prognose sei auch mit Rücksicht auf die schwelenden Verhandlungen mit fremden Staaten nicht empfehlenswert.

Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der geplanten Finanzreform habe sich bei ihm mit jedem Tage verstärkt. Es komme darauf an, den Reichsetat klarer und durchsichtiger zu gestalten und aus dem Zustande der Dunkelheit und Verwirrung herauszubringen.

So lange man noch nicht wisse, wieviel der neue Zolltarif bringe, könne man sich nicht über neue Deckungsmittel schlüssig machen; aber man brauche deshalb noch nicht alle Steuerpläne fallen zu lassen. Aber ebenso gut sei auch jetzt schon eine Verbesserung des Reichshaushalts möglich; die Vorlage sei darum nicht verfehlt. Im Gegenteil, nach der Einführung des neuen Zolltarifs werde man vor andern großen Aufgaben stehen, z. B. vor einer Revision der Vereinigungsgesetzgebung, vor der Durchführung der Lex Erimborn usw.

Was im einzelnen die Waischraunsteuer anlangt, so stelle sich der abnehmende Ertrag dieser Steuer als ein bellagenderer Zustand dar; auf die Dauer sei er unhaltbar. Schon 1902 sei erörtert worden, ob es sich nicht empfehle, auch bei einseitigem grundsätzlichen Festhalten an der Waischraunsteuer und unter thunlichster Schonung der landwirtschaftlichen Interessen der Abbröckelung dieser Steuer eine Schranke zu ziehen. Sollte sich diese Ermüdung zu einem Antrage verdichten, dann werde sich die Regierung wohl damit befassen. Für 1904 könne man übrigens auf einen höheren Betrag rechnen.

Die Veranlagung der Brausesteuer sei nach seiner Meinung auch der Verbesserung dringend bedürftig. An Vorarbeiten fehle es nicht und das Reichsschatzamt werde der Frage andauernd seine Aufmerksamkeit zu. Mehr könne er auch nicht sagen.

Wiederholt sei die Heranziehung des Stärkezuckers zur Zuckersteuer verlangt worden, das sei aber ohne Verringerung der ganzen Zuckerenergieabgabe nicht möglich; und wenn die Regierung der Frage noch nicht näher getreten sei, so befinden sie sich in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Reichstages.

Was das Budgetrecht des Reichstages anlangt, so fehle der Regierung auch die mindeste Absicht es anzutasten. Von einer Gefährdung des Einnahmewilligkeitsrechtes könne nur gesprochen werden, wenn durch Beschränkung der Ueberweisungen die

reichzeitigen Einnahmen zur Deckung der ordentlichen Ausgaben des Reiches allein ausreichen; wenn also eine Einwirkung des Reichstages auf die Gestaltung eines beweglichen Faktors unmöglich gemacht würde: Davon könne aber gar keine Rede sein. Auch nach Einführung des neuen Zolltarifs seien derartige Beschränkungen unbegründet. Denn auch später sei immer noch ein jährliches ungedecktes Defizit von 70—100 Millionen Mark zu erwarten. Man solle nur an das Milliardeprovisions-Gesetz, den Serbitarif, die ostasiatische Expedition usw. denken. Ueberhaupt solle man sich vor übertriebenen Vorstellungen von den Erträgen aus der neuen Zölle hüten: die Finanzsollte würden wahrscheinlich weniger bringen als bisher, über die Nahrungsmittelzölle sei bereits verfügt, und Industriezölle, die ihrem eigentlichen Zweck, nämlich dem Schutze, wirksam dienen, hätten die Tendenz zu sinken. Und auf alle Fälle blieben noch die 100 Millionen Erträge der Branntweinsteuer, die überwiesen und dann durch Matrilinearbeiträge wieder zurückgeholt würden, als beweglicher Faktor.

Nach alledem bitte er, die Vorlage wenigstens nicht grundsätzlichen ablehnen zu wollen. Er würde das Scheitern im Interesse des Reiches bedauern, denn nicht bald würde wieder ein Schatzsekretär den Mut zu einem Reformvorschlag finden. Reformiert werden müßten aber die Reichsfinanzen, wolle man auf der abschüssigen Bahn nicht immer tiefer rutschen; die Regierung lehne dann jede Verantwortung ab.

Nach diesen Ausführungen trat die Kommission zunächst in eine allgemeine Diskussion der von der Regierung vorgelegten Denkschrift ein. Abg. P a a s c h e lobte die Arbeit der Regierung im allgemeinen, hatte aber im einzelnen manches daran anzusehen; die Zusammenstellung der Einnahmen erscheine ihm zu pessimistisch, so z. B. die angenommene Steigerung des Ertrages der Zuckersteuer. Dagegen würden Heer und Marine wohl größere Ausgaben erfordern. Abg. Müller-Gulda legte die Bedeutung der Vorlage für die konstitutionelle Rechte des Reichstages klar und wies auf die Verweigerung des sächsischen Finanzministers hin, der schon von der Abschaffung der Matrilinearbeiträge träume. Bemerkenswert seien auch die Matrophantasten des sächsischen Ministers v. Meyß und die Deklamationen ihres „See-Vollwängers“, des Generals Reim auf dem Flottenvereinstage zu Dresden. Das dort geforderte dritte Doppelgeschwader würde allein 70 1/2 Millionen Mark kosten, der Marine-Etat würde auf 400 Millionen Mark jährlich anschwellen. Für eine Sanierung unserer Reichsfinanzen gebe es nur drei Möglichkeiten: neue Steuern, Erhaltung der Beitragspflicht der Einzelstaaten oder Anleihen. Davon könne nur die Aufrechterhaltung der Matrilinearbeiträge in Frage kommen, und gerade die wolle die Vorlage abschaffen! Die konstitutionellen Rechte des Reichstages würden nicht gewahrt und das Interesse der Einzelstaaten an einer sparsamen Wirtschaft im Reiche werde bedauerlich verringert.

Nachdem dann noch der sächsische Gesandte Graf v. H o h e n t h a l einige Worte zur Verteidigung der sächsischen Minister gesagt hatte, begann man mit der Einzelbesprechung der Denkschrift, an der sich auch der Kommission die Abgeordneten Dr. Paasche, Hug, Dr. Sadelum, v. Richtigosen, Speid und Dr. Wendt beteiligten. Am Donnerstag wird die Beratung der Reformvorlage beginnen.

Herr v. Stengel berichtigt.

Am 18. März d. J. haben wir auf Grund des uns übermittelten Berichtes über die Verhandlungen der Budgetkommission darauf hingewiesen, daß der Schatzsekretär die Durchführung der Lex Erimborn (Witwen- und Waisenversicherung) — ohne die Einführung neuer Steuern als unmöglich bezeichnet habe. In der Sitzung der Kommission am Mittwoch hat Herr v. Stengel gegen unsere Auffassung seiner Worte polemisiert und folgenden angeführt: „Ich habe nur gesagt, wenn die Lex Erimborn eine Lücke in das Budget reiße und wenn der Etat nicht ohne Schmälderung der Reichsfinanzen balanciert werden könne, dann dürfe man das Risiko nicht einfach auf die Einzelstaaten übertragen, sondern es sei dann eine Ehrenpflicht des Reiches, dafür einzutreten. Ob dieser Fall eintreten wird, das habe ich vollständig dahingestellt sein lassen. Für die ersten Jahre handelt es sich ja überhaupt nicht um Deckung von Ausgaben, sondern um Ansammlung eines Fonds; dabei ist zweifelhaft, ob die Einzelstaaten zu einer solchen Zusage verpflichtet sind.“

Wir sind der Meinung, das sehr späte „Wenn“ des Herrn Schatzsekretärs sei ziemlich bedeutungslos. Und woraus man eine „Ehrenpflicht“ des Reiches, das heißt der indirekt geschöpften großen Volksmassen zur Leistung des etwa noch fehlenden Betrages ableiten will, ist uns ganz unersichtlich. Durch eine solche „Ehrenpflicht“ entlastet man wieder einmal die Reichen und belastet die Armen. Herr v. Stengel predigt die Umkehrung des Satzes, daß Reichtum verpflichtet. Entkleiden wir seine Darlegungen ihres hypothetischen Charakters, der ihnen doch nur aus politischen Gründen wegen der „Veruhigung“ gegeben wurde, dann bleibt die Thatsache bestehen, daß für die Witwen- und Waisenversicherung neue Steuern zu erwarten sind. Nichts anderes hatten wir behauptet. —

Im Kampfe gegen Polen. Bei den jüngsten Gemeindevorwahlen in Chropaczow (Oberschlesien) siegten die polnischen Kandidaten über die deutschen. Die Wahl der neuen Gemeindeväter wurde jedoch vom Landrat des Kreises Preußen nicht bestätigt, da dieselben nach dessen Meinung so schlecht deutsch sprachen, daß sie zur Führung der Geschäfte nicht befähigt erschienen. Auch in andern ober-schlesischen Orten, in welchen Polen gewählt wurden, soll in gleicher Weise vorgegangen werden. So feiert das Deutschtum immer neue Triumphe. —

Ein Kämpfer gegen den Unsturz. Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar wird uns berichtet: Der Schriftsteller Joseph Stieb, welcher seit Jahren ein beliebter Mitarbeiter einer Anzahl Thüringer Blätter ist und durch seine verlesenen Artikel gegen die Socialdemokratie öfters unserem Thüringer Parteiorgan Veranlassung gab, sich etwas näher mit diesem Herrn zu befassen, ist jetzt von der Strafkammer des Landgerichts Weimar wegen Veruges und Unterschlagung unter der Annahme milderer Umstände zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Wurde Stieb in gebührender Weise einmal von uns bloßgestellt, dann spielte er den Verleumdigen, strengte Klage an und erklärte sich dann bereit, gegen eine „Abfindungssumme“ seine Klage zurückzuziehen. Mehrere Male ist ihm dies Mandat auch geglied. Hoffentlich läßt sich die Thüringer kapitalistische Presse auch in der Zukunft den Herrn Stieb, der seinen Wohnsitz nach Leipzig verlegt hat, als würdigen Stich im Kampfe gegen den Unsturz nicht entgehen. —

Einige Geständnisse.

Den bekannten Erklärungen der im Kopp-Prozess bloßgestellten Geistlichen sind einige Gegenklärungen der betreffenden Zeugen gefolgt, die ihre Behauptungen vor Gericht vollinhaltlich aufrecht erhielten.

Einige der angegriffenen Geistlichen veröffentlichten wieder Erklärungen in Nummer 41 der „Gazeta Katolika“, des polnischen Organs der ober-schlesischen Geistlichkeit. Den Erklärungen geht eine Bemerkung der Redaktion voraus, in der den polnischen Zeugen direkt vorgeworfen wird, daß sie vor Gericht gelogen hätten! Der Leiter der „Gazeta Katolika“ ist der bekannte Centumagator Pfarer Dr. Stephan — der Gründer und Wäher des Berliner Leo-Postzuges.

Was die Erklärungen der Geistlichen selbst betrifft — so sind sie zum Teil geradezu erbauliche — Zugeständnisse.

Der Kaplan Wosjok aus Rosszin berichtet folgendermaßen: „Korus ist bekannt als stiller Agitator gegen die Geistlichen; deshalb konnte ich ihn zur Beichte nicht annehmen und ging zu einem andern Weichwater, um ihn zu benachrichtigen. Dann kam Korus zu mir und fing laut an zu schimpfen; deshalb habe ich ihm gesagt, er solle aus der Kirche herausgehen.“

In der Gerichtsverhandlung hatte der Zeuge Picka ausgesagt, der Kaplan Pucher hätte den Kindern gesagt, sie sollten bis auf

Weiteres nicht zum Kommunionunterricht kommen, da ihre Eltern schlecht gewöhnt hätten.

Die Erklärung des Kaplans Bucher aus Boguskiß lautet: „Was den Unterricht betrifft, so ist er deshalb im Einverständnis mit dem Pfarrer ausgefallen, weil bei uns die Leute und die Kinder durch die Wahlen so aufgeregt und unruhig waren, daß man mit Erfolg nicht lehren konnte. Bei der Pfarrei mußten z. B. einige Tage lang die ganze Nacht hindurch Wächter stehen, um einen Angriff gegen die Pfarrei zu verhindern. Es ist also nicht unsere Schuld, sondern die des „Gornostajak“, daß der Unterricht ausgefallen ist.“

Diese Erklärung ist nicht nur ein Geständnis — sie enthält außerdem eine Verdächtigung der Anhänger des polnischen Volkes, sie wollten einen nächtlichen Angriff gegen die Pfarrei veranstalten, ohne auch nur die Spur eines Beweises vorzubringen!

Frächtig ist die Erklärung des Pfarrers Bilzer aus Szyniszow, der sagt:

„Ich habe meine Pflicht erfüllt und werde sie immer erfüllen, so daß ich das vor meinem Gewissen verantworten kann. Mich wegen Jan Waloszel — der Zeuge — zu entschuldigen, das verbietet mir meine Priesterwürde. Was die Parochianen über ihn denken, das ist mir Garantie, daß er nicht im stande ist, mich zu beleidigen.“

Mit allen diesen Redewendungen ist natürlich nichts widerlegt. Wenn man solche Erklärungen liest, so versteht man, wie der „Friedensfürst“ Kopp dazu gekommen ist, auf die Einstellung der drohenden weiteren Prozesse zu dringen.

Der Rückzug Baudiffins. Der Verfasser der „Erfülligen Menschen“ sendet den Zeitungen diese Mitteilung:

„Auf meine diesbezügliche Mitteilung an die Zeitung der deutsch-konfessionellen Fraktion des Reichstages meldete sich sofort der Herr Abgeordnete, der den mich beleidigenden Zwischenruf in der Sitzung vom 4. März gethan hatte. Nach meiner Erklärung, daß ich das Buch „Erfüllige Menschen“, welches ich ausdrücklich als Roman bezeichnet habe, niemals veröffentlicht haben würde, wenn ich es vorausgesehen hätte, daß dasselbe als eine Beleidigung der ganzen deutschen Armee oder gar eines bestimmten Offizierscorps aufgefaßt werden könnte, hat der betreffende Herr Abgeordnete erklärt, daß er den mich beleidigenden Ausdruck nicht gebraucht haben würde, wenn ihm meine obige Auffassung bekannt gewesen wäre.“

Nachdem dem Grafen Baudiffin mit Lage gedroht ist, erfuhr er für seine Sittenschilderung um mildernde Umstände, da er sie „ausdrücklich als Roman“ bezeichnet habe.

Interessanter ist die konservative Moral, welche die Mitteilung lehrt. „Lump“ rief ein konservativer Abgeordneter laut, als die Schrift im Reichstage behandelt wurde. Ein Lump ist dem konservativen derjenige, der es wagt, gegen die Lebensart der Offiziere Kritik zu üben; aber die Wahrheit oder Unwahrheit des Inhalts der Schrift konnte der Lump-Nutzer nichts wissen. Der Lump wird jedoch zurückgenommen, sobald die Erklärung erfolgt, es sei nicht ernst gemeint und nur ein Roman. Wer die Wahrheit verkennt, ist Lump. Wer flunkert, ist ein Ehrenmann. Womit allerdings andererseits auch noch nicht bewiesen ist, daß der Roman nur Roman ist.

Gäfarenwahnsinn. Überschrift des „Berliner Tageblatt“ folgende Meldung aus Seoul:

Der Kaiser von Korea beabsichtigt, den nieder-gebrannten Palast mit einem Kostenaufwand von fünf Millionen Yen aus prächtigster wieder zu erbauen, trotzdem die Schatzkammern völlig geleert sind. Es müßten daher dem Volke zu diesem Zwecke schwere Steuern auferlegt werden, die das ganze Land ausplündern würden. Die Ratgeber des Kaisers treten für einen bescheidenen Neubau ein.

Welch' unkräftige Sprache das liberale Blatt einem gekrönten Haupte gegenüber anschlägt, wenn dies gekrönte Haupt — im fernen Asien residiert!

Als ob solch kostspielige Luxusbauten nicht auch von andern gekrönten Häuptern aufgeführt worden wären. Wir möchten nur an Friedrich den Großen erinnern, der gerade nach dem siebenjährigen Krieg, durch den das Land in der furchtbarsten Weise erschöpft worden war, das Neue Palais in Potsdam aufzuführen ließ. Die Bauleisten für diesen ebenso pomphaften wie überflüssigen Bau werden nach niedrigster Schätzung auf 3, nach höchster Schätzung auf 11 Millionen Thaler veranschlagt, wozu noch die Millionen für die innere Ausstattung kamen. Und diese Summen wurden verausgabt bei einer Gesamtausgabe des Etats von 16 Millionen Mark, wovon allein 13 Millionen auf den Heeresetat entfielen! Nicht man noch die Willkür und die Kosten für die Regierungsverwaltung ab, so verbleiben für die ganze übrige Staatsverwaltung noch 1700 000 Thaler! Bei den kostspieligen Aufwendungen für das Heer und Privatluxusbauten ist es dann nicht verwunderlich, daß die den Bauern auferlegte Kontribution nicht weniger als 33 1/2 bis 42 1/2 Proz. des Gesamtertrages der bäuerlichen Wirtschaft betrug!

Ein minder schwere Fälle — sechs Wochen Mittelarrest. Der Unteroffizier Paul Zimmermann von der 12. Compagnie Regiment Nr. 94 in Jena hatte sich am Dienstag vor dem Kriegsgericht der 88. Division in Erfurt wegen Soldatenmishandlung in elf Fällen zu verantworten. Der Angeklagte scheint an „Gedächtniswache“ zu leiden, denn er will sich auf die ihm zur Last gelegten Fälle nicht genau bestimmen können und in den Fällen, wo er sich bestimmen kann, wollte er durch die Mishandlung den Geschlagenen Schmerzen nicht verursachen. In einem Falle sieht er beim Stiefelapfen einen Rekruten die Stiefel ins Gesicht, daß ihm die Augen überläufen; demselben Rekruten gab er mindestens vier Ohrfeigen, die „nicht sehr weh thaten“. Einem andern gab er eine Ohrfeige, die „etwas brannte“. Der dritte Soldat erhielt zwei Schläge auf den Kopf und eine Ohrfeige, die ebenfalls brannte. Im vierten Falle wurde einem Rekruten der Helm verpaßt, daß ihm der Kopf weh that. Weiter erhielt dieser Mann zweimal Fauststöße in den Rücken, weil die Binde hinten zu weit vorguckte und zum Schluß Schläge mit dem Stiefelapfen, was gleichfalls „nicht sehr“ weh that. Wunderbarerweise stellten die Richter gütlichen Unteroffizier hin, der im Dienste sehr streng sei, in der dienstfreien Zeit aber mit ihnen Karten spiele, damit die Zeit vergeht. Der Vertreter der Anklage findet, daß elf minderschwere Fälle vorliegen, wovon zehn im Dienst begangen sind. Er beantragt sechs Wochen Mittelarrest und das Gericht erkennt demgemäß. Von einer Degradation wurde Abstand genommen, weil der Angeklagte sich im Dienstfeier zu diesen Mishandlungen habe hürtsen lassen.

Neues Marine-Artillerie-Geschütz? Die tt-Korrespondenz meldet: Geheimnisvolle Artillerie-Schießungen finden gegenwärtig in der Gegend von Cuxhaven statt und zwar auf dem eigens dazu von Kiel eingetroffenen Artillerie-Schulsschiff „Karola“, welchem zur Unterstützung das Torpedoboot G 111 beigegeben worden ist. Zu den Schießungen resp. Versuchen hat das Reichsmarineamt die Korvettenkapitane Wosart und Schrader, sowie den Kapitänleutnant Thordede an Bord des Schulsschiffes entsandt, wofür sich auch mehrere hervorragende Marineoffiziere aus Kiel und Wilhelmshaven befinden. Ueber die Einzelheiten des Schießens soll der Dienstlicheit gegenüber strenges Stillschweigen gewahrt werden. Dem Vernehmen nach soll es sich darum handeln, ein neues Marine-Artillerie-Geschütz resp. Geschos auf seine Leistungsfähigkeit auszuprobieren.

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Wegen Majestätsbeleidigung stand vor dem Landgericht in Weitzen (Oberschlesien) der wegen Bettelns u. oft bestrafte Arbeiter

Trangott Murski, der in einer Weinflasche den deutschen Kaiser beleidigt haben soll. Obwohl der Kreisarzt Dr. Ketteler erklärte, der Angeklagte sei geistig nicht normal, wenn auch nicht unzurechnungsfähig im Sinne § 51 des Strafgesetzbuches, verurteilte das Gericht den Beleidiger der Majestät zu zwei Monaten Gefängnis.

Aus Deutsch-Südwestafrika

liegt keinerlei neue Meldung vor. Angesichts der ganzen Lage hegt man nicht nur wegen der Abteilung Glaserapp, sondern auch wegen der im Großfontein-Bezirk befindlichen ersten Besorgnisse. Der Berichtsführer der „Köln. Ztg.“ schreibt: Wenn gleich der Distriktschef von Großfontein, Oberleutnant Volkman, als ein tüchtiger Mann bekannt ist, wenn auch Probianer genug am Orte vorhanden war, als die Einschließung begann, so ist doch die Lage der 200 dort weilenden Flüchtlinge durchaus kritisch. Von aller Welt abgeschnitten, zu einem aufreißenden Wächtdienst genötigt, von der Sorge um die Angst ihrer Angehörigen in Europa geplagt, in unbehaglichen Lebensverhältnissen zusammengedrängt, haben sie ohne Zweifel viel zu leiden. Unter den eingeschlossenen befinden sich der Besiedlungskommissar Dr. Paul Kohrbach und der Geometer Heimsoeth. Soviel ich vor zwei Monaten erfahren konnte, ging es allen gut. Die Herero haben sich vermutlich nach Süden zurückgezogen, so daß ein Angriff auf Großfontein wohl nicht zu befürchten ist. Ausgeschlossen ist er jedoch nicht, da der Feind die Linie des Omuramba gegebenenfalls zur Flucht nach der Kalahari benutzen und dann den Schlag von der Seite überfallen könnte. Die Kolonne v. Giorffs sollte den Norden säubern und die Verbindung über Dutjo nach Olawi und Großfontein herstellen, es ist jedoch infolge der Bewegungen des Feindes zu einer Schwelung nach Süden gekommen.

Ausland.

Jaurès' Zeitung.

Paris, 19. April. (Fig. Ver.) Was der jaurèsistischen Partei seit zwei Jahren nicht gelingen will, das ist ihrem Führer binnen drei Monaten gelungen. Der letzte Kongreß der P. S. F. in Saint-Etienne hat die Frage der Gründung eines Parteiblattes wieder einmal dem nächsten Kongreß überwiesen. Gleichzeitig aber ging der Parteiführer Jaurès daran, auf eigene Faust ein privates Tageblatt zu gründen, nachdem er kurz vorher aus der „Petite République“ ausgetreten war. Am 18. April ist die erste Nummer des von der Partei unabhängigen Organs des Parteiführers erschienen. Die in einer wirklich organisierten sozialistischen Partei unentbehrbare Erscheinung ist in der P. S. F. ebenso selbstverständlich zur Thatsache geworden, wie in den bürgerlichen Parteien, deren Presse Privatbesitz der einzelnen Führer ist.

Jaurès' Zeitung trägt den Namen „L'Humanité“ (Die Menschheit). Dieser Name soll, wie es in dem von Jaurès verfaßten Programmartikel heißt, „genau das Ziel unserer Partei markieren“, nämlich die von allen Sozialisten angestrebte Verwirklichung der Menschheit, die heute noch nicht oder kaum existiert: „Innerhalb jeder einzelnen Nation wird die Menschheit kompromittiert und gleichsam zerbrochen durch den Klassenkampf, durch den unvermeidlichen Kampf zwischen der kapitalistischen Oligarchie und dem Proletariat. Einzig der Sozialismus wird durch die Auffassung aller Klassen im gemeinschaftlichen Eigentum der Arbeitsmittel jenen Gegensatz lösen und so jede endlich mit sich selbst verödete Nation zu einem Teil der Menschheit machen.“ Auf internationalem Gebiete erstrebt desgleichen „das internationale Proletariat die Wiederherstellung aller Völker durch die universelle soziale Gerechtigkeit. Dann und nur dann wird es wahrhaftig eine Menschheit geben, deren höhere Einheit sich wieder spiegelt in der lebendigen Mannigfaltigkeit freundschaftlicher und freier Nationen.“

Die Sätze, die sich auf die sozigen einheimische nationale Seite des „Menschheits“begriffes beziehen, kennzeichnen jedenfalls genau Jaurès' theoretische Stellung zum Klassenkampf. Während für die internationale Sozialdemokratie der Klassenkampf der gewalttätige Faktor der geschichtlichen Entwicklung ist, erblickt in ihm Jaurès zunächst den — freilich „unermesslichen“ — Störenfried der „Menschheit“ und verkehrt ferner das Verhältnis zwischen Klassenkampf und Sozialismus ins direkte Gegenteil. Der Klassenkampf ist ihm nicht das einzige Mittel zur Verwirklichung des sozialistischen Zieles, sondern umgekehrt ist ihm der Sozialismus ein Mittel zur Beilegung des Klassenkampfes. So wahr nun der Sozialismus den Klassenkampf nebst den Klassen abschaffen wird, so falsch und sonderbar ist es vom Standpunkt des kämpfenden Proletariats, das Verhältnis zwischen seinem Ziel und Mittel in der Jaurès'schen Weise umzukehren. Noch keinem Feldherrn ist es je eingfallen, den Sieg seiner Armee für ein Mittel zur Beilegung des Kriegszustandes zu halten und in diesem Sinne seine Soldaten aufzuklären.

Ferner verläßt der dogmenfeindliche Verfasser des Programmartikels das Dogma der friedlichen Verwirklichung des Sozialismus: „In dem Maße, wie sich bei den Völkern und den Individuen die Demokratie und die Vernunft entwickeln, wird die Geschichte der Gewaltanwendung entfallen.“

Aus dem sonstigen Inhalt des Artikels sei folgendes hervorgehoben: das Verprechen, bei aller entschiedenen Verteidigung des eignen taktischen Standpunktes „gütige Polemiken“ zu vermeiden und die Bemühungen der Sozialisten aller Richtungen zu fördern, ausgenommen einzelne Gruppen, die etwa „durch selbstererbte Leidenschaft sich hineinziehen lassen sollten, die Geschäfte der Kontrevolution zu besorgen“; solche Gruppen sollen „mit Festigkeit bekämpft werden“; das Bestreben, mit allen Formen der Arbeiterbewegung in steter Fühlung zu bleiben, sowie in jeder Beziehung für eine genaue und wahrhaftige Vertretung zu sorgen: „Die große sozialistische und proletarische Sache bedarf weder der Lüge, noch der halben Lüge, noch der tendenziösen Berichterstattung, noch der übertriebenen oder verästelten Nachrichten, noch eines schiefen oder verleumderischen Verfahrens. Sie bedarf weder der ungerechten Herabsetzung und Erniedrigung der Gegner, noch der Vertilgung der Thatsachen.“ In diesen Worten kennzeichnet Jaurès negativ die in der französischen Presse allzu verbreiteten Unsitte, die freilich auch anderwärts zu Hause sind.

Soweit die ersten zwei Nummern der „Humanité“ ein Urteil zulassen, unterscheidet sich die neue Zeitung inhaltlich allerdings sehr vorteilhaft von dem bisher hier verbreiteten Typus der billigen Presse, von „Clemenceaus“ „Aurore“ abgesehen. Sie ist ernstlicher, sachlicher, gehaltreicher und belehrender. Vielleicht aber erscheint sie eben deshalb dem an leichtem, oberflächlichen und sensationellen Stoff gewöhnten großen Publikum etwas langweilig.

Der Redaktions- und Mitarbeiterstab der „Humanité“ ist sehr zahlreich und weist alle glänzenden Namen und tüchtigeren Kräfte des ministeriellen Sozialismus auf: Briand, Pressensé, Viviani, Journière u. a. Auch Allemane, dessen Revolutionarismus freilich seit langem bereits durch einen wachsenden Ministerialismus abgelöst worden ist, zählt zum Redaktionsstab, ebenso wie der marxistisch gefärbte Medelin, der nach dem Saint-Etienne-Kongreß sich der P. S. F. wieder angeschlossen hat. Einen großen Raum wird in der „Humanité“ die auswärtige Politik einnehmen. Sie wird von fünf Redakteuren behandelt werden: von Pressensé, dem gründlichen Kenner der auswärtigen Politik, der lange Jahre dieselbe im „Temps“ redigierte, von Ancien Herr, Charles Andler, Jean Longuet und Rémy. Eine Neuheit in der französischen Presse, zumal in der billigen, ist die Anstellung ständiger auswärtiger Korrespondenten in den wichtigsten Ländern: Reichstags-Abgeordneter Dr. Südekum für Deutschland, Beer für England, Friedrich Herr für Oesterreich-Ungarn, Abg. Journemont für Belgien, Abg. Disfolati für Italien, Kantonsrat Egg-Greif für die Schweiz. Unter den literarischen Mitarbeitern nennen die Namen von Anatole France, der für das Feuilleton ein neues Werk: „Auf dem weißen Stein“, philosophische Gespräche, geschrieben hat, ferner von Octave Mirbeau, Abel Dermant, Gustave Geffroy u. a. m.

Finanziell ist die „Humanité“ von jeder Kapitalisierungsgruppe unabhängig. Das freilich noch ungenügende Gründungskapital ist im relativ kleineren Betrage aufgebracht worden. Die Redaktion ist, wie Jaurès schreibt, auch vor jedem Druck seitens der Aktienhaber gesichert.

Beklagt es der neuen Zeitung, beim großen Publikum Eingang zu finden und so ihre Existenz zu sichern, so wird der ministerielle Sozialismus in ihr eine äußerst wirksame Waffe gewinnen.

Schweiz.

Aus der Bundesversammlung.

Bern, 18. April. (Fig. Ver.) Die Frühjahrs-session der Bundesversammlung ist nach 14 tägiger Dauer wieder geschlossen worden. Der Nationalrat hat zum Schluß noch die Vorlage betreffend die Neuordnung der Feldartillerie angenommen, die nun neue 7 1/2 Centimeter-Geschütze erhält, mit denen, wie erklärt wurde, die Schweiz das beste Geschütz der Gegenwart erhält und für die schon früher ein 20 Millionen-Kredit bewilligt wurde. Im Nationalrat interpellierte Greulich in Gemeinschaft mit seinen Fraktionsgenossen und bürgerlichen Abgeordneten den Bundesrat über seine Stellung zu dem Begehren einer Bundessubvention an die Kantone unter Freigabe der Verwendung für die Krankengeldversicherung oder für die unentgeltliche Krankenpflege oder für die unentgeltliche Krankenpflege oder für die unentgeltliche Krankenpflege. Greulich begründete seine Interpellation durch eine lange vortreffliche Rede. Bundesrat Deucher erklärte in seiner Antwort die Forderung nach Staatsärzten für undurchführbar. Die Frage der unentgeltlichen Krankenpflege wolle der Bundesrat objektiv und wohlwollend prüfen. Bundesrat Forrer, der „starke Mann“ der Bundesregierung, erklärte in seiner Rede unter andern an der Beitragspflicht der Unternehmer gegenüber der Krankenversicherung festzuhalten, das heißt, auch an dem Recht der Unternehmer zur Selbstverwaltung. Eine solche Schmälerung ihrer Selbstverwaltung lassen sich die Arbeiter aber nicht gefallen, darum haben sie 1900 die Versicherungsbedingungen verworfen und aus diesem Grunde werden sie jede neue Vorlage, die dertartige enthält, verwerfen. Daran wird Herr Forrer immer scheitern.

Der Ständerat hat in Sachen des Gesetzes betreffend die Arbeitszeitverkürzung an den Vorarbeiten von Sonn- und Festtagen den verächtlichsten Abänderungsbeschlüssen des Nationalrates insofern zugestimmt, als er die Bestimmung, daß an diesen Tagen am Morgen mit der Arbeit nicht früher begonnen werden darf, als an den übrigen Wochentagen, fallen ließ. Dagegen hat er beschlossen, an dem Verbot des Wirtshausbesuchs von Arbeit nach der Fabrikarbeit für alle Wochentage, also allgemein zu verbieten, festzuhalten, während der Nationalrat dieses Verbot auf den Sonntagen zu beschränken beschlossen hat. Es besteht also zwischen beiden Häusern noch eine erhebliche Differenz, die der Nationalrat vor Sessions-schluss nicht mehr erledigt hat. Er wird sich damit in der nächsten Juni-session zu beschäftigen haben. Erwähnenswert ist, daß der sozialistische Socialpolitiker Dr. Decurtius, der auf dem 1897 in Zürich abgehaltenen internationalen Arbeiterkongreß ein dramatisch bewegtes Rededuell mit unsrer Genossin Jettin über die Abschaffung der Hausindustrie hatte, im Nationalrat das genannte Verbot ebenfalls bekämpfte, aus „formellen“ Gründen, weil es nicht in dieses Gesetz gehöre. Ein andermal wird er eben andre „Gründe“ haben, die verelendende Hausindustrie aus reaktionären, kirchlich-politischen Gesichtspunkten zu beschützen.

Dänemark.

Die Bemannung der Festung Kopenhagen. Der Gesandtschaftsbesuch des Kriegsministers, wonach 300 Infanterierekruten auf die Seefort abgeführt werden sollen, wurde am Montag in zweiter und dritter Lesung vom Folkething angenommen. Dagegen stimmten außer den Sozialdemokraten neun Liberale, einige andre Liberale waren abwesend, so daß ebenso viele Mitglieder der Linkenpartei wie bei der Interpellation über die Klüftung den Kriegsminister nicht unterstützten, aber mit dem Unterschiede, daß ein Teil davon jetzt gegen ihn stimmte. Vor der Abstimmung führte der liberale Wortführer Zahl veranlaßt, nochmals eine höchst überflüssige Frage an den Minister zu richten, nämlich die: ob nach Annahme des Gesetzes die durch außerordentliche Ordr einberufenen Mannschaften auch wirklich entlassen werden sollten. Nachdem der Minister mit „Ja“ antwortete, war das Gewissen Zahls vollkommen beruhigt, so daß er unterzagt für die Bemannung der einst von seiner Partei so heftig bekämpften Festung stimmte.

Amerika.

Streikunruhen. In der im Kohlenbezirk belegenen Stadt Garrett (Pennsylvanien) ist es nach dem „A. T. B.“ zu großen Ausschreitungen im Auslande befindlicher bewaffneter Grubenarbeiter gekommen. Ein großes Polizeiaufgebot ist nach Garrett abgegangen, da man befürchtet, daß es zu einem Kampfe zwischen den Anständigen und den Nicht-Grubenarbeitern kommen würde. Bereits sind zahlreiche Schüsse gewechselt worden. Ein Arbeiterwohnhaus ist niedergebrannt worden. Hierbei ist die Frau eines Grubenarbeiters mit ihren fünf Kindern ums Leben gekommen.

Vom ostasiatischen Kriegsschanplan.

Ueber den Untergang der „Petropawlowsk“

Berichten Augenzeugen: Als sich die „Petropawlowsk“ an die Spitze der in Salschlolonne aufgestellten Schiffe stellte, zeigte sich auf ihr ein Rauchwölkchen. Eine schwache Detonation erfolgte, worauf zwischen den Schornsteinen eine Rauchsäule und eine riesige Flamme aufstieg. Es erfolgte eine zweite stärkere Explosion. Das Hinterteil des Panzerschiffes hob sich über dem Wasserpiegel empor, die Schrauben arbeiteten, sodann versank das Hinterteil rasch im Wasser. Fast in demselben Augenblick sank das Schiff in die Tiefe. Nach einer Mitteilung des gereiteten Rüstungsmann Jakoblew war die Kommandobrücke, auf der er stand, unter Wasser, ehe man noch einen Gedanken an Rettung fassen konnte. Alle auf der andren Seite der Brücke Stehenden, darunter auch Vice-Admiral Makarow, kamen, offenbar durch die Explosion verblendet, um. Die Katastrophe dauerte nicht länger als zwei Minuten, doch gelang einem Amaten eine photographische Aufnahme. Die in der Nähe befindlichen Torpedoboots und das Kanonenboot „Gaidamul“ eilten zur Rettung der Mannschaft herbei. Das Ereignis erschütterte alle furchtbar. Die Trauerkunde durchflog die Stadt, alle eilten an den Hafen, niemand wollte an den Untergang Makarows glauben, alle hofften, daß er gerettet wäre. Viele behaupteten, daß am 15. April bei Port Arthur ein japanischer Kreuzer untergegangen sei und daß die „Asagawa“ und die „Nishin“ durch das indirekte Feuer am 15. April über der Wasserlinie beschädigt worden seien.

Nagasaki, 20. April. Die japanische Flotte hat 3 Kontakt-Minen, die sie 40 Seemeilen vom Schantung-Bergebiet entfernt auf See treibend gefunden, gerettet.

Die patriotische Brandschatzung.

Wir haben bereits zahlreiche Illustrationen der eigentümlichen Methoden angeführt, womit die zarische Regierung ihre geliebten Unterthanen für den Kriegsfonds ausplündert. Es gehört ja sonst zu den lieblichen Praktiken des Militarismus, daß während des Krieges die materiellen Mittel des Landes durch Erhöhung der Steuern, durch Einführung neuer außerordentlicher Geldquellen, durch innere Anleihen und dergleichen aufs äußerste erschöpft werden. Aber eine solche Allwelts-Bettelei und zwar ein so kleinliches und brutales Kopfen-Sammeln und -Schöpfen, wie es gegenwärtig in dem heiligen Rußland in enormen Maßstab getrieben wird, ist wohl noch nie erlebt worden. Die kleinen Beamten und Privatangehörigen, die Industrie-Arbeiter müssen sich natürlich nach gelindem Protest die patriotischen Daumenschrauben gefallen lassen, weil die Hungerpeitsche — die Dienstentlassung — sofort als überzeugendes Argument ins Feld geführt wird. Nicht so die Bauern. Diese „anti-

Kollektivistischen Schädel wollen es partout nicht verstehen, daß sie mit dem Vaterland und seinen Wandschreier-Kriegern ihre Sparsparnige teilen sollen. Und da giebt es bei der Eintreibung von patriotischen Spenden allerhand teils erste, teils heitere Hände. So wird jetzt z. B. in dem ganzen baltischen Distrikt längs der Weichsel von den Dorfgemeinden ein hartnäckiger Krieg mit den Behörden um die abgepreßten Spenden geführt. In der Gemeinde G o l o m b haben die Bauern jede Besizer zum Kriegsfonds rundweg abgeleitet. Die Folge war: der Gemeinde-Kassette wurde verhaftet und der Schreiber entlassen. In Waranow wurden Hausbesitzer vorgekommen. In anderen Gemeinden gaben die Bauern auf die Aufforderung der Behörden zu Sammlungen die Antwort: „Der Zar sei ja ohnehin sehr reich, der habe genug, um seine Bedürfnisse aus eignen Mitteln zu decken.“ Die beste Antwort wurde jedoch im Namen der Gemeinde in P u l a w y (in offiziell russischer Geographie Alexandrien) gegeben; nachdem sich der Kreishauptmann alle Mühe gegeben, um hier den Bauern klar zu machen, daß die Regierung wirklich für den Krieg Geld brauche, antwortete ihm ein Bauer laut: „Wenn ich kein Geld habe, fahre ich nicht zum Jahrmarkt.“ Diese einfache Bauern- und Menschenlogik erwies sich aber als gänzlich unwirksam gegenüber der höheren Logik der zaristischen Regierung. Um die Bauern zu bekehren, wie man „zum Jahrmarkt fährt“, wam man auch kein — wenigstens kein eignes — Geld hat, nehmen die Behörden überall gewaltsam aus den Gemeindefassen Bauerngeld heraus und notieren es als „freiwillige patriotische Spenden des begeisterten Volkes“.

Postverkehr mit Ostasien unterbrochen.

Offiziell wird im russischen „Regierungsbote“ kundgegeben, daß der internationale Postverkehr mit Ostasien auf unbestimmte Zeit suspendiert wurde.

Dies mag jetzt zur Erklärung dienen, weshalb Briefe aus Deutschland auch nach dem östlichen Sibirien in der letzten Zeit unbeantwortet blieben. Uebrigens wird höchstwahrscheinlich auch mit der Inlandkorrespondenz aus dem europäischen Rußland nach Sibirien von der russischen Post nicht viel Bedenkens gemacht.

Soziales.

Die Freiheit der Spinnstube.

Sogenannte Spinnstube-Zusammenkünfte von Männern und Weibern haben sich noch in einigen Gegenden Deutschlands erhalten, wobei allerdings nicht mehr gesponnen wird. In einem rheinischen Dorfe schreibt die hochwohlwollende Polizei aus „Gründen der Sitte“ dagegen ein, indem sie für die in Privathäusern stattfindenden Zusammenkünfte eine Polizeistunde und zwar auf 11 Uhr abends festsetzt. In einem Strafverfahren gegen eine große Anzahl spinnstübiger Eulen und Wägebelen hat nun jetzt das Kammergericht auf Freisprechung erkannt und die betreffende Polizeiverordnung für ungültig erklärt. Im Polizeiverwaltungs-Gesetz laufe sich absolut keine Vorschrift entdecken, die die Verordnung stützen könnte.

Aus Industrie und Handel.

Preussische Seehandlung.

Der Finanzminister und der Minister des Innern haben, wie die „N. Pol. Korrespondenz“ mitteilt, die ihrer Lust nach unterstehenden Behörden an eine Kabinettsorder vom Jahre 1820 erinnern lassen, nach welcher alle im Inlande für Rechnung des Staates, dessen Kassen und Institute vorkommenden Geldgeschäfte, bei denen eine lausammißige Mitwirkung nicht entbehrt werden kann, ohne Unterschied durch die Seehandlung zu besorgen sind. Zugleich weist der Erlaß auf die Ermächtigung der Provisionskassen der Seehandlung sowie auf die Einrichtung von Kassen bei diesem Institute hin. An der Vorbeziehung man heute auch wissen, daß eine Vermehrung des Grundkapitals der Seehandlung bevorstehe, und zwar eine sehr beträchtliche. Das zur Zeit 84 Millionen Mark betragende Grundkapital soll nämlich um ca. 50 Millionen Mark erhöht werden.

Der alte Konkurrenzstreit zwischen der Seehandlung und den großen Privatbanken schien fast schon gänzlich eingeschlafen zu sein; vielleicht erleben wir nun doch noch eine kleine Neuaufgabe des alten Habers, wenn auch kaum mehr als einen schwachen Wiederhall des in den sechziger und sebziger Jahren des letzten Jahrhunderts tobenden Konkurrenzstreites, denn inzwischen hat sich denn doch die Position der großen Bankgesellschaften demmaßen gehoben, daß sie heute der Seehandlung ganz anders gegenüberstehen wie vor etwa drei, vier Jahrzehnten. Damals wurde die Seehandlung, da sie den Privatbanken durch ihre Geschäftspolitik manches profitable Geschäft verbar, nicht nur oft in der liberalen Börsenpresse, sondern auch im preussischen Abgeordnetenhaus von den parlamentarischen Kommissen der Bankfirmen heftig angegriffen, bis sie sich schließlich unter Camphausens Ministerherrschaft während der sebziger Gründerjahre die volle Zustimmung der Gründer und Gründerbanken zu erwerben verstand.

Die deutsche Roheisenproduktion für das erste Quartal des laufenden Jahres übertrifft nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller die Erzeugung des ersten Vierteljahres 1903 um mehr als 70 000 Tonnen. Produziert wurden nämlich in den letzten drei Monaten 2 461 883 Tonnen gegen 2 391 082 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. An dieser Zunahme ist jedoch der letzte Märzmonat nicht beteiligt. Er lieferte nur 850 340 Tonnen gegen 854 144 im März 1903; darunter bestanden sich Gießerei-Roheisen 146 726 Tonnen, Bessemer-Roheisen 41 081 Tonnen, Thomas-Roheisen 535 901 Tonnen, Stahl- und Spiegeleisen 52 094 Tonnen und Puddel-Roheisen 73 349 Tonnen. Die Produktion im Februar 1904 betrug 780 460 Tonnen, im März 1903 854 144 Tonnen.

Zur Lage der Krefelder Seiden- und Sammetindustrie. Die ungünstige Lage der Krefelder Sammet- und Seidenindustrie hat die dortigen Fabrikanten veranlaßt, Erhebungen darüber anzustellen, wie hoch sich in den beiden letzten Jahren ihr Gesamtabsatz belaufen hat. Die Statistik ergibt für das Jahr 1903 einen Rückgang von ca. 2/3 Millionen Mark. Während im Jahre 1902 der Umschlag 62 557 348 M. betrug, sind im vergangenen Jahre nur für 79 972 785 Mark Fabrikate verkauft worden. Das Geschäft mit Deutschland hat sich, dem Werte nach, um ca. 1/3 Millionen Mark verringert, doch ist an dieser Verminderung nur das Seidenstoff-Geschäft beteiligt, während der Umschlag in Sammetwaren mit Deutschland um über 400 000 M. zugenommen hat.

Der Umschlag in Sammetwaren ist, der Wertziffer nach, um 684 010 M. gestiegen und zwar von 22 728 831 im Jahre 1902 auf 22 144 821 M. im Berichtsjahr. Dem entsprechend hat sich die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Handjüde für Sammet und Sammetgewebe um 82, die der beschäftigten mechanischen Stühle um 117 vermindert. — Die Umschlagziffer für die ganz- und halbseidenen Stoffe ist von 59 828 517 M. im Jahre 1902 auf 67 827 964 M. im Berichtsjahr, also um 2 000 553 M. zurückgegangen. Es hat sich dabei nicht nur die Zahl der beschäftigten Handjüde in Stoffen um 847, sondern auch die der beschäftigten mechanischen Stoffjüde um 154 verringert.

Rechen-Dementis. Die nicht nur unter den Bergarbeitern, sondern auch unter dem Kleinbürgertum des Ruhrreviers um sich greifende Erregung scheint den Rechenverwaltungen doch unangenehmer zu sein, als sie zugeben wollen, denn sie halten es fast überall für angebracht, zu erklären, daß die angekauften Rechen vorerst noch nicht stillgelegt werden sollen. Nach einer Meldung aus Dortmund hat dort die Direktion der „Union“ erklärt, daß die Reche „Geldauf-Triebhan“ keineswegs stillgelegt werden solle. Auch

die Stilllegung der Reche „Julius Philipp“ wird dementiert. Was diese Erklärungen wert sind, zeigt eine in Stiepel (bei Witten) abgehaltene Versammlung, in welcher der dortige Gemeindevorsteher Thiehoff versicherte, daß man auf „Julius Philipp“ die Pfeiler der Grundstreden abbaue und sie dann zusätze, während die Streden ineinander geschossen würden. Dadurch werde bewirkt, daß die Reche niemals wieder in Betrieb genommen werden könnte.

Einige Bergwerksgesellschaften behelfen sich in anderer Weise. So begründet z. B. die Hibernia, wie uns aus Essen gemeldet wird, ihre Betriebsbeschränkung auf der angekauften Reche Alshaden damit, daß das Förderseil defekt sei. Und auf der Reche „Fröhliche Morgenstunde“ kann deshalb nicht voll gearbeitet werden, weil es plötzlich am Abzug fehlt. Gründe billiger als Tromboeren.

Die Rübenguder-Produktion macht seit einigen Jahren in der nordamerikanischen Union bedeutende Fortschritte. Nach den Angaben der amerikanischen Handelspresse betrug in der beendeten Rübenguder-Campagne 1903/04 die Gesamtproduktion 208 135 Tonnen gegen 195 463 Tonnen in der vorhergehenden Saison, eine Zunahme um 12 672 Tonnen. Es wurden in der Saison neun neue Fabriken eröffnet, wodurch sich die Gesamtziffer auf 53 erhöht, gegen 44 in der Saison 1902/03. Californien steht an der Spitze der Rübenguder produzierenden Staaten und zwar infolge der Leistungsfähigkeit der Claus-Spreddischen Fabriken. Dem trotzdem genannter Staat nur sieben Fabriken aufweist, haben dieselben doch im letzten Jahre 60 008 Tonnen Rübenguder geliefert, gegenüber einer Ausbeute der in Michigan vorhandenen zwanzig Fabriken von 57 084 Tonnen gegen 48 879 Tonnen in 1902/03. In letztgenanntem Staate hat sich die Zahl der Fabriken während letzter Saison um vier vermehrt.

Auch Colorado wies in der Campagne mehr Rübenguder-Fabriken auf, als Californien, nämlich 8. Es hat 39 566 Tonnen produziert. Dann folgen Utah mit 7 Fabriken und einer Produktion von 20 670 Tonnen, Nebraska mit drei, New York mit zwei, sowie Wisconsin, Ohio, Minnesota, Oregon, Washington und Idaho mit je einer Fabrik. Das Resultat wäre noch befriedigender gewesen, wäre nicht ein Teil der Rübensaart in Michigan durch heftigen Regenfall im September und darauf folgendes Frostwetter zerstört worden. Die im Bau begriffenen Fabriken in Mount Pleasant und Charlevoix, Michigan, sowie Phoenix, Arizona, wurden in letzter Saison nicht vollendet. Für die kommende Saison ist mit dem Bau von Fabriken in Sugar City, Idaho und Chippewa Falls, Wisconsin, begonnen worden. In der Campagne 1901/02 belief sich die Rübenguder-Produktion der Vereinigten Staaten auf 163 126 und in 1900/01 auf 70 859 Tonnen.

Versammlungen.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den 1. Kreis tagte am Dienstagabend in der Fischerstr. 25. Aus dem Kassensbericht ergibt sich, daß in der Berichtperiode (seit Dezember) den Einnahmen von 1202,99 M. die Ausgaben mit 858,70 M. gegenüberstanden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und beschlossen, von dem Bestand 300 M. an den Vertrauensmann zu überweisen. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, daß die Jahrsabende jeden zweiten Mittwoch im Monat stattzufinden haben. Gegen zwei Stimmen wurde beschlossen, drei Mitglieder des Wahlvereins, die an der Landtagswahl nicht teilgenommen haben und auf Erziehung keine Aussicht hierüber geben, aus dem Verein auszuschließen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde einstimmig beschlossen, den bisherigen Vorstand weiter wirken zu lassen.

Es folgte das Referat des Genossen Julius Kalliski über: „Die politische Macht“. Die Frage der politischen Macht — führte der Referent aus — ist eine der wichtigsten, die das Proletariat beschäftigen. Die Befreiung der Mehrheit der Mandate im Reichstage oder im Landtage bedeutet noch nicht den Besitz der politischen Macht — es gehört dazu der ausschlaggebende Einfluß auf die Verwaltung, die Justiz und das Heer. Selbst vernünftige sozialpolitische Gesetze können durch die Abhängigkeit der Verwaltung und der Justiz unwirksam gemacht werden. In Deutschland haben wir ein jätzendes Mißverhältnis zwischen der wirtschaftlichen Bedeutung des Proletariats und dessen tatsächlichen Macht. In unserer Partei sind Strömungen vorhanden, die glauben, das Proletariat könne vor Besitzergreifung der politischen Macht einen wirklichen Einfluß ausüben; die Mittel, die hierfür empfohlen wurden, waren unter anderem: das Zusammengehen mit den sogenannten liberalen Parteien, die Kartellpolitik, die Ueberschätzung des Konsumvereinswesens und der Ministerialismus. Nach der bisherigen Entwicklung in Deutschland ist der Gedanke einer bürgerlichen Demokratie eine Utopie geworden. Ich bin überzeugt, daß es heute selbst den einflussreichsten Genossen in der Partei nicht gelingen würde, die Gesamtpartei zu bewegen, bei Stichwahlen für einen sogenannten freisinnigen einzutreten. So kann von einem Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken nicht mehr die Rede sein. Es gab in unserer Partei Leute, die selbst in der lächerlichen Frage der Befreiung des Vizepräsidentenpostens ein Mittel sahen, ihre wirkliche Macht zu vergrößern. Die Kartellpolitik hat bei den großen Kreisen der Gewerkschaftler selbst keinen Anklang gefunden. Die Konsumvereine, die an sich nützliche Institutionen sein können, kommen aber für den Befreiungskampf des Proletariats selbst gar nicht in Betracht. Es ist unmöglich, mit den Konsumvereinen den Kampf gegen den Kapitalismus selbst aufzunehmen. In Berlin z. B. ist der verhältnismäßig geringe Aufschwung der Konsumvereine durch das Vorhandensein der großkapitalistischen Konkurrenz der Warenhäuser zu erklären. Dem Ministerialismus stand die deutsche Sozialdemokratie in ihrer großen Mehrheit von Anfang an feindselig gegenüber. In Frankreich hat der Ministerialismus Schiffsbruch gelitten. Sozialdemokraten haben im französischen Parlament selbst bei direkt arbeitereindlichen Vorfragen dem Ministerium zugestimmt, nur, um Herrn Millerand im Amt zu erhalten. In England haben die in den Ministerien sitzenden Vertreter der Arbeiter nichts weniger als Arbeiterpolitik getrieben. In Deutschland steht die politische Entwicklung weit zurück hinter der wirtschaftlichen. Die Zahl der selbständigen Existenzen wird immer kleiner — damit auch die Zahl der an der Erhaltung des Kapitalismus Interessierten immer geringer. Die Reaktion erhebt drohend ihr Haupt. Statt des Justizhausgesetzes haben wir die Justizhausurteile, die Verurteilungen wegen Streikvergehen, Grimmschank. Das Reichstags-Wahlrecht wird bedroht. Angesichts dieser Zuspitzung der Klassengegensätze auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete müssen wir aussprechen, daß, was ist. Die Frage, wie wir die politische Macht erobern werden, läßt sich so rund und nett nicht beantworten. Wir haben für eine Geschlossenheit der proletarischen Masse zu sorgen, im Sinne der proletarischen Klassenpolitik zu agitieren und zu organisieren. Die Sozialdemokratie muß auf alles gerichtet sein, sie muß in den proletarischen Massen das Kampfbewußtsein wachhalten, das Bewußtsein der Solidarität der Interessen des Proletariats, für die man mit und gegen die bürgerliche Gesellschaft den Kampf führen muß. (Beifälliger Beifall.)

Eine Diskussion fand nicht statt und der Vorsitzende konstatiert das Einverständnis der Versammlung mit den Ausführungen des Referenten. Mit einigen Abschiedsworten an den Genossen Kalliski, der in diesen Tagen seine Gefängnisstrafe antritt, schloß der Vorsitzende die sehr gut besuchte Versammlung.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 10. April im Habelschen Saal, Bergmannstraße 57, eine Versammlung ab. Genosse Bartels hielt einen Vortrag über die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Der Vortragende, der das gestellte Thema gemeinverständlich und lebendig behandelte, erntete reichen Beifall. Er verwies zum Schluß darauf, daß es jetzt darauf ankomme, die drei Millionen, die für und gestimmt haben, zu drei Millionen Kämpfern zu erziehen. — Genosse Hensel und der Vorsitzende, Genosse Werner pflichteten dem Referenten bei und teilten mit, daß der Wahlverein in dieser Richtung durch Veranstaltung entsprechender Vortragsabende wirken will. Zunächst

werde Genosse Bartels noch zwei Vorträge halten, die als Fortsetzung des eben gehaltenen gedacht seien: einen über Karl Marx' ökonomische Lehren und einen über das sozialdemokratische Programm. — Rautmann regte an, die Genossen möchten sich die für 10 Pf. in der Buchhandlung erhältlich Schrift Schoenlants und Kautskys über das Programm zulegen und bis zu dem nächsten Vortrag durchgehen, damit sich eine erspriehliche Diskussion daran schließe.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 18. April eine Generalversammlung ab. Hensel gab die Abrechnung vom 1. Quartal. Einer Einnahme von 286,95 M. stand eine Ausgabe von 1446,50 M. gegenüber, so daß ein Ueberschuß von 1420,45 M. zu verzeichnen war. Das Gesamtvermögen beträgt 5041,16 Mark. Sodann berichtete Kamentis als Delegierter sehr eingehend über den Heimarbeiterversammlungs-Kongress. Ganz besonders habe die Ausstellung der Produkte der Heimarbeit gezeigt, in welcher schändlicher Weise die Ausbeutung der Heimarbeiter betrieben werde. So werde z. B. gezahlt für einen Knabenanzug 75 Pf. Arbeitslohn, die Gesamtlosten betragen 2,88 M., der Ladenpreis — 8 M. Redner bedauerte, daß man dem Bürgerthum ein zu großes Entgegenkommen gezeigt habe in Betreff Ausschmückung des Lokales. Das Symbol der nach Freiheit strebenden Arbeiter, die rote Fahne, habe man gänzlich vernichtet. Erreulich sei es gewesen, daß die Frauen Lily Braun, Zeitlin, Riez betonten, daß die Heimarbeit nur im Zeichen des Sozialismus verschwinden werde. Am 1. Mai findet eine Versammlung bei Graumann statt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ungarisches Abgeordnetenhaus.

Budapest, 20. April. (B. Z. V.) (Fortsetzung.) Ministerpräsident Graf Tisza erklärte mit Bezug auf den Eisenbahnerstreik, die Regierung sei hinsichtlich der Gehaltsaufbesserung der Eisenbahn-Beamten bis zu der äußersten Grenze gegangen, so daß die übrigen Staatsbeamten Grund hätten, diese glücklicheren Kollegen zu beneiden. Die Eisenbahnbeamten irren, wenn sie meinen, durch den Ausstand mehr zu erreichen, als gewährt worden sei; man könne gar nicht von einem Ausstande sprechen, da die Eisenbahnbeamten die Dienstpflicht verlegt hätten, die sie mit ihrem Eide gelobt haben. Der Ministerpräsident erklärte weiter, man könne eigentlich nur den Anstiftern und Agitatoren großen, die sich hinter der verleiteten Menge vertriehen und sich auf eine Solidarität berufen, deren Hauptelemente die Leichtgläubigkeit der Menge und die Heißigkeit der Anstifter bilden. (Beifall rechts. Unruhe links.) Die Regierung hält den Weg offen für diejenigen, die auf den Weg der Pflicht zurückkehren wollten, sie wolle den Schleier des Berges über das Geschehene breiten. Falls die Streikenden die Arbeit nicht aufnehmen, so würde der Betrieb, mit welchen Mitteln auch immer, wenn gleich anfänglich im beschränkten Umfange, abgewickelt werden. (Beifall.)

Englisches Unterhaus.

London, 20. April. (B. Z. V.) Gibson Vordles (Konf.) fragt die Regierung, ob sie unterrichtet sei über irgend ein kürzlich getroffenes Abkommen betreffend Marokko zwischen Frankreich und Deutschland oder zwischen Spanien und Deutschland, oder zwischen Frankreich und Rußland; ferner ob die Regierung unterrichtet sei von dem Beisehen eines Hebereinkommens zwischen Frankreich und Spanien, wonach diese Mächte sich verpflichten, in gewissen Fällen ihre militärischen Streitkräfte zu vereinigen und Spanien die Verpflichtung einzugehen, auf Verlangen Deutschlands einen Hafen an der atlantischen Küste Marokkos zu verpacken. Der Ministerpräsident Balfour erwidert: Wir haben keine Information die uns dazu führen könnte, an die Existenz irgend eines der erwähnten Abkommen zu glauben. Sowas fragt, ob die Regierung an Frankreich oder Spanien eine darauf bezügliche Frage gerichtet habe. Balfour antwortete, so viel ich weiß, sind keine Anfragen von uns an die betreffenden Mächte gestellt worden in Bezug auf ein Vertrags-Instrument, von dem wir keinen Grund haben anzunehmen, daß es in Wirklichkeit existiere.

Der Minister des Innern Aker Douglas brachte ein Vorlage, betreffend die Erteilung von Lizenzen für den Verkauf beirauchender Getränke ein. Danach soll in Italien, wo die Erneuerung einer Lizenz infolge Verringerung der Bedürfnisfrage verteuert wird, der Inhaber der Lizenz aus einem Fonds entschädigt werden, der durch eine abgestufte Steuer auf die konzeptionierten Lokale zu bilden ist. Die Entscheidung der Behörden, nach der eine Lizenz als unnötig verweigert wird, bedarf der Bestätigung durch das Obergericht. Auf eine Anfrage erklärt Unterstaatssekretär des Neupostens Carl Beren: Eine russische Circularnote an die Mächte ist uns am 15. d. M. zugeestellt worden und unterliegt jetzt der Beratung. Die Note behandelt folgenden Gegenstand: Generalgouverneur Alexejew hat erklärt, daß, wenn neutrale Dampfschiffe, die auf der Höhe der Küste der Halbinsel Awantong oder innerhalb der Zone der militärischen Operationen der russischen Streitkräfte festgenommen werden, Korrespondenten an Bord haben, die dem Feinde Nachrichten mit Hilfe verbesserter Apparate zugehen lassen, deren Verwendung in der Konvention, welche diese Materie behandelt, nicht vorgehien ist, die Fälle solcher Korrespondenten als Fälle von Spionage behandelt und Schiffe, welche mit Apparaten für drahtlose Telegraphie ausgerüstet sind, als rechtmäßige Preisen angesehen werden sollen.

London, 20. April. (B. Z. V.) (Fortsetzung.) Die erste Lesung der Vorlage betreffend die Erteilung von Lizenzen für den Verkauf von beirauchenden Getränken wurde mit 314 gegen 147 Stimmen angenommen.

Freigabe der Centrumsnummer des „Simplicissimus“.

München, 20. April. (B. Z. V.) Das Landgericht hat heute die am 8. Januar d. J. erfolgte Beschlagnahme der Centrumsnummer des „Simplicissimus“ aufgehoben.

Karlsruhe, 20. April. (B. Z. V.) Die Verfassungs-Kommission der Zweiten Kammer hat heute bezüglich des Wahlreformgesetzes folgende Beschlüsse gefaßt: Als Vertreter der Landvolkswahlkreise sollen drei Abgeordnete in die Erste Kammer gewählt werden. An der Wahl eines Vertreters der Arbeiterkammer zur Ersten Kammer wird festgehalten. Die von dem Großherzog in die Erste Kammer zu berufenden Mitglieder sollen nicht mehr als sechs an Zahl betragen. Die Zahl der Abgeordneten der Zweiten Kammer soll 73 betragen. Es wird dem Entwurf einer neuen Wahlkreiseinteilung entgegengegehen. Für Städte, welche mehr als einen Abgeordneten zu wählen haben, soll das Proportionalstimmrecht eingeführt werden. Um zur Zweiten Kammer wahlberechtigt zu sein, soll die Staatsangehörigkeit ein Jahr gedauert haben. Wenn der Wahlberechtigte trotz rechtzeitiger Wahlung und ohne Stundung erhalten zu haben, beim Abschluß der Wählerliste mit der Einrichtung der für das vorangegangene Steuerjahr gegenüber dem Staat oder der Gemeinde obliegenden Steuer im Rückstand ist, soll die Befugnis des Wahlrechts ruhen. Bezüglich des Budgetrechtes hält die Kommission an den früheren Beschlüssen fest.

Petersburg, 20. April. (B. Z. V.) Ein Telegramm des Generaladjutanten Anropalkin an den Kaiser von heute lautet: Wie General Kutschukow berichtet, war es am 10. Juli am Ostasien rühig. Gegenüber Gollak und weiter oberhalb führen die Japaner Erdbeseitigungen an. Die Zahl der japanischen Truppen nimmt zu und sie ziehen sich nach Wjtschu hin zusammen. Gleichzeitig rücken sie längs des Jalu nach Norden weiter. Die Uichter von japanischen Kriegsschiffen wurden von Kasakowposten in der Bucht von Fintail gegenüber dem Dorfe Potinsa 25 Werst westlich von Latunglon bemerkt. Die Schiffe stehen in einer Entfernung von ungefähr 50 Werst von der Küste. Wie General Kutschukow meldet, sind japanische Schiffe auch bei Sontschon gesehen worden.

Reichstag.

71. Sitzung. Mittwoch, den 20. April 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Einem.
Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Besprechung der Interpellation des Grafen Oriola, betr. Vorlegung der Militärpensions-Gesetzentwürfe.

Abg. Winkler (konf.): Die gestrige Erklärung des Kriegsministers haben die Hoffnungen geknickt, die wir bisher noch hegen durften. Aber ihn trifft nicht die Schuld, im Gegenteil verdient er Dank für die schnelle Ausarbeitung des Entwurfes, sondern die Schuld trifft den Bundesrat, der diese Frage, wie leider jetzt so viele wichtige Gesetzesvor schläge wieder in seiner bekannten dilatorischen Manier behandelt hat.

Abg. Dr. Paschke (fr. Vgl.): Es ist immer möglich, ein Gesetz fiktivisch zu verlegen, dessen Inhalt man gar nicht kennt. Trotzdem auch wir den Wunsch haben, die bestehenden Mängel zu beseitigen, müssen wir doch auch an die Gesamtheit denken, die die Kosten zu tragen hat. Es ist auch ganz gleichgültig, ob das Gesetz ein paar Wochen früher oder später an uns kommt. Zur Erledigung wird es in dieser Session doch nicht kommen, zumal man jetzt schon ernsthaft davon spricht, den Reichstag zu Pfingsten zu vertagen und erst im Herbst die Session fortzusetzen. (Lebhaftes Hört! Hört!) Wir wollen abwarten, frei prüfen und legen Wert darauf, volle, freie Hand zu behalten.

Abg. Singer (Soz.):

Wir nehmen zu dieser Interpellation dieselbe Stellung ein, die wir schon früher präzisiert haben. Mit den Rednern aus dem Hause sind wir der Meinung, daß eine Novelle zum Pensionsgesetz durchaus notwendig ist, und es entspricht durchaus unserer bisherigen Stellung, wenn wir an die Regierung den dringenden Wunsch richten, diese Novelle sobald wie möglich dem Reichstage vorzulegen. Unschädbar unserer Stellung zum ganzen Militärwesen, wollen wir doch für seine Opfer nach Kräften eintreten, und unsere Stellung zum Militarismus hindert uns nicht, dringend zu wünschen, daß das Schicksal seiner Opfer möglichst erleichtert wird. Wir wünschen aber nicht nur eine Erhöhung der Pensionen der Offiziere, sondern auch der Mannschaften vom Feldwebel abwärts in mindestens demselben Maßstabe. Wenn auch die Pensionen der Offiziere ohne weiteres als unzureichend zugegeben werden, so reichen doch auch die der Mannschaften nicht aus und bedürfen dringend der Aufbesserung. Zuschriften und Petitionen aus diesen Kreisen beweisen, daß ihre Erhöhung dringend notwendig ist und wir hoffen, daß die Wünsche der Tausende, die dem Vaterlande treu gedient haben, recht bald erfüllt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) polemisiert gegen den Abg. Dr. Paschke. Der Tod, der einen der alten Duppelstürmer nach dem andern zur großen Arme abberuft, richtet sich nicht nach den Erwägungen des Bundesrats, gegenüber dessen Verhalten wirklich der württembergische Komparativ (Heiterkeit) am Plage wäre. Es ist schade, daß das Fenster des Bundesratszimmers nicht auf die Siegesallee hinausgeht, vielleicht würde das ihn an seine Pflicht erinnern. Wenn er sich ihrer aber nicht bewußt würde, so müßte sie ihm der Reichstag ins Gedächtnis zurückrufen, er müßte ihm unaufhörlich „Wehr Dampf!“ zurufen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Paschke (natl.): Unsere Fraktion war der Ansicht gewesen, daß eine Besprechung nicht notwendig sein würde, aber die Erklärung des Kriegsministers hat uns vollständig enttäuscht. Trotz der Ankündigung in der Chronique, trotz der Erklärungen des Herrn Kriegsministers sind wir nach fünf Monaten noch nicht einmal mit den Erwägungen so weit gekommen, daß der Bundesrat sich über die finanzielle Basis des Gesetzes klar ist. Wenn in dieser Weise Hoffnungen erweckt und immer wieder getäuscht werden, muß die Reichstagsfraktion schwinden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Kriegsminister v. Einem: Mehrere Redner haben darauf hingewiesen, daß das Gesetz seit fünf Monaten dem Bundesrat zur Beschlussfassung vorliege und ihm daraufhin Vorwürfe gemacht. Ich habe aber gestern schon betont, daß die Teile des Gesetzes über die Marine und die Schütztruppen erst am 21. März dem Bundesrat zugegangen sind, und da das Landheer doch nicht die ganze Arme ist, so konnte die Beratung nicht vorher begonnen werden. Ich gebe übrigens die Hoffnung nicht auf, daß das Gesetz noch in dieser Session dem Reichstage gehen wird. Ich habe die Hoffnung, daß der Bundesrat sich mit Eifer damit beschäftigen wird, wenn natürlich auch bei dem Umfange der Materie eine gründliche Beratung notwendig ist.

Abg. Gröber (L.): Ich halte die Vorwürfe gegen den Bundesrat nicht für begründet. Die Hauptschwierigkeiten liegen auf finanziellen Gebieten. Das verlangte Gesetz würde vielleicht 100 Millionen Mehrausgaben verursachen. Da ist es natürlich für die Sozialdemokraten sehr leicht, das Gesetz zu bewilligen und nachher zu sagen: für die Mittel können Sie sorgen. (Zustimmung rechts und im Centrum. — Abg. Singer (Soz.) ruft: Einkommensteuer!) Jetzt hat auch die Abteilung Sachen des Flottenvereins schon ein neues Geschwader verlangt. Da müssen wir doch ein bisschen für unsere Finanzen sorgen. Wenn Sie das Gesetz durchaus noch in dieser Session erledigen wollen, so bleibt, da bei der finanziellen Tragweite des Gesetzes monatelange Kommissionsberatungen gar nicht zu umgehen sind, nur übrig, die Session zu vertagen.

Abg. v. Derssen (Rp.): Schließt sich den Wünschen des Abg. Dr. Paschke an.

Abg. Werner (Antif.) polemisiert gegen den Abg. Gröber. Man könnte auf so vielen Gebieten Geld sparen. (Abg. Gröber ruft: So denn?) Wenn man z. B. in Südwestafrika rechtzeitig die Augen aufgemacht hätte. (Heiterkeit. — Abg. Gröber: Das ist ja vorbei!) Der Bundesrat könne ja sonst schnell arbeiten, warum so langsam in einer Frage, die das ganze Volk interessiert. Für die Deutungfrage sollte Herr Gröber nicht sorgen, das besorgt schon sein Parteigenosse Müller-Pulda. Man solle das Geld nur von den reichen Leuten nehmen, die es dazu hätten, den Mittelstand dürfe man unter keinen Umständen höher belasten.

Abg. Graf Oriola (natl.): Herr v. Einem hat den Bundesrat wohl nur aus Liebenswürdigkeit verteidigt. In andern Invalidentagen konnte der Bundesrat sehr schnell arbeiten, z. B. bei den Chinakriegern. Mit der Vertagung des Reichstages, wenn sie den Zweck verfolgt, das Gesetz möglichst frühzeitig fertigzustellen, bin ich gern einverstanden. Aber jedenfalls verlangen wir vom Kriegsminister, daß er dem Bundesrat gegenüber nicht als Verteidiger, sondern als Ankläger auftritt. (Weißal bei den Nationalliberalen.)

Generalfeldmarschall v. Einem: Nur ein Wort. Von vielen Seiten des Hauses ist der Kriegsminister in einen Gegensatz zum Bundesrat gebracht worden. Ich will nur konstatieren, daß der preussische Herr Kriegsminister Mitglied des Bundesrats ist und hier als solches gesprochen hat. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Besprechung.

Der Etat des allgemeinen Pensionsfonds wird erledigt. Zum Etat des Reichsinvalidentfonds liegt folgende Resolution vor:

Graf v. Oriola, Dr. Paschke. Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, das Gesetz vom 22. Mai 1895 wegen Wänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873 betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidentfonds einer Revision zu unterziehen und baldigt dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem

1. die für die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer erforderlichen Beträge aus allgemeinen Reichsmitteln entnommen werden;
2. die Bestimmung des Art. I Ziffer 8 des Gesetzes vom 22. Mai 1895, gemäß welcher nur solche Kriegsteilnehmer, die sich wegen dauernder gänzlicher Erwerbsunfähigkeit in unterstützungsbedürftiger Lage befinden, Beihilfen erlangen können, beseitigt und durch eine Bestimmung ersetzt wird, durch welche allen denjenigen der Unterstützung dringend bedürftigen Personen des Landwehr- und Mannschafftsstandes des Heeres und der Marine eine Beihilfe zu teil wird, welche an dem Feldzuge von 1870/71 oder den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen ehrenvollen Anteil genommen haben und nicht durch Artikel III § 2 des Gesetzes vom 22. Mai 1895 ausgeschlossen sind;

3. die Beihilfe den zu ihrem Bezuge als berechtigt anerkannten sofort nach ihrer Anerkennung und vom Tage derselben an ausbezahlt wird;

4. die Witwen der Beihilfen-Empfänger für drei Monate nach dem Tode des Ehemannes die Beihilfe fortbezogen.

Jur Begründung erhält das Wort

Graf Oriola (natl.): Wir verlangen, daß das Reich die Invalidentbeihilfen vollständig auf den Etat übernimmt. Wenn jetzt der Fonds erschöpft ist, müssen auch die bedürftigsten Veteranen abgewiesen werden. Wenn aber die gesamten Kosten auf den Etat übernommen werden — und der Bundesrat ist uns ja in dieser Richtung schon entgegengekommen, wir wünschen aber eine gesetzliche Festlegung —, so wird auch im Bedarfsfälle eine Staatsüberschreitung möglich. So wenig ich diese Staatsüberschreitungen sonst billige, hier finde ich sie gerechtfertigt. Auch wollen wir nicht nur bei völliger dauernder Arbeitsunfähigkeit Unterstützung gewähren, sondern auch sonst bei jeder wirklichen Not und Würdigkeit. Wir wollen die zahlreichen Unbilligkeiten des bestehenden Gesetzes ausgleichen und glauben, daß es keine allzu weitgehende Forderung ist, wenn wir verlangen, daß den Männern, die uns das Reich mit erstreuten halfen, der Lebensabend in bescheidener Weise versichert wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Herr v. Stengel: Die verbündeten Regierungen werden erst dann Veranlassung haben zu der vorliegenden Resolution Stellung zu nehmen, wenn ein Beschluß des hohen Hauses vorliegt. Ich habe nur die Absicht, mit einigen Worten die eben gehörten Ausführungen zur Begründung der Resolution zu beleuchten. Bei der Etatsaufstellung ist bisher so verfahren worden, daß im Entwurf die Ausgaben für Veteranen, die in dem betreffenden Etatsjahre voraussichtlich notwendig werden, vorgesehen sind. Es bleibt vorbehalten, erforderlichenfalls im Wege der Nachtragsforderung noch weitere Beträge für die Veteranen in den Etat aufzunehmen. Auch bei der Aufstellung des Etats von 1904 ist so verfahren worden. Auf Grund einer Umfrage bei den Einzelregierungen haben wir festgestellt, daß bei Beginn des Etatsjahres 1904 für etwa 95 800 Beihilfen Vorsorge zu treffen war; in Wirklichkeit hat sich jetzt herausgestellt, daß nicht 95 800, sondern nur 88 612 Beihilfen erforderlich sind, die 10 638 920 Mark ausmachen. In den Etat sind 11 1/2 Millionen für Beihilfen eingestellt, so daß noch Geld zur Bewährung von 7192 Beihilfen mehr, als bei Beginn des Jahres 1904 ermittelt, vorhanden ist. Wir werden also 1904 mit den vorhandenen Mitteln auskommen und dürfen hoffen, daß im Laufe des Jahres 1904 alle diejenigen Veteranen berücksichtigt werden, die als bezugsberechtigt von den Behörden anerkannt sind. Wenn nicht heute, so werden sich innerhalb der nächsten acht Tage sämtliche Veteranen, die unterstützungsberechtigt sind, im Gemüße der Beihilfen befinden. (Bravo!) Das Notgesetz zum Etat ermöglicht uns das. Was den Umfang der Beihilfen anlangt, so sind nach den angefertigten Ermittlungen 800 000 Kriegsteilnehmer vorhanden, die keine Invalidenpension und keine Unterstützung aus dem kaiserlichen Dispositionsfonds genießen. Nach dem Etatsentwurf für 1904 ist also für ein Sechstel der Gesamtheit aller in Betracht kommenden Kriegsteilnehmer bereits gesorgt. Nach den angefertigten Ermittlungen ist die Annahme berechtigt, daß wir in den nächsten Jahren, auch ohne daß die Resolution Oriola Gesetz wird, für die unterstützungsbedürftigen Kriegsteilnehmer sorgen können. In einer kurzen Reihe von Jahren ist die Zahl der Empfänger auf das Doppelte angewachsen. Im Jahre 1909 wird die Jahresrente 18 Millionen Mark betragen. Bei einer Erweiterung der Unterstützung würden natürlich erheblich größere Summen in Aussicht genommen. Von Anfang hatten wir eine so gewaltige Zahl unterstützungsbedürftiger Kriegsteilnehmer gar nicht ins Auge gefaßt. Was jetzt auf dem Wege ist, geht weit hinaus über die früheren Annahmen und Berechnungen der Abgeordneten Graf Oriola und Müller-Pulda. Die Ursache darin erblicke ich einerseits in dem zunehmenden Alter und im damit zusammenhängenden Rückgang der Erwerbsfähigkeit. Ich glaube auch, daß die Vermehrung der Fonds geeignet war, bei manchen Individualitäten die Energie, sich selbst fortzuhelfen, zu lähmen. Auslegung und Anwendung des Gesetzes sind sehr milde, so milde, daß ich den Eindruck habe, wie wenn in einer Reihe von Fällen bei Anwendung des Gesetzes schon über die Forderungen hinausgegangen wird, die hier von Seiten des Grafen Oriola gestellt worden sind. Auch der Mangel jeder wirksamen Kontrolle von Seiten des Reiches selbst macht sich unangenehm fühlbar. Die wiederholten Erörterungen in den Parlamenten müßten jedes Jahr aufs neue im Volke den Eindruck erwecken, als wenn wir es geradezu als wünschenswert erachteten, daß möglichst viele Unterstützungsansprüche kommen. Die hier vorliegenden Anträge wollen die Ansprüche der Veteranen noch erweitern. Auch wünschen sie Uebernahme der Kosten in den allgemeinen Etat, damit Bedürftigen die Unterstützung sofort bewilligt werden kann, auch wenn Mittel für diesen Zweck nicht mehr reserviert sind. Endlich wünscht Graf Oriola auch eine Ausdehnung auf die Witwen. Der Antrag auf Uebernahme auf den allgemeinen Reichsfonds ist im allgemeinen schon entsprochen. Weitere Änderungen des Gesetzes vom 22. Mai 1895 sind nach den Erläuterungen zum Etat des Reichsschatzamts bereits in Aussicht genommen. Die Entlastung des Invalidenfonds erzieht auch der Verwaltung unüberwindlich, wenn nicht seine vorzeitige Aufhebung eintreten soll. Bei der Vorbereitung des Etats für dieses Jahr lagen uns die neuesten Bilanzen noch nicht vor. Jetzt wissen wir, daß trotz der Entlastung des Fonds noch mit einer Unterbilanz von 115 Millionen Mark zu rechnen ist. Ich halte es nicht für angangig, noch weiter Wertpapiere des Invalidenfonds zu verkaufen, um laufende Ausgaben zu decken. In diesem Punkte ist also die Resolution Oriola gegenstandslos geworden. Immerhin ist wünschenswert, daß mit allen ihren Anregungen bis zur Vorlegung des Gesetzes gewartet wird, das der Bundesrat schon in Vorbereitung hat. Bis dahin wird die Finanzlage, die heute noch sehr schleierhaft ist, vielleicht etwas deutlicher zu erkennen sein.

Gegenwärtig muß das Reich Schulden machen, um den Kriegsveteranen die jetzigen Beihilfen zu geben, die ich ihnen ja von Herzen gönne. Aber bei allem Wohlwollen steigen mir bisweilen doch Zweifel auf, ob es sich unter solchen Verhältnissen empfiehlt, die Ansprüche auch noch zu steigern. Jedenfalls ist es bedenklich, durch Annahme der Resolution Hoffnungen zu erwecken, von denen wir nicht wissen können, ob wir sie bei der Beratung des demnächst einzubringenden Gesetzes werden erfüllen können. Wir haben Erwägungen über die finanzielle Tragweite der vom Grafen Oriola vorgeschlagenen Erweiterung angestellt, monach nicht nur den gänzlich Erwerbsunfähigen, sondern auch den mehr als 50 Proz. Erwerbsunfähigen Beihilfen erteilt werden sollen. Die Ergebnisse dieser Erhebung sind sehr unsicher, die Mehrzahl

der Regierungen hat uns offen geantwortet, daß sie Ermittlungen hierüber nicht für thunlich halten. Die Regierungen, welche Erhebungen vorgenommen haben, schätzen die Erhöhung auf 20 bis 100 Proz. Ich muß die Beschlussfassung über die Resolution ja dem hohen Hause überlassen, sie kann ansfallen, wie sie will, das werden Sie jedenfalls gesehen haben, und ich brauche das Ihnen nicht weiter zuzusichern, daß wir die in der Resolution behandelten Fragen ständig wohlwollender Prüfung unterziehen. (Bravo!)

Abg. Grünberg (Soz.):

Ich bin mit den Ausführungen des Grafen Oriola im ganzen einverstanden. Aus den Angaben die der Staatssekretär über die Steigerung der Bedürfnisse des Invalidenfonds für die Jahre 1904 bis 1909 gegeben hat, geht deutlich hervor, daß zur Zeit 60 000 unterstützungsberechtigte Veteranen ohne Unterstützung sind. Daß das kein wünschenswerter Zustand ist, werden sie alle zugeben. Für die Expedition nach China, für südwestafrikanische Abenteuer, für Kolonialzwecke überhaupt gegen wir unnütz ungezählte Millionen aus. Aber zur Unterstützung der Veteranen, die Preußen-Deutschland zur Macht verholfen haben, haben wir kein Geld zur Verfügung. Die Schuld an diesen unerträglichen Zuständen liegt am Bundesrat. Der Reichstag und das Volk haben diese Fragen längst für spruchreif erklärt, und das Volk wundert sich nur, daß der Reichstag in seiner Majorität so unendlich viel Geduld zeigt. Ich habe selbst den Krieg mitgemacht, ich kenne die Entbehrungen und Leiden, die die Kriegsveteranen auf sich genommen hatten. Vor kurzem ist uns vom Bundesratsstisch gesagt worden: Wenn die Offiziere, die gemeinsam den Krieg mitgemacht haben, ihre Erinnerungen aus der Vergangenheit austauschen, dann hebt ihr Herz vor Freude. Auch wir Kriegskameraden kommen zusammen und tauschen unsere Erlebnisse aus. Und wenn man dann sieht, wie den Kameraden die Rot auf dem Gesichte geschrieben steht, wenn sie uns auf unsere Fragen erzählen, wie sie wohnen, essen und sich leiden müssen, dann hebt das Herz — nicht vor Freude. Ich denke noch heute daran, wie wir 1870 die Schiffsbrücke bei Mainz überschritten und jeder sich fragte: Wer weiß, ob ich jemals darüber zurückkehre? Gerade aus Sachsen waren besonders viele Familienväter darunter. Ich entsinne mich der unerhörten Anstrengungen, die wir in den Tagen des 1. September an der Marna durchmachten. Wenn wir alle fünf Jahre zur Wahlurne schreiten, dann feiern wir auf unsere Weise den Sieg von Sedan als Geburtsfest des deutschen Vaterlandes. Und jetzt kommen die Schatzmacher und wollen an dieser Grundlage des Reiches rütteln. Aber ich rate Ihnen, diesen Ratgebern nicht zu folgen. Seit den sechs Jahren, in denen wir in Sachsen das Censurwahlrecht haben, haben wir an dem Bestehen des sächsischen Staates nicht mehr das mindeste Interesse. Und wenn man uns das allgemeine Wahlrecht nähme, das wir bei Sedan erlangt haben, dann würde die Mehrheit des Volkes dem Reiche gegenüber genau so weit kommen. Aber die Männer, die uns das errungen haben, dürfen nicht länger an ihren Ehrensold warten. Der Staatssekretär will sie im Jahre 1909 befriedigen; dann werden die meisten Veteranen 70 Jahre alt sein. Dabei ist es doch gar nicht verwerdlich, wenn die Krankheiten, die damals in den Körper eingezogen sind, erst jetzt bei zunehmendem Alter hervortreten. Redner führt eine große Zahl von Fällen an, in denen Veteranen, die nur noch ganz geringen Verdienst haben, als nicht gänzlich arbeitsunfähig mit ihrer Bitte um Unterstützung abgewiesen worden sind. Unter andern ist in einem von der „Staatsbürgerzeitung“ veröffentlichten Falle das Gesuch abgelehnt worden, weil der Veteran drei Mark monatlich als Nachwächter verdient. (Weißalces Hört, hört!) — Wenn der Reichstag da nicht bald Besserung schafft, weiß ich nicht was ich von ihm denken soll. Er braucht sich nur zu entschließen, der Regierung alle Mittel zu verweigern, bis sie diese Frage geregelt hat. Es liegt gar nicht im Interesse der nationalen Ehre gegenüber dem Ausland, daß man die Veteranenversorgung hier noch immer diskutieren muß. Im Interesse der alten Veteranen, im Interesse der deutschen Nation, die eine so siegreiche Vergangenheit hat, bitte ich Sie, meinen Anregungen zu folgen.

Staatssekretär Freiherr v. Stengel: Der Vorredner hat meinen Ausführungen einen Sinn untergelegt, der durchaus unrichtig ist und den ich nicht unwidersprochen ins Land hinauswerfen lassen kann. Bei der Steigerung der Kosten von 11 1/2 auf 18 Millionen handelt es sich nicht um 60 000 unterstützungsberechtigte Veteranen, sondern um solche Kriegsteilnehmer, von denen wir erwarten, daß sie künftig unterstützungsberechtigt werden. Das wollte ich nur feststellen.

Abg. Kulerski (Polen) schließt sich im allgemeinen den Ausführungen der früheren Redner an dem Hause an. Deutschland würde schwerlich freiwillige finden, wenn es seine Veteranen nicht besser versorgte. Am Regierungstische nimmt man den Mund häufig so voll von nationalen Ehrenpflichten. Von ihnen ist die Rede, wenn es gilt, die Polen niederzutreten, ihnen den Boden unter den Füßen wegzulassen. Und hier verdammt man die nationale Ehrenpflicht, für die Veteranen zu sorgen. Das radikalste Mittel wäre die radikale Neuordnung der ganzen Frage. Ueber die Resolution hinaus muß eine Erhöhung der Unterstützung auf mindestens 800 Mark jährlich verlangt werden. Mit dem Begriff der Hilfsbedürftigkeit wird heute großer Unfug getrieben. So wird jetzt häufig die Beihilfe verweigert, wenn der Veteran eine Invalidenrente erhält. Jetzt hält es die Regierung für ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß möglichst wenig Veteranen Beihilfen erhalten. Redner führt Beispiele über kranke Behandlung polnischer Kriegsteilnehmer. Das Gift des Nationalismus müßte hier wenigstens beseitigt werden. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Für die Regierung sollte es doch erdgängenswert sein, ob solche Reden, wie wir sie eben vom dem Redner der sozialdemokratischen und polnischen Fraktion gehört haben, mit Recht gehalten werden. Es ist bezeichnend, daß auch diese beiden Parteien unserer Resolution beitreten. Herr Grünberg hat nicht nur als Sozialdemokrat, sondern als alter Veteran hier gesprochen. In ihm sind die Erinnerungen an die Zeit, wo er selber mitgekämpft hat, lebendig geworden, er hat patriotische Töne gefunden und hat das Sedanfest das Geburtsfest des deutschen Reiches genannt. Da möchte ich ihn doch daran erinnern, was sein Parteigenosse Diez jüngst über das Sedanfest geäußert hat. Er hat gemeint, es sei zweifelhaft, ob die Franzosen oder die Deutschen mehr Anlaß hätten, das Sedanfest zu feiern: die Franzosen seien an diesem Tage einen Kaiser losgeworden und die Deutschen hätten einen Kaiser erhalten. Wie hat denn damals die sozialdemokratische Presse über diese Zeit geurteilt? Der sozialdemokratische „Volksstaat“ schrieb 1873 anlässlich der Verurteilung zweier bayerischer Offiziere wegen Begnadigung eines Bundes: Wenn alle militärischen Pfländerer aus der Zeit von 1870/71 so zur Verantwortung gezogen würden, wie diese beiden, dann würde es sich bald herausstellen, wie es kam, daß so wenig Eigentumsverbrechen während dieser Zeit in Deutschland vorgekommen sind. Die Leute waren damals in Frankreich in Thätigkeit.

Dasselbe Blatt rief den Rittern des Eisernen Kreuzes, ihren Orden in der Hosentasche zu tragen und schrieb weiter: es stehe nunmehr fest, daß eine gut vorbereitete Armee eine unvorbereitete Armee geschlagen habe, wozu keine besondere Genialität gehöre. So hat damals die Sozialdemokratie über unser tapferes Heer geurteilt. Auch heute steht sie bei jeder Gelegenheit, wo deutsche Interessen und deutsche Tapferkeit in Frage kommen, auf demselben Standpunkt wie der „Volksstaat“ 1873.

Redner erklärt es für eine ohne Rücksicht auf finanzielle Bedenken zu erfüllende Ehrenpflicht, allen hilfbedürftigen Kriegs-

teilnehmern die Beihilfe ohne Zögern auszusprechen. Der Schatz-
sekretär habe sich doch wesentlich jählicher, entgegenkommender und
freundlicher zu den Wünschen der Kriegsteilnehmer gestellt, als sein
Vorgänger, der kalt und empfindungslos alle Wünsche abgelehnt
habe.

Redner will im zweiten Teil des Antrags das Wort „dringend“
gestrichen wissen. Zur Deckung der Kosten für die in der Resolution
geforderten Zwecke haben wir einen Antrag auf Einführung der
Geldsteuer eingebracht, auf den ich jetzt nicht näher eingehen will,
da er gesondert zur Verhandlung kommen wird.

Abg. v. Oldenburg-Janshausen (L.): Für die Ausstellung in
St. Louis sind vier Millionen bewilligt, für unsere alten Veteranen
und Invaliden aber hat man kein Geld. Ich freue mich, daß hier
mal eine Gelegenheit kommt, wo alle Parteien eines Sinnes sind.

Abg. Dr. Rothhoff (fr. B.): Mit dem Antrag Arentz, das
Wort „dringend“ im zweiten Absatz der Resolution Oriola zu
streichen, sind wir einverstanden. Der Gedanke des Herrn Vor-
redners hat doch das Bedenken, daß kinderreiche Familien, auch
wenn sie über 600 Mark Einkommen haben, noch sehr bedürftig sind,
und weil eine solche Grenze für einzelne Arbeit-
geber Veranlassung sein könnte, die Löhne ihrer
Arbeiter unter 600 Mark herabzudrücken. Je weiter
die Regierung in der Forderung für die Veteranen geht, desto freudiger
wird unsre Zustimmung sein. (Bravo! links.)

Abg. Prinz zu Schaumburg-Carolath: Herr Grünberg meinte, der
Reichstag hätte in dieser Frage nichts erreicht. Das ist nicht der
Fall. Daß die Summe für die Veteranen jetzt auf 11 Millionen
erhöht ist, hat der Reichstag durch sein einmütiges Zusammenhalten
erreicht. — Begehrlichkeit dürfte man den Veteranen wirklich nicht
vorwerfen. Dazu ist die Quote zu gering und die Pladereien, um
sie zu erhalten, zu groß. Im Gegenteil habe ich viele Veteranen
gefunden, die ihre Rentenansprüche nicht geltend
machen, weil sie nicht glauben, zum Ziele zu
kommen.

Abg. Werner (Antij.) tritt für einstimmige Annahme der Reso-
lution Oriola ein.

Abg. Jäschke (C.): Um die gewünschte Einstimmigkeit vollständig
zu machen, kann ich auch das Einverständnis meiner Freunde mit
der Resolution Oriola erklären.

Damit schließt die Diskussion.
Der Titel wird bewilligt. Die Resolution Oriola wird unter
Streichung des Wortes „dringend“ einstimmig angenommen.
(Bravo!) Der Rest des Etats wird debattelos erledigt.
Es folgt der Etat für die Expedition nach Ostasien.

Abg. Payer (D. Bp.):

Die verbündeten Regierungen haben dem vom Reichstage zu
verschiedenen Malen dringend ausgesprochenen Verlangen, die
Truppen der ostasiatischen Brigade entweder
zurückzuziehen oder deren Zahl ganz erheblich
zu vermindern, nicht entsprochen und dieses Verhalten in der
Kommission nicht ausreichend begründet. Wenn wir
trotzdem diesmal davon abgesehen haben, ein energischeres Vorgehen
als bisher zu beantragen, so nur, weil uns die gegenwärtigen
kriegerischen Verwickelungen in Ostasien eine außer-
gewöhnliche Reserve aufzulegen. Die Kommission ist daher
auch in der Einzelberatung des Etats eingetreten und hat an ihm,
der teilweise geradezu luxuriös ausgestattet war, erheb-
liche Abstriche vorgenommen. Wenn wir heute auf Stellung
eines Antrages betreffend möglichst baldige Zurückberufung der
Besatzungsbrigade verzichten, so wollen wir damit nicht
etwas dokumentieren, daß wir dem bisher provisorischen
Charakter dieses Expeditionscorps den Stempel eines ständigen
aufdrücken wollen und noch viel weniger wollen wir damit etwa
irgend eine Sympathie für die Errichtung einer Kolonialtruppe
zum Ausdruck bringen. Im Gegenteil betonen wir ausdrücklich
unsre Abneigung gegen derartige Pläne. (Bravo! links.)

Staatssekretär Freiherr v. Rittshofen: Wenn der Herr Vorredner
von einer Passivität der Regierung bei der Zurückberufung der ost-
asiatischen Truppen gesprochen hat, so entspricht das doch nicht der
Sachlage. Die Regierung hat in verhältnismäßig kurzer Frist die
ostasiatische Brigade von 20 000 auf 2000 Mann reduziert. Im
übrigen kann ich dem Herrn Vorredner bestätigen, was auch bereits
in der Budgetkommission gesagt worden ist, daß diese Besatzungs-
brigade nicht als etwas Dauerndes, sondern als etwas Temporäres
angesehen wird. Deshalb wird es in diesem Jahre nicht für an-
gängig gehalten haben, die Truppen ganz zurückzuziehen, hat ja der
Herr Vorredner selbst gesagt.

Präsident Graf Balkeström: Das Wort hat der Abgeordnete
v. Rittshofen. (Heiterkeit.)

Abg. Herr v. Rittshofen (L.): Nichts liegt uns ferner, als aus
der ostasiatischen Brigade eine ständige Einrichtung zu machen, aber
der Zeitpunkt für ihre vollständige Auflösung und vollständige Rück-
berufung aller Truppen kommt nur allmählich und kann nicht plötzlich
mit Gewalt herbeigeführt werden. Die Truppen hatten ursprünglich
die Aufgabe, die deutsche Ehre im fernen Osten zu wahren. Ich
freue mich, daß sie diese Aufgabe in glänzender Weise gelöst haben,
insbesondere schulden wir dem Grafen Waldersee großen
Dank, seine Taten sind dauernd in die
Annalen der Geschichte eingetragen. Jetzt hat
unsre ostasiatische Brigade andre Aufgaben zu erfüllen.
Sie muß die chinesische Verwaltung stärken, zu ver-
hindern suchen, daß der Krieg zwischen Rußland
und Japan über den lokalen Bereich hinausgeht
und einer etwaigen Wiederholung der Unruhen vorbeugen. Wir
müssen sie aber nicht nur aufrecht erhalten, sondern auch mit den
notigen Mitteln zu einer energischen Wirksamkeit aufrüsten, zumal
die Forderungen, um die es sich handelt, von einer sehr geringen
finanziellen Bedeutung sind. Redner erläutert dann die einzelnen
konkreten Anträge und schließt mit der Bitte, die Regierungsvor-
lage wieder herzustellen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Sadekmann (Soz.):

Wenn man diesen Etat sieht, so sollte man nicht glauben, daß
wir uns in einer Zeit der Finanzstrenge befinden. Es werden uns
13 Millionen Mark zugewendet, die mit außerordentlichen Deduzions-
mitteln bestritten, d. h. die Schuld des Reiches vermehren sollen. Auch
im einzelnen sind die Positionen des Etats so reichlich und
luxuriös und aus dem vollen ausgestattet, als ob wir
in der Zeit des größten Ueberschusses uns befänden und kaum die
Regierung erwarten könnte, etwas von dem überflüssigen Gelde
unterzubringen. Wir halten es nicht nur für angängig, sondern auch
für notwendig, die ostasiatische Brigade sobald wie möglich aufzu-
lösen und nach Hause zurückzuführen. Das Problem im fernen Osten hat
der Vorredner sehr richtig dargestellt, es ist die Aufrechterhaltung der
Neutralität Chinas, denn wenn China aus seiner Neutralität herausrückt,
ließe sich der Umfang der Verwickelung im fernen Osten überhaupt nicht
übersehen. Aber in der Beurteilung der Möglichkeit dieses Heraus-
tretens bin ich ganz anderer Meinung als er. Die An-
wesenheit fremder Truppen in China dient nicht sowohl der Aufrechter-
haltung der Ruhe, als sie vielmehr ein Moment der Beunruhigung ist.
Die fremden Besatzungsbrigaden müssen von China als Pfahl im
Fleisch gefühlt werden. Auch die Reibungen der Kontin-
gente unter einander sind nicht außerhalb der Möglichkeit
und man kann nicht wissen, was aus einfachen Schlägereien sich ent-
wickeln kann.

In der Budgetkommission hat sich mein Parteifreund Ledebour
immer wieder bemüht, etwas zu erfahren über die inter-
nationalen Verträge, die Deutschland angeblich
verpflichten sollen, seine Truppen in Ostasien stehen zu
lassen. Er hat nichts darüber erfahren können,
und ich fürchte, auch ich werde keine Auskunft erhalten, wenn ich
jezt trotzdem an den Staatssekretär die Frage richte, wie diese inter-
nationalen Verträge lauten.

Der Abgeordnete v. Rittshofen hat so gesprochen, daß ich
vermutete, er würde weit über die Sätze des Etats hinausgehen
und nicht nur die Wiederherstellung desselben fordern. Zu den
Zwecken, die er im Auge hatte, genügt nicht eine einfache Brigade,
sondern dazu sind zwei oder noch mehr Armeekorps erforderlich.

Was für Unruhen will man denn mit dieser
Handvoll Leute unterdrücken? Zu ersten Zwecken
reichen sie nicht aus und zu der rein dekorativen Tätigkeit,
die sie dort entfalten, sind sie uns doch zu kostspielig.
Man sagt immer, es liege sich dort sehr schwer leben;
eine eigne Bauverwaltung und alle möglichen andern
großen Ämter sind geschaffen worden, um das Leben
dort nur erträglich zu machen, und eine Menge von Be-
amten ist hinausgeschickt, eine Reihe von Sinesen dort geschaffen
worden. Aber während uns auf der einen Seite gesagt wird, daß
unsre Soldaten dort auf dem Kriegsfuß stehen und während ihnen
Kriegskompetenzen gezahlt werden, finden wir wieder Positionen,
die zeigen, daß diese Behauptungen einfach nicht den Tatsa-
chen entsprechen.

Wir finden in der Forderung für Vorspanne und Transporte
40 000 Mark Kosten infolge von Heranziehung von
Familien nach China. Es handelt sich dabei hier darum,
den verheirateten Offizieren ihre Frauen nachkommen zu lassen.
(Wielaches Hört! hört!) Wenn unsre Truppen dort wirklich in
bauwürdigen Baracken untergebracht sind, im Kriegszustand und stets
auf dem „Qui vivo“ stehen, dann wäre es ja geradezu eine Ver-
bareri, die Frauen der Kriegsgesähr auszusetzen. (Sehr richtig!
links.) Ist das aber nicht der Fall, sind wir dort nicht im
Kriege, sondern auf dem Latourkennis-Platz und im
Theehause, wo die Anwesenheit der Damen natürlich
erwünscht ist, so haben wir den besten Beweis, daß der ganze Etat
verdient, rückwärts von uns gestrichen zu werden. (Lebhaftes
Sehr richtig! links.) Im Etat werden Spornanzüge für die
Offiziere als notwendig bezeichnet, natürlich nur zu Ballspielen, die
im Kampfe gegen die klimatischen Einflüsse zur Erhaltung der Ge-
sundheit notwendig sein sollen. Aber wir sind sehr mißtrauisch
dagegen, weil wir schon an diesem Punkte sehen, wie in
Ostasien gewirtschaftet wird. Bedenkt denn die Regierung gar nicht,
welche Wirkung im Lande eine derartige Verschwendung machen muß?
Schon die bloße Veröffentlichung der Tatsache durch den Ab-
geordneten Dr. Paasche im „Tag“ hat Empörung im Volke hervor-
gerufen. Wie man das Geld der Armen und Kernten in
aller Steuereinzahlung, für solche Zwecke ausgeben kann, verstehe
ich einfach gar nicht. Wenn die Regierung den Oppositionsparteien
zu dem reichlichen Material, das sie schon haben, neues hinzuliefern
wollte, so hätte sie es nicht besser besorgen können als durch diesen
Etat. Ich bitte Sie darum, lehnen Sie diesen ganzen Etat ab.
(Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Herr v. Rittshofen: Dem Herrn Vorredner kann
ich erwidern, daß keinerlei staatsrechtlicher Zwang für die einzelnen
Regierungen besteht, ihre Besatzungsbrigaden in China zu behalten. Wenn
der Herr Vorredner meinte, daß die Truppen zu rein dekorativen Zwecken
in China sind, so hat dieser rein dekorative Zweck sich doch in den
letzten Jahren ganz gut bewährt. Ich glaube nicht, daß ohne die
Besatzungsbrigade ein gesicherter Aufenthalt der Fremden in der
Provinz Peking möglich gewesen wäre. Im übrigen hat sich der
Herr Vorredner sehr vorsichtig darin ausgedrückt, er wünsche, daß
die Truppen „möglichst bald“ abgerufen würden. Diesen Wunsch
stellt wohl das ganze Haus. Das Verlangen, die Truppen sofort
zurückzuziehen, hat auch Herr Payer nicht geäußert. Hätten wir das
vergangene Jahr gethan, so müßten wir jetzt mit vollem Rechte
den Vorwurf über uns ergehen lassen, daß wir den Gang der
Ereignisse in keiner Weise vorausgesehen hätten.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Wir wollen selbstverständlich auch nicht
die sofortige Zurückziehung der Truppen aus Ostasien, sind aber in
der Kommission für möglichst Verminderung des Etats eingetreten.
Sollten wir die Truppen jetzt zurückziehen, so würden wir nur dem
Bestreben der Chinesen, neutralitätsbrüchig zu werden, neue Nahrung
geben. Im übrigen bemerke ich, daß wir in der Kommission etwa
1 300 000 M., ungefähr den zehnten Teil des Etats, gestrichen
haben.

Abg. Ledebour (Soz.):

Die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs trafen nicht den
Kern der Sache. Uns kommt es darauf an, ob die Re-
gierungen untereinander gegenseitige Ver-
pflichtungen eingegangen sind, ihre Besatzungsbrigaden
nicht ohne gegenseitige Zustimmung zurückzuziehen, oder ob jede
einzelne Regierung vollkommen freie Hand be-
halten hat, jederzeit ihre Truppen zurückzuziehen. Ich bedauere,
daß der Herr Staatssekretär auf die vom Herrn Referenten Grafen
Oriola getretene Ansicht, daß solche gegenseitigen Ab-
machungen getroffen seien, nichts erwidert hat. Nach
unserer Auffassung wäre es ganz unzulässig, wenn die
deutsche Regierung sich derartig die Hände binden würde.
Heute hat Herr v. Stengel in der Budgetkommission
Aussagen gethan, die ein bezeichnendes Licht auf die Absichten,
die man mit der Besatzungsbrigade hat, werfen. Er hat gesagt,
man werde besser thun, diese Brigade künftig im Ordinarium, statt
wie bisher im Extraordinarium aufzuführen. (Hört! hört! bei den
Socialdemokraten.) Was bedeutet demgegenüber die platonische
Erklärung des Herrn v. Rittshofen, daß man eine dauernde Brigade nicht
wünsche. Was heißt „dauernd“? Die Majorität des Hauses wünscht
eine Veseitigung der Brigade innerhalb des nächsten Jahres. Welche
Gefahren die Aufrechterhaltung der Besatzungsbrigade in sich schließt,
beweisen die höheren Pläne, welche Herr v. Rittshofen vorhin
geäußert hatte über die Aufgaben der Brigade. Er meinte,
sie solle das Ridgrat der chinesischen Verwaltung bilden.
Höchstens kann sie doch dazu dienen, die chinesischen
Verwaltungsbeamten in ihrer Thätigkeit zu beunruhigen.
Herr v. Rittshofen aber will sogar mit der Besatzungsbrigade die
chinesische Regierung zur Neutralität zwingen. Wie soll sie denn das
machen? Vorläufig steht doch China noch nicht unter der Vormund-
schaft des kommandierenden Generals der Besatzungsbrigade, nicht
einmal unter Vormundschaft des Deutschen Reiches. Herr
v. Rittshofen ländigte also leichten Herzens einen
Interventionkrieg an, um China von einem Kriege mit einer andern
Macht abzuhalten. (Lachen rechts.) Ja, wenn er das nicht wollte,
hat er sich höchst unklar ausgedrückt. Wir lehnen alle solche unsinnigen
Gedanken ab und wünschen die sofortige Zurückziehung der Be-
satzungsbrigade. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Freiherr v. Rittshofen: Ich weiß nicht,
wie ich Herrn Ledebour antworten soll. Er hält alles,
was ich sage, von vornherein für belanglos. Ich habe erklärt, daß
die Besatzungsbrigade nur eine temporäre Institution sei, darauf hat
er erwidert, das scheint doch nicht der Fall zu sein. Zweitens habe
ich gesagt, ein staatsrechtlicher Zwang zur Aufrechterhaltung
der Besatzungsbrigade bestehe nicht, auch diese Auskunft aber ge-
nügt ihm nicht.

Damit schließt die Debatte. Die Aufrechterhaltung der ost-
asiatischen Besatzungsbrigade wird im Prinzip gegen die Stimmen
der Socialdemokraten beschlossen.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf
Donnerstag 1 Uhr. (Außerdem Interpellation Auer wegen
Stillelegung der Gruben im Ruhrgebiet.) Schluß 9/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungs-Kommission. Die Feststellung des Verichts über
die Wahl des Abg. Osel (C.), Wahlkreis Kronach, Bayern,
wurde ausgeführt und beschlossen, in eine Nachprüfung
dieser Wahl einzutreten, weil bei der Prüfung die bisherige
Praxis der Kommission in einigen Punkten verlassen worden ist.
Dann tritt die Kommission in die Prüfung der Wahl Ruchs (C.),
6. Wahlkreis des Regierungsbezirks Trier, Wendel-Ottweiler.
Von der Hauptwahl wurden 34 368 gültige Stimmen abgegeben,
davon erhielten Ruchs 17 220, Priebe (natl.) 16 800, der social-
demokratische Kandidat 177, der Freisinn 64, die andern zerstückelt.
Ruchs ist also mit geringer Majorität gewählt. Gegen die Wahl ist
ein nationalliberaler Protest eingereicht worden. Derselbe behauptet,
daß im Kreise Ottweiler 25 Nichtwähler berechnete, die das
Alter von 25 Jahren noch nicht erreicht hatten, gestimmt hätten.
Ferner hätten 97 Personen gewählt, die im letzten Jahre Ar men-

unterstützung bezogen haben sollen; in beiden Fällen beschloß
die Kommission, Beweiserhebungen über diese Angaben an-
stellen zu lassen. Ferner giebt der Protest an, daß 48 Wähler
doppelt gewählt hätten und zwar habe eine Anzahl in
diesem Wahlkreise an zwei Orten gewählt; andre
hätten bei der Hauptwahl im Kreise Ottweiler, sowie auch im Wahl-
kreise Homburg-Kusel gewählt; wieder andre bei der Hauptwahl in
Ottweiler, bei der Stichwahl in Homburg-Kusel, und letztlich
wählten einige dreimal, nämlich bei der Hauptwahl in
Wendel-Ottweiler und in Homburg-Kusel, sowie außerdem bei der
Stichwahl in Homburg-Kusel.

Ueber diese Fälle entspann sich eine sehr lebhafte Debatte. Von
der Centrumsseite wurde verlangt, die Doppelwähler darüber ver-
nehmen zu lassen, in welchem Kreise sie zuerst gewählt hätten. Die
zuerst abgegebenen Stimmen sollten dann als gültig, die später
abgegebenen für ungültig erklärt werden. Dagegen wurde von
mehreren Seiten eingewendet, daß erstens die Wahl in Homburg-
Kusel bereits für gültig erklärt worden sei, ferner daß diese
Vernehmung erfolglos bleiben müsse, weil keiner der Doppelwähler
seine Schuld zugestehen werde, da er sich damit dem Strafrichter
auslieferung. Und wenn — wie von anderer Seite betont wurde —
bei der Vernehmung der Doppelwähler diese besonders auf die Ge-
fahr aufmerksam gemacht würden, in die sie sich mit einer etwaigen
Verfestigung der von ihnen ausgeübten Doppelwahl bringen, dann
würde gar kein Resultat erzielt. Man solle sich einfach an die
Wählerlisten halten und daraus konstatieren, wieviel Wähler doppelt
gewählt hätten. Aber die Kommission beschloß, nach drei der an-
gegebenen Richtungen hin Erhebungen anstellen zu lassen und zwar
sollten die betreffenden Wahlvorstände eidlich, die angegebenen Doppel-
wähler nicht eidlich vernommen werden.

Weiter haben in einigen Wahlbezirken andre Personen für
einzelne Wahlberechtigte gewählt, so daß die letzteren nicht wählen
konnten, da auf ihren Namen schon Stimmzettel abgegeben worden
waren. Die Veranlassung über diese Protesterhebung wurde wegen vor-
geklärter Zeit abgebrochen.

Als ein charakteristischer Zug zeigt sich bei dieser Wahl wie bei
all den Wahlen in den „Schwarzen“ Wahlkreisen des Westens, wo
Centrum und Nationalliberale mit allen Mitteln um den Sieg
ringen, die stumpfsinnige Vogelerei, die von beiden Seiten geübt wird.
Bei der demnachstigen Prüfung andrer Wahlen wird dieses Charakte-
ristikum abermals hervortreten.

Die Petitionskommission des Reichstages beschloß in ihrer am
Mittwoch abgehaltenen Sitzung, eine Petition des Bundes für Handel
und Gewerbe in Leipzig, betreffend Ausdehnung der Verschiffung zu
geordneter Durchführung auf Handwerksmeister und kleine Handel-
und Gewerbetreibende, dem Reichskanzler als Material zu über-
weisen. — Derselbe Beschluß wurde gefaßt bezüglich einer Petition,
betreffend Ergänzung des § 15a der Gewerbe-Ordnung (genauere
Bezeichnung der Firma von Geschäftsinhabern).

Eine recht eingehende Debatte entspann sich über eine Petition
des Dr. med. Hirschfeld in Charlottenburg, betreffend Aenderung des
§ 175

des Strafgesetzbuchs — Bestrafung widernatürlichen Geschlechts-
verkehrs zwischen Personen männlichen Geschlechts. — Die Petition
fordert Straflosigkeit für Homosexualität, wenn der Geschlechtsverkehr
zwischen gleichgeschlechtlichen Erwachsenen ohne Anwendung von
Zwang stattfindet.

Der Referent, Abg. Dr. Thaler, trat in längerer Rede entschieden
gegen die gewünschte Aenderung des Strafgesetzbuchs ein. Ebenso
gut wie der Staat alle Mittel aufbiete zur Bekämpfung der Reblaus
in den Weinbergen und der Rosskrankheit der Pferde, sei er auch
verpflichtet, der Unzucht zwischen Gleichgeschlechtlichen entgegen-
zutreten. Er bedauerte, daß in dieser Hinsicht nur die Männer und
nicht auch die Frauen unter Strafe gestellt würden. Würde man
den Wünschen des Petenten Rechnung tragen, so wäre das eine
schwere Schädigung des Staatswohls. Die Straflosigkeit der Homo-
sexuellen sei mit Schuld, daß Frankreich unter der Abnahme der
Bevölkerung zu leiden habe. Einer solchen Gefahr dürfe sich das
Deutsche Reich nicht aussetzen.

Die Socialdemokraten Abg. Dr. Braun und Thiele traten diesen
Ausführungen entgegen. Man brauche keine besondere Vorliebe für
Homosexualität zu haben, um die Petition für berechtigt zu halten,
so sehr als bedeutende medizinische Sachverständige sich für die
Aufhebung der bezeichneten Strafbestimmung erklärt hätten. Es sei
nachgewiesen, daß ein großer Teil der mit Strafe bedrohten insolge
natürlicher Veranlagung zu ihrem Thun veranlaßt würden. Die
Annahme des Referenten, daß die Entvölkerung Frankreichs auf die
Straflosigkeit des gleichgeschlechtlichen Verkehrs zurückzuführen sei,
sei eine durchaus irrige.

Abg. Dr. Rothhoff (fr. B.) führte aus, daß man nicht, wie es
der Referent gethan, auf die in früheren Jahrhunderten gegen den
Verkehr zwischen Gleichgeschlechtlichen vorgebrachten Gründe ein-
zugehen habe, da wir ja sonst auch heute noch in Deutschland die
Hegenverbrennung haben würden. Durch die Bestrafung mache man
die Homosexuellen zu Märtyrern und fördere die von ihnen getriebene
Agitation.

Abg. Dr. Nagdan (fr. Bp.) tritt ebenfalls für die Petition ein.
Nur wenn ein Zwang ausgeübt würde oder falls Kinder mißbraucht
würden, sei eine Bestrafung zu empfehlen.

Abg. Dr. Hüffel (L.) erwiderte, daß in ärztlichen Kreisen die
Rehrheit sich der Forderung des Petenten ablehnend gegenüber
verhalte. Wenn man von natürlicher Veranlagung vieler Homo-
sexueller spreche, so könne er nur sagen, daß ihm in seiner dreißig-
jährigen ärztlichen Praxis ein solcher Fall noch nicht vorge-
kommen sei.

Das Resultat der Abstimmung in der Petitionskommission war
folgendes. Der socialdemokratische Antrag, die Petition dem Reichs-
kanzler zur Veranschlagung zu überweisen, wurde gegen 5 Stimmen,
der freisinnige Antrag: Uebersetzung zur Erörterung gegen sechs
Stimmen und ein anderer Antrag: Uebersetzung an den Reichs-
kanzler als Material gegen 9 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit be-
schloß: Uebergang zur Tagesordnung. Die Angelegenheit wird dem-
nächst im Plenum des Reichstages zur weiteren Verhandlung kommen.

Eine andere Petition, betreffend Aenderung des § 361 Abs. 6
des Strafgesetzbuchs, welcher von der Bestrafung weiblicher Personen
wegen gewerblicher Unzucht handelt, wurde dem Reichskanzler als
Material überwiesen.

Generalversammlung des Verbandes deutscher Steinarbeiter.

Erfurt, 18. April.

Nachmittags-Sitzung.

Nach Eröffnung der Sitzung teilt der Vorsitzende Schmidt mit,
daß die schwedischen Steinarbeiter den Kollegen Kalmberg als
Delegierten entsandt hat.

Der Vorsitzende Laue giebt dann noch bekannt, daß das Ver-
einsvermögen vom 1. Januar bis jezt auf ca. 133 000 M. ge-
stiegen ist.

Den Bericht des Central-Ausschusses giebt Oertel
Leipzig, den des Verbands-Ausschusses Schmidt-Düffelbock,
welche beide Entlastung des Vorstandes beantragen. Die be-
tragende Entlastung wird nach längerer Diskussion ertheilt.

Als Vertreter der Generalcommission der Gewerkschaften ist Ge-
noffe Knoll-Berlin eingetroffen.

Erfurt, 19. April.

Zu dem Punkte: „Organisation und Agitation“
liegen eine ganze Reihe von Anträgen vor, die sich auf die verschiede-
nen Materien beziehen. Der größte Teil derselben wünscht eine ander-
weitige Regelung der Reiseunterstützung. Weiter wird die
Einführung der Kranken-Unterstützung beantragt, des-
gleichen Einführung der Unterstützung bei Sterbefällen der
Mitglieder. Gewünscht wird ferner die Ausdehnung der Ge-
maßregelten-Unterstützung. Andre Anträge verlangen
eine strengere Kontrolle bei Gewährung von Reichthum ein-
seitig und andererseits bei Unfällen die Gewährung der Kosten

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 21. April.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.
Schauspielhaus. Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand. (Anfang 7 Uhr.)
Neues Opernhaus. Geschloffen.
Reichshallen. Die Jüdin von Toledo.
Berliner. Maria Theresia.
Besting. Japans Reich.
Westen. Die Stumme von Portici.
Neues. Der Strom.
Reibenz. Der teuflische Kasimir.
Vorher: Die Empfehlung.
Central. Der Sonnenvogel.
Belle-Alliance. Freut Euch des Lebens.
Thalia. Der Hochtourist.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.) Das große Hemd.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Das große Hemd.
Kleines. Räucher. Gekstra.
Uranien. Romeo und Julia.
Trianon. Das erste Gebot. Hierauf: Der Dieb.
Carl Weis. Robert und Vertram.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Leib.
Gedr. Herrfeld. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Casino. Japans Liebe. Bärlische Verwandte.
Palast. Liebe im Schaufe. Die Weber.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Uranien. Liebesgötter. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Vossage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Das Land Tirol.
Invalidentraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Der Strom.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Kahalo und Liebe.

Central-Theater.
Gente 7 1/2 Uhr:
Gastspiel **Paula Worm.**
Novität! Zum erstenmal:
Der Sonnenvogel.
Operette in 3 Akten v. R. Schaner und G. Skonkowski.
Musik von Victor Holländer.
Morgen und folgende Tage: **Der Sonnenvogel.**

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Romeo und Julia.
Freitag: Gastspiel von Max Hofpauer: Der Herr von Kitzbühel.
Sonntag: Benefiz Spiel mit 100000 zum erstenmal: Das Mädchen von Schöneberg.
Sonntag: Gastspiel von Max Hofpauer: Der Besessene.
Montag: Dr. Wesp.

Residenz-Theater
Gente und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
8 Uhr:
Der teuflische Kasimir.
Vorher: Mittwoch, den 27. April, zum erstenmal: **Die 300 Tage.** (L'Enfant du miracle.) Schmeißt in 3 Akten von Paul Gavault und R. Charvet. Deutsch von Alfred Dahn.
Sonntag: 3 Uhr: Leonides Ehemänner.

Metropol-Theater
Zum 28. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schults.
1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was giebt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Gente Donnerstag, den 21. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.
Drama in 5 Akten nach dem Französischen von Anselm.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Grosser Ball.
Sonntag, den 24. April: Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.
Beratung, Bedienung: Paul Bäcker, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kron
Wegen des Umbaus Schluß der Saison am 1. Mai.
Nur noch 12 Vorstellungen.
Der Hochtourist.
Sonntag: 3 Uhr:
Charleys Tante.

Schiller-Theater O.
(Ballner-Theater.)
Donnerstagabend 8 Uhr:
Das große Hemd.
Vollständ. in 4 Akten v. G. Hartweg.
Freitagabend 8 Uhr:
Das große Hemd.
Sonntagabend 8 Uhr:
Ferreol.

Cirkus Busch.
Der Aufenthalt ist nur noch von kurzer Dauer!
Abends 7 1/2 Uhr: Fortsetzung der Großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz
unter dem Ehrenprotectorat des Herrn Professors Dr. Bogas.
Beginn gegen 8 1/2 Uhr. Entscheidungskampf zwischen **Jacob Koch** (Deutschland) gegen **Dirk van den Berg** (Holland). **Urban Christoph**, der rheinische Ariele, gegen **Sauerer** (Wännen).
Auftreten des **Monsieur Morok**.
Das Tollkühnheit auf dem Gebiete des Radsports:
Der Saltomortale mit dem Zweirad.
Bemerkenswert:
Aus den Alpen. Der Automobilsturz.
Sonntag, den 23. April: Benefiz-Vorst. für Herrn Burkhardt-Footitt.

Freie Volksbühne
Sonntag, den 24. April, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater 9./10. Abteilung:
Frau Warrens Gewerbe.
Lessing-Theater 12./13. Abteilung:
Zapfenstreich.
228/16 Der Vorstand. L. A.: G. Winkler.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Das Land Tirol. Invalidentraße 57/62.
Sternwarte

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Letzter Monat der **Tunesen-Truppe.**
(Afrika in Berlin!)
Grosse Völkerschau! Die schönen Harems-Damen aus Tunis.

Apollo-Theater.
Abends 8 Uhr:
Specialitäten.
8 1/2 Uhr: Die Sensations-Novität: **Liebesgötter.**
Im dritten Bild: **Der Götterzug** und die grandiose Apotheose.

HEUTE:
Zum **240.** Male:
Anfang 8 Uhr.
Ende 10 Uhr 30.
Deutsch-Amerikanisches THEATER
Königsplatz 67.
Jeden Abend:
Gastsp. Ad. Philipp Ueborn
GROSSEN TEICH.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Invalidenstr. 57/62.
Abends 8 Uhr:
Hierauf: **Der Dieb.**

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Jeden Abend 10 Uhr:
Grosse internationale **Ringkampf-Konkurrenz.**
20 preisgekrönte Ringkämpfer.
Oskar Fürst * Lina Goltz
Humorist. Soubrette.
14 erstklassige Nummern.

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Große Franzosenstr. 182.
Gastspiel von **F. Beckmann.**
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Robert und Vertram
oder: Die lustigen Bagabunden.
Morgen: Erles Gastspiel des 1. Hofkapellmeisters **Emil Richard:**
Onkel Bräsig.

Ringkampf-Konkurrenz.
20 preisgekrönte Ringkämpfer.
Oskar Fürst * Lina Goltz
Humorist. Soubrette.
14 erstklassige Nummern.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 293.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr.
Gente und folgende Tage:
Freut Euch des Lebens.
Große Kassetten-Boxe m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Sonntag: 3 Uhr:
Des Meeres u. der Liebe Wellen.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Donnerstagabend 8 Uhr:
Haus Rosenhagen.
Drama in 3 Akten v. Max Halbe.
Freitagabend 8 Uhr:
Haus Rosenhagen.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Geizige.
Hierauf: Der eingeb. Kranke.
Nächstes: Der eingeb. Kranke.

IX. Berliner Saison.
Stettiner Säger
Zum Schluß: **Reul**
Cirkus Lenz und **Cirkus Busch.**
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags 8 Uhr.

Sanssouci.
Kottbuser Thor — Ein. der Hochbahn.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Säger.
Nach jeder Solree: **Tanzkränzchen.**
Dienstag, den 20. April:
Letzter Theaterabend.

Elektra.
Unter den Linden 44.
Vorher: **Martyrer.**
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtasyl.**

Casino-Theater.
Zottingerstr. 57. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
8 Uhr: **„Japans Liebe.“**
8 1/2 Uhr: Das brillante April-Programm. **Markert**, fr. am Lessing-Theater 30.
9 Uhr: **Färtliche Verwandte.**
Sonntag: 4 Uhr zum letztenmal: **Der Raub der Sabinerinnen.**
Gebrüder

Herrnfeld-Theater.
Schluß der diesjährigen Spielaktion: Donnerstag, 24. April, wegen Gesamt-Gastspiel des Herrnfeld-Theaters in Köln a. Rh.
Bis dahin täglich präzis 8 Uhr die Anton und Donat Herrnfeld'schen Sensations-Komödien:
Am andern Morgen!
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Vorher:
Nur eine Nacht!
2 Akte aus einer Ehe mit den Autoren in den Hauptrollen.
Ab 7. Mai: Gastspiel L. Köhlers Bauern-Theater aus Tegernsee.

WINTERGARTEN
Kellner-Truppe Italienische Akrob. Litta Carlson Im Ball-Foyer. Paul Conchas In seiner Scene im Bivouak.
Robinson Baker-Trio Springer. Helene Land Vortrags-Soubrette.
Costantino Bernardi
Verwandlungsschauspieler. Slegwart Gentes Humorist. Orford's Wunder-Elefanten. Peschhoff-Truppe Russische Tänzer. Die Blumock'nigis Tanzdivertissement. Biograph.

Neue Welt
Hasenheide 108/114.
(Arnold Scholz.)
Jeden Donnerstag:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Heute:
Berlin wie es weint und lacht. Volksstück mit Gesang in drei Akten (11 Bildern).
Nach der Vorstellung:
Familienkränzchen.
Tanz frei.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten gelten.

Servus
macht
Schuhe u. Stiefel
spiegelblank, geschmeidig, wasserdicht, doppelt haltbar.
Sparsamer als Wiche.
Zu haben in schwarz und farbig in Drogen-, Seifen-, Schuh- und Kolonialwarenhandlungen.
Fabrik: Lubaszynski & Co., Berlin NO. 18.

Billige Kohlen
Heye-Briguetts Halbstoße (Gr. 70 Pf. 100 Stüd lbe-Briguetts 7* 80 Pf. La Heiner Coaks Scheffel 55 Pf. offeriert ab Wag: 6550*

Willi Pieper
Hochmeisterstrasse 13.

Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Foen-Palast.
Die Liebe im Sekhause.
Lustspiel in 2 Akten von Cosmar.
Pyramidale Spezialitäten.
Die Weber.
Charaktergemälde mit Musik von B. Gerde.
Morgen: **Elite-Vorstellung: Die Anna-Giese.**
Historisches Schauspiel in 5 Akten von Gerde.
Sonntag, den 23. April, abends 8 Uhr: Das phänomenale April-Programm.
Schluß der Saison: Sonntag, den 30. April 1904.
Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Franz Sobanski. Bernhardtys. Moreno Gaffron, Isano, Thomas Plessner.
Zum Schluß: **Medea.**
Mittwoch, Sonntag, Samstag nach der Vorstellung: **Tanz.**

Reichshallen
Stettiner Säger
Zum Schluß: **Reul**
Cirkus Lenz und **Cirkus Busch.**
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags 8 Uhr.

Sanssouci.
Kottbuser Thor — Ein. der Hochbahn.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Säger.
Nach jeder Solree: **Tanzkränzchen.**
Dienstag, den 20. April:
Letzter Theaterabend.

Guhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 68.
Nieder mit den Sozialdemokraten
von Wilhelm Brade
Ist soeben in neuer Uebersetzung herausgegeben.
Preis 10 Pf. Parto 3 Pf.
„Nieder mit den Sozialdemokraten“ ist eine der ältesten, aber noch immer wirkungsvollen Agitationsbroschüren für die ländliche Bevölkerung. Brade hat die landläufigsten Vorwürfe, die gegen unsre Partei erhoben werden, in volkstümlicher, allgemein verständlicher Weise widerlegt. Die Märchen vom „Leiten“, von der Zerstörung der Familie und Religion“, die auch heute noch in entlegenen Gegenden von unfern Gegnern folpertiert werden, sind in überzeugenden Worten zurückgewiesen.

Herm. Ramlows Weiss- u. Bayrischbier-Lokal
Schönhauser-Allee 135.
Empfehle mein großes Bierzimmer für Jubiläen, Gesellschafts- und Bekehrtsitzungen.
Zwei neuerevierte Kegelbahnen.
Großer Mittagstisch sowie gut gepflegtes Weiß- und Bockbier Bier. G. Ramlow.

Logirhäuser
Pensionate, Hôtels
sollten bei grösseren Neuan-schaffungen nicht versäumen, meine Offerte u. Preise zu vergleichen, da stets Ungewöhnliches zu bieten im stande bin.
Katalog (100 Seiten stark) u. Musteranwendung franco.
Teppich-Specialhaus **Emil Lefèvre**
Oranienstrasse 158, Berlin S.

Flaschenbiere M. 1,50 frei Haus.
Brennerei: VII, 2045.
Zapfbiere (goldgelb) 18 ca. 1/2 Strfl. do. 15 ca. 1/2 „
Berland (dunkel) 15 ca. 1/2 „
Wilsener (hellgelb) 15 ca. 1/2 „

Alle Wanzen
werden nicht durch mein Mittel vollständig vertilgt — fl. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Stufen, Franzosen, Blattläuse etc. Schl. 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 46250*

Eine Mark
täglichliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.
Bestellungen n. Nach. tabell. Ausg. Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

Flaschenbiere M. 1,50 frei Haus.
Brennerei: VII, 2045.
Zapfbiere (goldgelb) 18 ca. 1/2 Strfl. do. 15 ca. 1/2 „
Berland (dunkel) 15 ca. 1/2 „
Wilsener (hellgelb) 15 ca. 1/2 „

Alle Wanzen
werden nicht durch mein Mittel vollständig vertilgt — fl. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Stufen, Franzosen, Blattläuse etc. Schl. 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 46250*

Eine Mark
täglichliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.
Bestellungen n. Nach. tabell. Ausg. Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

Arbeiter - Bildungs - Schule.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Zehrplan für das II. Quartal 1904.

Unter-richtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unter-richts-Abend
National-ökonomie	Entwicklung und Bedeutung des Kartellwesens.	Schriftst. Max Grunwald	Montag
Ge-schichte	Geschichte der Urvölker und des Altertums von den Perserkriegen bis zum Untergang der Römerherrschaft*)	Schrift-steller Dr. Rudolf Steiner	Dienstag
Gesetzes-kunde	Wesen und Aufgaben des Strafrechts	Schrift-steller Simon Katzenstein	Donners-tag
Rede-Uebung	Uebungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz.	Schrift-steller Dr. Rudolf Steiner	Freitag

Der Unterricht beginnt in **Nationalökonomie** Montag, den 25. April; **Geschichte** Dienstag, den 26. April; **Gesetzes-kunde** Donnerstag, den 28. April; **Rede-Uebung** Freitag, den 29. April. Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 1/2 Uhr. Die reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist am zweiten Abend zu zahlen. Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof Links 2 Tr.**, und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstr. 49a; **Reul**, Barnimstrasse 42; **Vogel**, Demminstrasse 32; **Krause**, Müllerstr. 7a; **Horsch**, Engel-Ufer 15. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé**, Berlin SW. 47, Hornstr. 20, Querg. II, Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs**, Berlin S. 59, Hasenheide 50, zu senden. **Der Vorstand.**

*) Dieses Thema ist die zweite Abteilung eines aus 5 Cycles bestehenden Kursus über allgemeine „Welt- und Kultur-geschichte“.

Frauen-Vortrag
morgen Freitagabend 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 20, „Arminiallee“: Frau Grundmann, prakt. Naturheilk., erklärt am weibl. Lofjo **Frauenleiden jeder Altersstufe.**
Eintritt 20 Pf.
Naturheilk. Sprechstunden für Frauen untkinder von Frau Grundmann, Röhndlerstr. 72, Dienstag und Freitag 3-5 nachm., Charlottenburg, Berlinerstr. 40, tagl. 8-9. 49742

Die höchste Temperatur
gibt
MERKUR
Vorzügliche Dauerbrand- Billigstes
Kessel- und Feuerung. Heizmaterial
MERKUR bleibt die höchste Temperatur!
Alleinverkauf für Berlin und Provinz Brandenburg durch: **Dahlmann & Co., Berlin NW., Holsteiner Ufer 8.**

Herm. Ramlows Weiss- u. Bayrischbier-Lokal
Schönhauser-Allee 135.
Empfehle mein großes Bierzimmer für Jubiläen, Gesellschafts- und Bekehrtsitzungen.
Zwei neuerevierte Kegelbahnen.
Großer Mittagstisch sowie gut gepflegtes Weiß- und Bockbier Bier. G. Ramlow.

Logirhäuser
Pensionate, Hôtels
sollten bei grösseren Neuan-schaffungen nicht versäumen, meine Offerte u. Preise zu vergleichen, da stets Ungewöhnliches zu bieten im stande bin.
Katalog (100 Seiten stark) u. Musteranwendung franco.
Teppich-Specialhaus **Emil Lefèvre**
Oranienstrasse 158, Berlin S.

Flaschenbiere M. 1,50 frei Haus.
Brennerei: VII, 2045.
Zapfbiere (goldgelb) 18 ca. 1/2 Strfl. do. 15 ca. 1/2 „
Berland (dunkel) 15 ca. 1/2 „
Wilsener (hellgelb) 15 ca. 1/2 „

Alle Wanzen
werden nicht durch mein Mittel vollständig vertilgt — fl. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Stufen, Franzosen, Blattläuse etc. Schl. 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 46250*

Ärzte und Krankenkassen.

Die Kreishauptmannschaft Leipzig hat in der That, wie gestern erwähnt, eine Verordnung an die Ortskasse in Leipzig erlassen. Wir geben sie im Wortlaut wieder:

Leipzig, den 16. April 1904.

Auf Grund eines von über 30 beteiligten Versicherten gestellten Antrages und zahlreicher, mit über 1700 Unterschriften versehener Eingaben von Kassennmitgliedern hat die königliche Kreishauptmannschaft die Zulässigkeit der seit dem 1. April d. J. bei der Orts-Krankenkasse für Leipzig und Umgebung bestehenden Organisation des ärztlichen Kassendienstes mit ihrem Medizinischen Beiräte einer eingehenden Prüfung unterzogen.

Diese Prüfung hat ergeben, daß durch die von der Kasse getroffenen Anordnungen eine den berechtigten Anforderungen der Versicherten entsprechende ärztliche Versorgung auch nur der Kassennmitglieder nicht vorhanden, geschweige denn für die Zukunft gesichert ist. Zugleich ist von dem medizinischen Beiräte der königlichen Kreishauptmannschaft festgestellt worden, daß für eine solche Sicherung mindestens 112 Ärzte, einschließlich 12 Spezialärzte, erforderlich sind.

Ist hiernach die königliche Kreishauptmannschaft in die Notwendigkeit versetzt, von dem Vorbehalte im 2. Abzuge ihrer Verordnung vom 14. März d. J. Gebrauch zu machen und eine Vermehrung des ärztlichen Personals zu verlangen, so will sie doch bei der durch § 66 a des Krankenversicherungs-Gesetzes gebotenen pflichtmäßigen Abwägung aller in Betracht kommender Verhältnisse auf eine Forderung der vollen obigen Riffer zunächst noch nicht zukommen, sondern, namentlich auch mit Rücksicht auf die Notwendigkeit schleuniger Hilfe, sich — nach Gehör der Kasse und der Aufsichtsbehörde — vorerst auf folgende Anordnungen beschränken:

1. Die Ortskrankenkasse hat bis zum 25. d. M., nachmittags 6 Uhr der königlichen Kreishauptmannschaft nachzuweisen, daß ihr insgesamt mindestens 98 (achtundneunzig) geeignete und zuverlässige Ärzte (ausschließlich der Zahnärzte) für die Behandlung der Kassennmitglieder zur Verfügung stehen. Unter diesen Ärzten müssen sich je 2 sachmännlich ausgebildete Spezialisten für a) Chirurgie, b) Augenheilkunde, c) Frauenkrankheiten und Geburtshilfe, d) Haut-, Horn- und Geschlechtskrankheiten, e) Nasen-, Rachen- und Kehlkopfkrankheiten, f) Ohrenkrankheiten befinden.

2. Demnach sind beizufügen:
 - a) ein Verzeichnis der Namen und Wohnungen dieser Ärzte;
 - b) diejenigen Unterlagen, aus denen ihre Eignung und Zuverlässigkeit sich beurteilen läßt;
 - c) die Genehmigung der zuständigen Ortspolizeibehörde darüber, daß der betreffende Arzt in dem angegebenen Wohnorte eingetroffen ist.

Bei der im zweiten Absatz wiedergegebenen Beurteilung hat der medizinische Beirat der königlichen Kreishauptmannschaft neben den sonstigen Unterlagen, insbesondere den Durchschnittszahlen der Krankheitsfälle und Krankheitsstage, den Umfang und die örtlichen Lageverhältnisse des Versorgungsgebietes sowie die hierdurch bedingte Verpflüchtung der ärztlichen Kräfte, vor allem aber auch den Umstand zu berücksichtigen gehabt, daß die Kassennärzte infolge der dem Vorstande bekanntem Vorgänge auf eine auch nur vorübergehende Unterstützung und Aushilfe von Seiten anderer Ärzte fast nirgends zu rechnen haben. Gerade die leistungsfähigsten Thatsache, mit welcher zugleich die wesentlichste Voraussetzung der Verordnung vom 14. März d. J. hinsichtlich der Kassennärzte, bedeutet nach den überzeugenden, durch die Erfahrungen der letzten Wochen durchaus bestätigten Darlegungen des medizinischen Beirates der Kreishauptmannschaft eine derartige Erschöpfung des ärztlichen Dienstes, daß demgegenüber auch der Wegfall der Angehörigenbehandlung — die ja übrigens nach den Erklärungen der Kasse und der gegenwärtigen Kassennärzte den letzteren thatsächlich weiter zuzufallen soll — einen Ausgleich nicht bieten kann.

Für die Bemessung der in Riffer 1 festgesetzten Frist war bestimmend, daß der vorhandene, bei der geringsten Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustands geradezu gefährdende Krankenstand schleuniger Abhilfe bedarf, übrigens aber die Kasse wenigstens seit der letzten geschlossenen Abgabe der Leipziger Verzeichnisse (März d. J.) ausreichend Anlauf und Zeit gehabt hat, ihr ärztliches Personal auf die erforderliche Höhe zu bringen.

Die königliche Kreishauptmannschaft, gez. von Ehrenstein.

Formell hat die Kreishauptmannschaft nur, was sie in ihrer Verordnung vom 14. März angekündigt hat; materiell aber bedeutet die Verordnung eine vollständige Wenderung der bisherigen Kassennpolitik der Kreishauptmannschaft. Für die Beurteilung kommt ausschließlich in Frage, ob die vorhandene ärztliche Hilfe ausreicht oder nicht. Es muß allerdings gesagt werden, daß über den Umfang der vorhandenen ärztlichen Hilfe die Öffentlichkeit etwas im Unklaren gelassen worden ist. Während vor einiger Zeit in der „Leipziger Volkszeitung“ von 83 praktizierenden Distriktsärzten die Rede war, liest man jetzt wieder von 74; wie viel Ärzte an den drei Beratungsanstalten thätig sind, ist noch niemals mitgeteilt worden. Aber angenommen, es seien jetzt nur 74 Distriktsärzte vorhanden, so bedeutet das doch, nachdem die freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen aus dem Statut entfernt worden ist, daß noch immer weniger wie 2000 Versicherte auf einen Distriktsarzt entfallen; durch die uns unbekannt Zahl der an den Beratungsanstalten thätigen Ärzte wird die Zahl der auf einen Arzt entfallenden Versicherten noch nennenswert heruntersetzt. Die Kreishauptmannschaft beruft sich auf Beschwerden, die ihr zugegangen sind. Nun ist aber Thatsache, daß diese Beschwerden von den alten Ärzten künstlich gemacht worden sind. Die Kreishauptmannschaft hätte also zunächst Ursache, die Beschwerden auf ihre materielle Begründung zu prüfen, wenn es ihr darum zu thun wäre, ihre bisherige neutrale Haltung zu bewahren. Außerdem ist aber, selbst wenn sich die vorhandenen Beschwerden als begründet erweisen sollten, durch den erst vor wenigen Tagen beschlossenen Wegfall der statutarischen Familienbehandlung eine ganz neue Sachlage geschaffen, da hierdurch der Anspruch an die Kasse auf ärztliche Hilfe um mehr als die Hälfte herabgesetzt worden ist. Es wäre damit den etwaigen begründeten Beschwerden in weit größerem Umfange Rechnung getragen worden, als es die Kreishauptmannschaft durch Vermehrung der Zahl der Ärzte um etliche 20, also um etwa höchstens ein Drittel der vorhandenen, glaubt fordern zu müssen.

Für wie viel Versicherte ein Arzt notwendig ist, darüber giebt es keine Normen. Es unterliegt dem freien Ermeßen der Aufsichtsbehörde, was sie unter ausreichender ärztlicher Hilfe verstehen will. Auch exakte Untersuchungen darüber sind nur erst vereinzelt angestellt worden. Die Frage wird aber in solchen Kampfzeiten brennend, umso mehr, als sie immer dann auftritt, wenn Kassen die Ärzte fest anstellen. Es kann für die Kasse ja geradezu verhängnisvoll werden, wenn ihr aus irgend einem Grunde die Anstellung einer das Bedürfnis erheblich überschreitenden Zahl fest besoldeter Ärzte vorgeschrieben wird.

Auf eine exakte Untersuchung über die Zahl der notwendigen Ärzte haben wir in unserer Sonntagnummer aufmerksam gemacht. Die Orts-Krankenkasse für die Fabrikbetriebe in A r e f e l d hat festgestellt, daß bei ihr ein Arzt 1500 Versicherte und deren Familienangehörige behandeln kann, ohne als überbürdet zu gelten; sind mehr als 3000, wahrscheinlich noch mehr als 3000 Per-

sonen. Danach bemessen, könnte es als ausreichend angesehen werden, wenn in Leipzig ohne Familienbehandlung zwischen 40 und 50, mit Familienbehandlung etwa 100 Distriktsärzte thätig wären, wobei immer noch die Thätigkeit der drei Beratungsanstalten außer Rechnung gelassen ist.

Auch für München liegen einige Angaben vor, die einen Schluß zulassen auf die Zahl der notwendigen Ärzte. Seit 1. Januar ist für die dortige jetzt allgemeine Orts-Krankenkasse mit über 100 000 Mitgliedern die freie Arztwahl eingeführt worden. Die Mitglieder haben die Wahl unter 371 Ärzten. Es ist festgestellt worden, daß bis zum 2. April 134 Ärzte ohne jede Kassexpraxis blieben. Es ist aber weiter untersucht worden, wie viel von den Kassenträgern auf den einzelnen in Anspruch genommenen Arzt entfallen. An drei Tagen, nämlich am 18. März, am 26. März und am 2. April sind genaue Auszählungen vorgenommen worden. Dabei hat sich herausgestellt, daß 38 Ärzte etwa zwei Drittel der Kassennpatienten behandelten. Angenommen, diese 38 Ärzte wären gleichmäßig in Anspruch genommen und ihre Zuanpruchnahme stielte das Höchstmaß ihrer Leistungsfähigkeit dar, dann ergäbe sich, daß die gesamte Kassexpraxis von mehr als 100 000 Versicherten durch 57 Ärzte bewältigt werden könnte. Da Leipzig etwa 140 000 Versicherte hat, würden auch danach die 74 Distriktsärzte schon ausreichen.

Aber die Annahme der gleichmäßigen Zuanpruchnahme der Ärzte trifft nicht zu. Nach der für die genannten drei Tage vorliegenden tabellarischen Uebersicht war die durchschnittliche Zuanpruchnahme eines Arztes an den drei Tagen zusammen 170 (erwerbsunfähige) Patienten. Es war aber bei dem meist beanspruchten Arzt die Frequenz 380 und bei dem wenigst beanspruchten nur 92. Nur 15 der 38 Ärzte erreichten oder überschritten den Durchschnitt, die andern 23 blieben unter dem Durchschnitt und zwar durchschnittlich um 50 Patienten. Selbst wenn man nur die durchschnittliche Belastung der 38 Ärzte, also mit 170, als die normale ansehen will, obwohl thatsächlich einige Ärzte das Doppelte und darüber geleistet haben, so blieben doch noch 23 Ärzte übrig, die nur etwa zwei Drittel der Durchschnittsleistung hatten. Würden sie gleichfalls auf die Durchschnittsleistung gestellt, so wäre noch etwa ein Drittel der 23, also acht, übrig, so daß thatsächlich nur 15 und 15, also 30 Ärzte nötig gewesen wären, um zwei Drittel derjenigen Krankenzahl zu behandeln, die bei mehr als 100 000 Versicherten entfielen, für die Gesamtzahl also 45 Ärzte. Es ergibt sich hieraus, wenn man die Streifen der Zahl in Betracht zieht, daß wir wahrscheinlich die Leistungsfähigkeit der Ärzte noch unterschätzt haben. Das ist ja auch sehr naheliegend. Denn wenn wir statt 38 nur 30 Ärzte für die ausgewiesene Arbeit annehmen, dann beträgt der Durchschnitt für den einzelnen immer nur 218, und der wurde noch von neun Ärzten überschritten. Die Möglichkeit höherer Leistungen, als wir sie als durchschnittlich zulässig unterstellten, ist bei neun von 38 Ärzten nachgewiesen. Aber selbst bei dieser den Ärzten sehr günstigen Annahme ergibt sich, daß 74 Distriktsärzte auf 140 000 Versicherte, der gegenwärtige Stand in Leipzig, schon zuviel sind.

Materiell ist also das Einschreiten der Kreishauptmannschaft in Leipzig nicht gerechtfertigt. Die Entscheidung darüber, ob ausreichende ärztliche Hilfe vorhanden ist, kann sich doch unmöglich auf die Thatsache des Vorliegens einer Anzahl von Beschwerden stützen, die in einem Kampfszustande aufgebracht worden sind; sie muß sich doch an objektive Merkmale halten. Wir sind überzeugt: wenn man die Statistik der Leipziger Ortskasse daraufhin prüft, wie sich die Zuanpruchnahme der Ärzte unter dem System der bis zum 1. April bestandenen beschränkten freien Arztwahl gestaltet hat, dann wird man zu Ergebnissen kommen, die den Streifen und Münchener sehr nahe kommen, wahrscheinlich zwischen beiden liegen, und das würde beweisen, daß das Verlangen der Kreishauptmannschaft, noch mehr Distriktsärzte anzustellen, auch nach Leipziger Verhältnissen sachlich nicht begründet ist.

In einer ihrer Bekanntmachungen teilte die Kreishauptmannschaft mit, daß die Kasse auf Wunsch der Behörde im Interesse der alten Kassennärzte längst vor dem 1. April den Abschluß von Verträgen mit neuen Ärzten unterbrochen hat. Das jegige Vorgehen der Kreishauptmannschaft scheint darauf hinzuweisen, daß das damalige Entgegenkommen des Kassenvorstandes schlecht gelohnt wird. Es will uns scheinen, daß der Kassenvorstand damals klüger gehandelt hätte, wenn er kein Entgegenkommen bewiesen hätte. Indes konnte er ja auch nicht wissen, daß es ihm so schlecht gelohnt werden würde.

Aber was nun? Wenn nun der Kassenvorstand nicht in der Lage ist, innerhalb acht Tagen die geforderte Zahl Ärzte zu stellen? Wird die Kreishauptmannschaft stellen können? Die alten Leipziger Ärzte sind nicht bereit, Distriktsarztstellen anzunehmen. Sie sind auch nicht bereit, neben den angestellten Distriktsärzten in freier Praxis gegen Bezahlung der Mindesttage diejenigen Kassennmitglieder zu behandeln, die sich an sie wenden, das haben sie bisher schon gelehrt. Sie haben jedes Kassennmitglied, das sich an sie wandte, rundweg abgewiesen, ihm statt dessen eine Beschwerde wegen mangelnder ärztlicher Hilfeleistung zur Unterschrift vorgelegt und diese Beschwerden sind es, auf die sich die Kreishauptmannschaft in ihrer neuesten Verordnung beruft. Die alten Ärzte verlangen Aufhebung der Beratungsanstalten und Einführung der allgemeinen freien Arztwahl. Sie werden wahrscheinlich auch wie in Köln die Ausschließung der jetzigen Distriktsärzte von der Kassexpraxis „im Namen der freien Arztwahl“ fordern.

Die Kreishauptmannschaft hat aber jüngst erst feierlich erklärt, daß die eingegangenen Verträge gehalten werden müßten, daß von einer Entlassung der zugezogenen Ärzte keine Rede sein könne.

Wie denkt sich nun die Kreishauptmannschaft die weitere Entwicklung der Angelegenheit? Uns scheint, sie ist auf dem besten Wege, ein zweites Köln zu schaffen, obwohl sie sich auch dagegen schon feierlich verwahrt hat. Klug können wir danach den neuesten Schritt dieser Behörde nicht nennen.

Lokales.

Wie die Stadt Berlin ihre Waisenkinder unterbringt.

Ein Waisenkind stand im Mittelpunkt einer Verleumdungs-Klage, die am Mittwoch vor dem Schöffengericht in Moabit verhandelt wurde. Ueber eine Frau S. h. u. s. r., Wilibald Allexisstr. 11, hatte sich das Gericht verbreitet, daß sie das ihr von der Berliner Waisenverwaltung anvertraute Pflegekind, einen jetzt siebenjährigen Knaben Herbert Schlegel, übermäßig schlage. Die in demselben Hause wohnende Frau J. h. n. hatte sich der Sache angenommen und beim zuständigen Waisenrat Anzeige erstattet. Der Waisenrats-Vorsitzende Widhauer Reinhardt, Bismarckstr. 6, war durch die von ihm vorgenommenen Ermittlungen nicht zu der Ueberzeugung gelangt, daß die von der Frau J. vorgebrachten Beschuldigungen der Wahrheit entsprächen. Darauf war dann der Spieß umgedreht worden, und Frau S. hatte die Frau J. wegen Verleumdung durch läbliche Nachrede verklagt.

War die Nachrede begründet? Zur Prüfung dieser Frage hatten die Parteien eine große Zahl von Zeugen gestellt. Die Beklagte Frau J. berief sich auf andre Bewohner des Hauses und eines Nachbarhauses; der Klägerin Frau S. standen Mitglieder des Waisenrats zur Seite. Frau S. bestritt nicht, den Knaben mehrmals geschlagen zu haben, aber sie habe ihm dadurch seine große Unreinlichkeit abgewöhnen wollen. Sie gab auch an, daß man ihr inzwischen das Kind abgenommen habe, doch sei das geschehen, weil das Kind strophulös sei. Das gegen sie ins Feld geführte Zeugnis der Hausbewohner, soweit viele vernommen wurden, brachte keine Klärung. Wie das Kind geschlagen wurde, hatte niemand von ihnen gesehen. Die einzige Zeugin, die vom Nachbarhause aus zugehört hatte, war nicht erschienen. Andre hatten nur häufiges und langandauerndes Geschrei gehört; außerdem hatten sie gesehen, daß der Knabe oft wundete Stellen im Gesicht sowie blaue Flecke hatte. Bestimmtere Aussagen kamen von der gegnerischen Seite. Der Waisenrats-Vorsitzende Herr Reinhardt gab an, es seien Anzeigen im November 1902, im Januar 1903, im September 1903 und im Januar 1904 gekommen, die er sämtlich der Waisenverwaltung übergeben habe. Auch die Polizei habe im November 1902 eine Anzeige erhalten. Alle seine Ermittlungen sowie die der Polizei hätten nichts Belastendes ergeben. Frau J. könne nicht von der Wahrheit ihrer Behauptungen überzeugt gewesen sein, nachdem er sie doch so oft verteidigt habe. Er halte sie, da sie sich in die Sache so hineingehört habe, für nicht ganz intakt, und sie werde auch von der Polizei als Luerulantin behandelt. Der Verteidiger bemerkte hierzu, dann sei wohl das ganze Haus „nicht intakt“. Nach diesen sonderbaren Auslassungen erzählte Herr Reinhardt weiter, das Kind sei sehr strophulös, überhaupt sehr krank. Frau S. habe es mit großer Liebe gepflegt, dreimal täglich habe sie die Pflaster abgenommen, da habe das Kind eben geschrien. Er legte ein Zeugnis des Armenarztes vor, der das Kind oft gesehen, aber nie Verletzungen bemerkt hatte, die aus Mißhandlung schließen ließen. Nach dieser Erklärung hielt es das Gericht für nötig, doch noch jene Bewohnerin des Nachbarhauses zu laden, und die Sache wurde verlag.

Wir wollen mit unserem Urteil zurückhalten, bis das Gericht gesprochen haben wird, aber ein paar vorläufige Bemerkungen möchten wir uns schon jetzt gestatten. Wir können nicht wissen, ob Frau S. „übermäßig“ geschlagen hat oder nicht. Aber auch wenn die Waisenverwaltung ihr das nicht zutraute, hätte sie ihr das Kind doch schon viel früher abnehmen müssen. Ein „sehr strophulöses, überhaupt sehr krankes“ Kind, das sich im sechsten Lebensjahre noch häufig die Hofen nicht, gehört nicht in Familienpflege, wo es mit Prügelein behandelt wird, sondern in das Lazarett, und da ist es ja nun auch endlich hingekommen. Frau S. könnte die beste Absicht gehabt haben — wir, wie gesagt, wissen's nicht —, aber zur Pflege dieses Kindes eignete sie sich offenbar nicht. Wenn das Herr Reinhardt nicht eingesehen hat, so hätte es doch die Waisenverwaltung rechtzeitig einsehen können. Hat es denn niemand klug gemacht, daß immer wieder Beschwerden kamen? Was mag Frau S. auf die früheren Beschuldigungen geantwortet haben? Hat sie schon damals sich damit entschuldigt, daß das Kind unreinlich und strophulös sei, hat sie schon damals zugegeben, daß sie es thatsächlich geschlagen habe?

Man ließ ihr den Knaben und legte Vernunft eine Beschwerde zur andern. Erst als der „Vorwärts“ eingriff, wurde es anders. Frau J. war nämlich, als sie durch die Beschwerden nichts erreichte, auf den Rat eines Hausbewohners zu uns gekommen. Wir gewannen den Eindruck, daß die Frau bei all ihrer Einfall die edelsten Beweggründe hatte. Da wir den Sachverhalt nicht zweifelsfrei feststellen konnten, so gaben wir die Beschwerde durch einen unserer Stadtverordneten an die Waisenverwaltung. Am 12. März 1904 antwortete Waisenrats-Direktor Neubauer dem betreffenden Stadtverordneten: „Gleich nach Empfang Ihres Schreibens habe ich die daselbst angeführte Pflegestelle revidiert. Thatsachen haben sich nicht feststellen lassen, auch weigerten sich die betreffenden Personen, ihre Behauptungen zu Protokoll zu geben. Ich bin der Meinung, daß sich der Junge für Familienpflege nicht eignet, sondern in einem Lazarett kurieren werden müsse, und habe demgemäß berichtet.“

Wir haben diesem vielfachgedachten Briefe kein Wort der Erläuterung hinzuzufügen. Wir haben ihn veröffentlicht, damit durch ihn allen Abstreitungsberechtigten (die wir selbstverständlich niemals von Herrn Direktor Neubauer selber erwarten würden) von vornherein vorgebeugt wird.

Die Gründung von Schwindestassen

Ist auf dem Gebiete der Gaunereien genau so eine Spezialität geworden wie die Ringnepperei und der Geiratschwindel. Es thut sich eine kleine Gesellschaft arbeitsloser oder schiffbrüchiger Personen zusammen, meldet eine „Eingeschriebene Hilfskasse“ bei der Behörde an, wählt sich unter einander etwa auf zehn Jahre zu unabweisbarem und gut besoldeten Beamten, und dann geht mit Hilfe einer Agentenschar der Gang von Mitgliedern los. Ausgenommen wird insbesondere ein jeder, der Beiträge abzuladen willens ist; hat das Opfer den Fallschweidervertrag unterschrieben, so muß es zahlen oder wird ausgespäht. Macht ein solches Mitglied aber auf Krankengeld Anspruch, so wird es ausgelacht; zur Not sagt man ihm, daß es die Krankheit, an der es leidet, bei der Aufnahme verheimlicht habe und daher nicht unterstützungsberechtigt sei. Will der Schwindel nicht mehr gehen, dann geht die Kasse, nämlich pleite, und die Vorstandsmitglieder machen sich allmählich an die Gründung einer neuen „Eingeschriebenen Hilfskasse“. Wir haben im Laufe der Jahre unzähligenmal vor diesen Unternehmungen gewarnt, doch scheinen immer noch Leute auf den Schwindel hereinzufallen.

Leider richten die Gründungsschwindler aber auch noch einen andern Schaden an. Sie diskreditieren die Eingeschriebenen Hilfskassen im allgemeinen und liefern ferner den Arbeiterfeinden Material zu Attentaten. Die, wenn wir nicht irren, im Solde des Centralverbandes deutscher Industrieller stehende „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ bringt einen Artikel über die erwähnten Kassen, der auch von der „Kreuz-Zeitung“ abgedruckt wird. Am Schluß der Betrachtung heißt es:

Es mag ja nicht zu leugnen sein, daß diese Hilfskassen, sofern sie in strenger Weise oder beruflicher Begrenzung gehalten werden, einem Bedürfnis abzuhelfen und eine fruchtbringende Thätigkeit zu entfalten geeignet sein könnten. Aber der jetzige Zustand, bei dem eine solche Kasse bei höchst beschränkter staatlicher Aufsicht im ganzen Reich ihr meist durch Agenten recht kostspielig gestattetes Unwesen treiben darf, scheint ganz unhaltbar zu sein; denn die Zahlungen sind ja nicht in der Form von eingeschriebenen Hilfskassen bestehenden Krankenkassen ist schwer zu Wohnheit geworden. Es empfiehlt sich also eine Reform des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen (vom 7. April 1870 bez. 1. Juni 1884) in die Wege zu leiten und namentlich auch einmal in einflussreicher Weise nach außen kundzutun, daß man bei der Beteiligung an betriebligen Kassen und bei der Unterschrift von Reversen, Verpflichtungen und Statuten mit der größten Vorsicht verfahren möge.“

Mit demselben Rechte kann man schreiben, daß die Zahlungsunfähigkeit der deutschen Banken schier zur Gewohnheit geworden ist usw., denn die von den Arbeitern gegründeten freien Hilfskassen, deren Existenz zum Teil schon von den sechziger und siebziger Jahren herdatiert, haben mit den Schwindkassen gar nichts gemein. Sie stehen unter unangeführter Kontrolle des Staates und ihrer Mitglieder, die einen so weit wie nur möglich gehenden Einfluß auf die Leitung der Kassen haben, und bieten keine geringere Sicherheit als die Drückkassen. Diese Kassen mit den Schwindkassen in einem Atemzuge zu nennen, kommt einer Verleumdung nahe.

Bildliche Propaganda der That. Graf Bückers letzte Rede „Die Juden die Könige der Zeit“ ist als Flugblatt erschienen und wird auf den Straßen der Reichshauptstadt verteilt. Wir glauben, unsere Leser mit einigen Kraftstellen delectieren zu müssen:

Deswegen schlägt die ganze Judenpresse gegenwärtig einen heillosen Lärm und verlangt gebieterisch die Anstellung von jüdischen Offizieren. Das schließt auch gerade noch zu all dem Unglück, daß diese Gesellschaft unsre schönen Regimenter ruinieren. Was würden wohl die Pfaffen der Erde sagen, wenn plötzlich eines schönen Tages so ein jüdisches Männchen vor der Front erschienen und mit seinen krummen Beinen und seiner krummen Nase herumkaufte, als ob er der Hölle und der Hölle direkt entsprungener wäre. Wissen Sie, was die Grenadiere machen würden? Das will ich Ihnen sagen: die würden bei der ersten Gelegenheit das schwarze Ungeheuer in die Beine schießen, daß es der Döbel holt, und sie hätten auch sehr recht, wenn sie das täten. . . .

Das Elend aber, in dem Sie sich befinden, meine Herren, das kommt von der Schläppheit und von der Feigheit, die herrschen in allen Kreisen und in allen Berufsständen von Berlin. Kein Mensch will mehr etwas wagen, etwas riskieren, kein Mensch will mehr offen hervortreten mit seiner Meinung. Niemand will mehr Opfer bringen, niemand will mehr energisch kämpfen, nur immer recht leise und vorsichtig auftreten, nur um Gottes willen keinen Krach und keinen Tumult, das ist die Lösung der Angstreuer und der Nachwächser. . . .

Der sogenannten ersten Gesellschaft, die so über alle Maßen verkommen und verflorert ist, der müssen wir mal den Standpunkt ganz gehörig klar machen. Fort mit den feinen Salonleuten, die immer nur denken an ihre schönen Kleider; fort mit den Häßlichen und mit den Jammerkerls, fort mit den Drogen, den Parasiten und den Samariterpflanzen, die immer nur genießen wollen, ohne zu arbeiten; fort mit den Liberalen und freimütigen Theologen, welche auf der Kanzel ihren Herrn und Meister verleugnen; fort mit den feigen und schlappen Parlamentariern, welche nicht den Mut besitzen, der Regierung ganz energisch die Wahrheit zu sagen, und welche immer ja sagen zu allen den dummen und albernen Gesetzen, welche in letzter Zeit fabriziert worden sind; fort mit den Staatsanwälten, welche immer nur Leute quälen, fort mit den Richtern, die zu viel Rücksicht auf die Juden nehmen, fort mit den Staatsmännern, die sich nur mit Juden herumtreiben und das eigene Volk im Stich lassen; fort mit den Höflingen, die zu feige sind und zu schlapp, um ihren Herren und Gebietern die Wahrheit zu sagen; fort mit den Fürsten, die das eigene Volk im Stich lassen und nur dem Auslande nachlaufen.

Graf Bücker kann sich daraufhin, daß gerichtsnotorisch er nur bildlich zu Nord und Lothlag auffordert, auch schon ein bißchen Revolution leisten und abends an die Soldaten der Garde den Appell richten, daß sie vorkommenden Falles doch ja nicht versäumen, auf ihre Offiziere zu schießen. Und gern gehen wir ein, daß wir diese gemüthlich-rätscheltvolle Auffassung vom Wesen der Bückerschen Agitation billigen. Der Mann ist trotz seiner Propaganda der That kein Schredensanarchist; ja er wagt durch seine Heiterkeitsverfolge in unfer aufgeregten Zeit geradezu saluterend.

Jammerkerle. In einem zweieinhalb Spalten langen Leitartikel jammert die „Staatsbürger Zeitung“ darüber, daß ein Gnadengesuch, welches ihr Verleger, Reichstags-Abgeordneter Bruhn, eingereicht hatte, vom Kaiser abgelehnt worden ist. Bruhn war im Oktober 1902 in dem großen königlichen Verleibungsprozeß zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, die er zur Zeit in Tegel verbüßt. Den Rest der Strafe wollte er durch Begnadigung erlassen haben.

Im wehleidigen Ton wird diese Verweigerung der Begnadigung von dem Antisemitenblatt ein „Bettfermal“ genannt und zugleich aus Anlaß des an sich durchaus nebensächlichen Falles dem Kaiser vorgeworfen, daß er zur Zeit nicht gewillt sei, mit den Parteien zu verhandeln, die sich als national bezeichnen und daß ihm der Vörlenliberalismus und das Centrum zum Zweck der Förderung seiner besondern Pläne, die, wie boshafterweise gesagt wird, uns glücklicheren Zeiten entgegenführen sollen, gegenwärtig lieber seien.

Ein Blick für Deutschland, daß sein Bestand nicht von der Günst jener sich national nennenden Rammesfeelen abhängig ist, die ihren Patriotismus gleich alten Hosen anpreisen und flennen, wenn das Geschäft einmal nicht nach Wunsch geht.

Graf Bücker lemt seine Pappenhelmer, wenn er in seiner letzten Rede auf die Schläppheit und Feigheit schilt und sagt, daß kein Mensch mehr etwas wagen, etwas riskieren will!

Unser Parteigenosse Dr. Kurt Freudenberg hat sein Stadtverordneten-Mandat niedergelegt. Gesundheitsrücksichten zwingen unsren Genossen, in Kairo Aufenthalt zu nehmen, wo er sich jetzt dauernd niedergelassen hat. Alle, die Dr. Freudenberg kennen, werden bedauern, daß seine schätzbare Kraft unsrer Gemeinde und der Partei am Orte nicht mehr dienstbar sein kann, und mit uns den Wunsch hegen, daß der Aufenthalt in Kegypten ihm baldige und gründliche Genesung bringe. Dr. Freudenberg gehörte der Stadtverordneten-Versammlung seit dem 1. Januar 1900 an; er vertrat den 40. Kommunal-Wahlbezirk dritter Abteilung, wo nunmehr ebenso wie in dem bisher durch unsren Kollegen Leid vertretenden 32. Wahlbezirk eine Neuwahl stattzufinden hat.

Die Arbeiter-Samariterkolonne zählt nach ihrem jetzt erstatteten Jahresbericht 70 Mitglieder; zum Winterkursus haben sich 34 Personen aufnehmen lassen. Durchschnittlich beteiligten sich an den Übungsabenden in der Centrale 39, in der Filiale 24 Mitglieder. Außer den im Lehrplan bezeichneten Vorträgen fanden noch einige außerordentliche Vorträge statt, von denen der letzte im pathologischen Institut besonders gut besucht war. Die Bibliothek enthält 188 Bücher. Es wurden gelesen von 68 Mitgliedern 234 Bücher. Gelegt wurde die unpunktliche Ablieferung der Bücher. Die dienstthuende Abteilung zählt 25 Mitglieder. Sie hatte während des Winter-Halbjahres 22 dienstliche Aufträge zu erledigen. Gemeldet wurden 15 Hilfeleistungen. Die Statistik der letzteren zählt jetzt 816 Hilfeleistungen vom 1. Januar 1898 an. Die Kolonne ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Es sind in letzter Zeit Samariter-Kolonnen in Remscheid und Brandenburg a. d. S. errichtet worden, wozu Drucksachen, Anleitungen usw. gegeben wurden. Die Einnahme der Kolonne betrug 460 M., die Ausgabe 320 M., der Kassenbestand 740 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Stein erster, Hahn zweiter Vorsitzender; Hellmuth erster, Kuslow zweiter Kassierer; Sitte erster, Labenburg zweiter Schriftführer; Frau Sperling Bibliothekarin; Müller und Gemmann Revisoren. Am 9. Mai beginnt ein neuer Samariter-Kursus.

Der Ausschuß des Deutschen Städtetages, dessen Organisation auf dem Deutschen Städtetage in Dresden im vorigen Jahre beschlossen wurde, war kürzlich im Berliner Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Rischner versammelt, um die Sitzungen zu beraten, die der Organisation der deutschen Städte als Grundlage dienen sollen. An den Beratungen nahmen die Oberbürgermeister von Breslau, Dresden, Hildesheim, Kiel, Königsberg i. Pr., Kottbus, München, Stettin, Stralsund i. E. und Suttgart, Bürgermeister

Leipzig-Dresden, Stadtrat Ramskau-Berlin und der Stadtverordneter-Vorsteher Dr. Langerhans-Berlin teil. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß alle drei Jahre ein deutscher Städtetag zusammenzutreten müsse und daß von einer gemeinsamen Centralstelle aus alle die Fragen in der Zwischenzeit bearbeitet und erledigt werden könnten, bei denen gemeinsame Interessen der beteiligten Gemeinden vorausgesetzt werden dürfen. Von der Geschäftsstelle erwartet man für die organisierten Gemeinden eine wesentliche Erleichterung des Geschäftsverkehrs insofern, als dann viele Anfragen und Auskünfte über kommunale Angelegenheiten, Bestimmungen usw. nicht mehr von den einzelnen Gemeinden, sondern viel schneller und erschöpfender von der Centralstelle aus beschafft und erledigt werden können. In jedem Falle würde der Verkehr zwischen den Einzelgemeinden sehr entlastet werden.

Preisdrucker in Gossieserantentiteln. Gossieserantentitel ausländischer Fürstlichkeiten versucht die Firma J. F. Petroczy in Budapest bei Gewerbetreibenden und Kaufleuten in Deutschland zu vertreiben, und zwar beziehen sich die Angebote, wie die „Allgemeine Fleischer Zeitung“ mitteilt, auf Desterreich-Ungarn, Serbien, Rumänien, Bulgarien, Italien, Griechenland und Portugal. Die Firma rühmt sich ihrer vorzüglichen Verbindungen und weist darauf hin, welchen großen Nutzen eine solche Auszeichnung für das Geschäft habe. Der Handel scheint recht schwingend betrieben zu werden, denn die Firma bedient sich gedruckter Gebührenformulare und Informationsbogen. Die Willigkeit der Behörden, die Petroczy fordert, drängt geradezu, auf das Angebot einzugehen. Petroczy verlangt nämlich nur 60 Kronen zur Einleitung des Geschäfts und „bei Erhalt der offiziellen Zulassung des Titels“ 300 Kronen. Das wird gewiß den Reid der Konkurrenz erwidern, die bisher solche Titel zu viel höheren Preisen abgab. Aber da Petroczy seine Ware gleich im großen von sieben Fürstentümern bezieht, kann es nicht wundernehmen, daß er als Verdränger des Mittelstandes auf einem Gebiete auftritt, das bisher von der Schneiderkonkurrenz noch einigermaßen frei war.

Am alten botanischen Garten werden die Beamten-Wohnhäuser zum 1. Juli d. J. geräumt, da ihre Bewohner um diese Zeit nach dem neuen Garten bei Dahlem übersiedeln. Die alten Häuser werden vorläufig noch nicht abgebrochen, sondern es werden dort die Herbarien untergebracht werden, die sich jetzt in gemieteten Räumen des Hauses Brunnewaldstr. 120 befinden.

Arbeiterriß. Vom Verband der Glaser wird und geschrieben: Beim Einsehen vom Schaufensterhaken im Hause Friedrichstr. 87 sind zwei Schloffer der Installationsfirma Platorow schwer verunglückt. Eine große Spiegelscheibe ging ihnen unter den Händen entzwei und durch die herabfallenden Glasstücke wurde einer der Leute am Arm, ein anderer an der Brust erheblich verletzt. Derartige Unfälle könnten vermieden werden, wenn zu solchen Arbeiten Fachleute herangezogen würden. Doch ist es gang und gäbe, ungeübte Arbeiter zu verwenden, und auch in diesem Falle sind erst vier Glaser eingesetzt worden, nachdem das Unglück geschehen war. Viel Gutes könnten die Gewerkschaftsorganisationen wirken, wenn sie ihre Mitglieder darauf vertiefen, daß sie gefährliche Arbeiten, die nicht in ihr Fach schlagen, auf alle Fälle verweigern. Bei den Glasern kommt noch in Betracht, daß sie unter der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit durch die geschärfte Konkurrenz schwer zu leiden haben.

Ein Liebesdrama. Einen Leichenfund machte vorgestern nachmittag im Brunnewald in der Nähe der Kolonie Moorale ein Gehilfe der Stolper Försterei, der sich auf einem Dienstwege befand. Ein in Begleitung des Forstbeamten befindlicher Hund blieb plötzlich vor einer Bodenfenstung stehen und schlug an. Als der Förster, durch das auffällige Gebahren des Hundes aufmerksam gemacht, hinzutrat, fand er die Leiche eines Liebespaars. An dem Hode des jungen Mannes war mit einer Stednadel ein Zettel befestigt, auf dem die Adressen Hermann Koss, Jordanorferstraße 1a und Alara Hoppe, Weberstraße 10, angegeben waren. Neben der Leiche des Mannes lag ein Revolver, dessen Kammern noch drei Patronen enthielt.

Die Ursache zu der traurigen That ist vollständig unbekannt, und die Eltern, die gestern früh von dem Leichenfund benachrichtigt wurden, stehen vor einem Rätsel.

Der Selbstmörder ist der 19-jährige Handlungsgehilfe Billy Schulz, der bei seinem Stiefvater, dem Kellner Koss in der Jordanorferstraße 1a wohnte. Er war in einem Manufakturwarengeschäft in der Großen Frankfurterstraße angestellt, in dem er auch die Lehrzeit durchgemacht hatte. Im November vorigen Jahres lernte er bei einer Festlichkeit des kaufmännischen Hilfsvereins die 17-jährige Tochter Alara des Sattlers Hoppe, Weberstr. 10, kennen, und zwischen beiden entspann sich ein Liebesverhältnis, dem die Angehörigen der jungen Leute keinerlei Hindernisse entgegensetzten. Am Sonntagvormittag verließ Schulz die elterliche Wohnung, um die Hoppe zu einem Ausfluge abzuholen und war seit dieser Zeit verschwunden. Die That scheint in der Nacht zum Montag verübt worden zu sein. Dem Leichenbefund nach zu urteilen, hat Sch. seine Geliebte umarmt und ihr dann eine Kugel in die linke Schläfe gejagt. An der Wunde sind noch Brandstellen vorhanden. Dann schloß sich der junge Mann zweimal in die rechte Schläfe und brach tot neben seiner Braut zusammen. Wie bemerkt, ist die Ursache zu der That vollständig unbekannt, die Verstorbenen haben auch keinerlei schriftliche Hinterlassungen, welche Aufklärung zu geben geeignet sind.

Im Dienste tödlich verunglückt ist der 37 Jahre alte Straßenreiner Ernst Kollus aus der Dypelnerstraße. Als der Mann am Sonntagabend einen Karren über den Alexanderplatz schob, geriet er in die Gefahr, von einem Bierwagen überfahren zu werden. Bei seinen Bemühungen, diesem auszuweichen, glitt er aus, fiel hin, so daß sein Karren umfiel, und stürzte mit dem Kopf auf die Vorderachse. Der Verunglückte wurde bewußtlos nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht und erlag dort seinen Verletzungen. Da seine Frau ihn vor vier Wochen verlassen hatte, so wurde sein einziges Kind bei seiner Schwiegermutter untergebracht.

Endrecher suchten in der Nacht zum Mittwoch das Kaufhaus von Kott in der Schönhauser Allee Nr. 50 heim. Sie erbrachen die Thüren, stahlen aus dem Laden 12 Rollen Kammgarnstoffe, 12 bis 15 Duzend Sommerüberzieher und 30 bis 40 Hosen, packten die Beute in Kisten von 2000 M. in eine Droschke und fuhren in der Richtung nach der Kasanien-Allee davon.

In Flammen. Wehdingerstraße 7 wohnt in der ersten Etage die 68-jährige Greisin Katharina Schiefer geb. Krieg bei ihrem verheirateten Sohn. Bis September v. J. war die alte Frau in einem Stift in Köln a. Rh., wurde aber von ihren hier lebenden Kindern nach Berlin geholt, weil sie infolge eines Schlaganfalles gelähmt blieb und sorgfältiger Pflege bedurfte. Als nun gestern vormittag gegen 9 Uhr, während der Sohn auf Arbeit war und die Schwieger-tochter Einkäufe besorgte, das Mittagbrot auf der Maschine übersehte, wollte die Greisin den Topf vom Feuer nehmen. Hierbei fingen die Franzen ihres Unschlageschweres Feuer, und lichterloh brennend schleifte sich die Gelähmte nach dem Flur, laut um Hilfe rufend. Herbeieilende Hausbewohner rissen der Verarmten die brennenden Kleider vom Körper und Samariter der schnell herbeigerufenen Feuerwehre leisteten die erste Hilfe. Mit schweren Brandwunden am Oberkörper, Kopf und Armen wurde die Greisin dann mittels Krankenwagens nach dem städtischen Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Feuerriß. Ueber ein Duzend Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Dienstagabend gegen 9 Uhr wurde sie nach der Alsbürgerstr. 23 gerufen, weil hier in einer Wohnung Möbel, Decken und Kleidungsstücke in Flammen standen. Ein zweiter Wohnungsbrand kam bald darauf in der Androsserstr. 17 aus, konnte aber leicht unterdrückt werden. Gegen 6 Uhr lief ein Alarm aus der Raubkolonie „Reu-Kalifornien“ an der Landaberger Allee ein, wo in einer Holzstube durch die Explosion von Spiritus Feuer ausgebrochen war. Als der erste Löschzug eintraf, fand die Laube schon in hellen Flammen. Die Wehr gab sofort tüchtig Wasser, konnte aber nichts mehr retten; die Laube ist total

niedergebrannt. Nachmittags hatte der 19. Löschzug in der Rauenstr. 12 zu thun. Hier waren in einem Schaufenster Celluloidwaren in Brand geraten, der auch einen Teil der Dekoration erfaßt hatte. Die Gefahr konnte indes leicht beseitigt werden. Alle übrigen Alarmierungen, die in der Zwischenzeit die Wehr noch nach der Blumenstr. 70, Danzigerstr. 60, Welle-Allianzestr. 24 und noch nach verschiedenen andren Stellen führten, waren auf ganz unbedeutende Anlässe zurückzuführen.

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter, veranstaltet von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wissenschaft der kgl. Technischen Hochschule zu Berlin. Im Sommerhalbjahr 1904 werden in der Gemeindefschule III zu Charlottenburg, Schloßstraße 2, folgende Kurse wöchentlich einmal abends von 8 bis 10 Uhr abgehalten: Deutsch; Rechnen; Algebra (Vuchstabenrechnen); Geometrie; Zeichnen; Physikalische Erklärung alltäglicher Erscheinungen; Goethe; Rechtliche Grundbegriffe; Exkursions-Vorträge und Allgemeine Übungen. In der Aula der Oberrealschule zu Charlottenburg, Schloßstraße 27, finden jeden Mittwochabend von 8-10 Uhr Einzelvorträge aus den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft, Kunst und Technik statt. Die Kurse beginnen am 2. Mai, die Einzelvorträge am 4. Mai. Für Teilnehmer an den Kursen wird außer einer Einschreibgebühr von 25 Pf. pro Kursus ein Entgelt von 25 Pf. erhoben; für die Einzelvorträge 10 Pf. pro Vortrag, für alle 50 Pf. Anmeldungen werden Sonntags, den 30. April, abends 8 1/2-9 1/2, sowie an den folgenden Unterrichtsabenden um 8 Uhr in der Gemeindefschule III entgegengenommen. Programme sind erhältlich von Ingenieur W. Wagner, Westend, Alagien-Allee 17, pt.

Theater. Das Bürgerliche Schauspielhaus, wie jetzt das Ostend-Theater heißt, experimentiert noch mit altbewährten Stücken, bevor es an die angelegentlichste Reformierung des Spielplans herangeht. Seinem Personal haften noch die bisherigen Traditionen der Firma Weich an, und schon aus diesem Grunde ist eine milde Beurteilung geboten. Es sei daher erkaunt, daß es immerhin schon eine Verbesserung bedeutet, wenn die bis dahin verübten Antitäten gegen den guten Geschmack aufhören und an Stelle der Schredenslammerstücke milde Sachen treten, wenn die „Fürstlichen Verwandten“ von Benedix mit einem Nährstuck von Mich. Boh abgewechselt oder wenn, wie gestern, die herbe aber brotliche Fosse „Robert und Vertram“ gespielt wird. Diese lustige Spighubenkomödie reizt immer noch zum Lachen, vorausgesetzt, daß die beiden Titelrollen von beweglichen Künstlern dargestellt werden. An der Besetzung mangelte es den Herren Bedmann und Heinrich jedoch zuteilen, so daß manche sonst wirksame Punkte verloren ging. Da im übrigen die Rollen jedoch erträglich besetzt waren, so kam das Publikum auf seine Rechnung. Man war vergnügt in der richtigen Erkenntnis, daß ein an Circuskünste gemahnendes Stück an der richtigen Stelle immer noch besser ist als ein klassisches Drama, wenn es am unrichtigen Ort mit unzulänglichen Mitteln aufgeführt wird.

Rag Hofpauer, königl. bayr. Tit. Hofschauspieler, wird im Luisen-Theater am Freitag, den 22. und Sonntag, den 24. als „Burjelapp“ in „Pjarrer von Kirchfeld“ und als „Valentin“ in „Der Verdammen“ gastieren. — Im Central-Theater findet heute Anfang 7 1/2 Uhr die Erstaufführung der Victor Holländerschen Operette „Der Sonnenvogel“ statt. Die musikalische Leitung liegt in den Händen von Kapellmeister Siegfried Moris. — Das Gebrüder Herrnsfeld-Theater wird in der kommenden Woche wegen einer Gastspielreise der Künstler nach Köln und Frankfurt a. M. geschlossen. Das Theater wird am 1. August wieder eröffnet. — Im Apollotheater bleibt die Operette „Liebesgötter“ auf dem Spielplan. Ramentlich das Höllegericht gegen den Notenlieb Greifenberger wirkt amüsan.

Das Volkstheaterkonzert zum Besten des Hauptvereins „Kinderhort“ wird als Vortrag der „Berliner Liedertafel“ (Chormeister Ad. Jander) 30 wirkliche Volkslieder und vollständige Heder zu Gehör bringen, darunter des altsächsischen Minnesied (1240) Braum Wägdelein (16. Jahrh.), Maibe, laß Dir was vergähle (schwäb.), Spinnere, Sandmännchen, der Kosale trinkt sein Hoch (russisch), Spinn, spinn (estländisch), Ei, Du denkst wohl gar (schwedisch), Schlaflied fürs Peterle usw. usw. Für das Konzert hat Kommissionsrat Busch seinen Circus am 21. April, mittags 12 Uhr, kostenfrei zur Verfügung gestellt. Billets zu 1.50 M. und 1 M. für Erwachsene, 50 Pfennig für Schulkinder, sind an der Kasse des Circus Busch wie bei der Billettkasse des Warenhauses A. Wertheim, Leipzigerstraße, zu haben.

Aus den Nachbarorten.

Adlershof. Heute abend, pünktlich 8 1/2 Uhr, findet die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins bei Fechner, Dypelnerstr. 66, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag des Genossen Dr. Vorkardt über „Die Verwirklichung des Sozialismus“. 2. Diskussion. 3. Das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts gegen den Wahlverein. 4. Vereinsangelegenheiten. — Das pünktliche Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig. Gäste, nur durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Aus Kossen wird uns berichtet: In der Deutschen Buch- und Kunstdruckerei hier selbst ist am Dienstag der 26 Jahre alte Rouleur Fleischer aus Berlin schwer verunglückt. Er arbeitete an einer frankenthaler Schnellpresse, als diese im vollen Gange war. Der herumschlagende Zylinderzapfen schnitt dem Rouleur dabei von allen vier Fingern der rechten Hand das erste Glied ab. In der Anstalt vergeht kaum eine Woche, ohne daß ein Unfall geschieht. Vor wenigen Wochen wurde dem Drucker Köste der Daumen der rechten Hand in derselben Weise abgeschritten, vor einigen Tagen geriet eine Heisterin mit der Hand in die Maschine und wurde arbeitsunfähig, das gleiche Unglück traf den Anleger Schalkhoff. Als ein Rouleur vorige Woche den Gasapparat revidieren wollte, platzte der Apparat, der Arbeiter trug schwere Brandwunden im Gesicht davon. Einige Monate sind es her, daß dem Schweizerdegen Waschin von der Ziegeldruckpresse einige Fingerglieder abgeschnitten wurden. Bei einem Bestand von 30 männlichen und 20 weiblichen Arbeitskräften sind im Maschinen-saal während der letzten zwei Jahre 15 schwere und ungezählte leichtere Unfälle vorgekommen. Sicherheitsvorrichtungen fehlen fast ganz, der Gewerbe-Inspektor hat sich bis jetzt noch nicht sehen lassen, der Leiter des Geschäfts handelt nach dem profitablen Grundsat: Wenn's nicht paßt, der laun gehen! Bieviel Unfälle sollen noch geschehen, bis die Aufsichtsbehörden energischer ihre Pflicht thun?

Der Beginn der Berderischen Baumblüte steht für den nächsten Sonntag zu erwarten, falls nicht ein plötzlicher Temperaturrückgang die Entwicklung der Knospen aufhält. Die Blütenpracht verspricht in diesem Jahre herrlicher denn je zu werden, weil die Kälte die Entwicklung der grünen Blätter an den Bäumen zurückgehalten hat, so daß sie in ihrem schneeigen Schmutz allein dastehen. Berder macht schon Toilette, um die zahlreichen Besucher aufzunehmen, welche sich immer mit den Entzogenen der Eisenbahn, den Dampfern der Stern-gesellschaft, zu Wagen, per Fahrrad und per pedes apostolorum dort einfänden. In allen Obstgrundstücken wird „geschneit“, wie der Berderische das Fortschneiden der Blätter und Äste nennt, Teile werden erobert und die sonst sehr sandigen Wege in den Bergen so gut es geht befestigt. In einzelnen Grundstücken sieht man schon weiße Kirchsäume und rosig angehauchte Aprikosenblüten. Sobald sich die Blüte allgemeiner einstellt, meldet dies der Vorsteher des jetzt gänzlich umgebauten Vahnhofes Berder nach Berlin, worauf dann von der Eisenbahnverwaltung die sog. Blütenzüge eingelegt werden.

Friedrichshof. Die hiesige obligatorische Fortbildungsschule hat jetzt ihr zweites Arbeitjahr hinter sich. Den Schluß des Schuljahres bildete eine Prüfung der einzelnen Klassen in verschiedenen Fächern. Daran schloß sich eine Prämierung der acht besten Schüler. Verbunden war mit der Prüfung eine ansehnliche Ausstellung von Schülern hergestellter Zeichnungen. Fast man das Resultat zusammen, so läßt sich ruhig behaupten, daß die Schule

Legenrecht wirkt, wenigstens in Erweiterung der Kenntnisse der Schüler. Die Schattenseiten, die sich bei obligatorischem Fortbildungsschul-Unterricht zeigen, sind aber auch ganz beachtenswert. Zur Zeit haben in Berlin Umgebung erst Mummelsburg, Weissensee und unsere Gemeinde Obligatorium. Die Schulzeit ist Wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends. Für den größten Teil der Schüler ist es kaum möglich, zu dieser Zeit ordnungsgemäß zur Schule zu erscheinen. Kurz und schmutzig rennen diese jungen Leute von der Arbeitsstelle zur Bahn. Dann geht's im selben Tempo nach der elterlichen Wohnung und von dort nach oberflächlicher Reinigung, oftmals ohne warmes Abendbrot, zur Schule. Wer tagsüber nur von Brot leben muß, freut sich auf das warme Abendessen, und hier wird der junge Mensch gezwungen, erst noch zwei Stunden zu lernen. Wo soll da noch Lernfertigkeit herkommen? So lange nicht Berlin und die großen Vororte Obligatorium einrichten, wird dieser Mißstand nicht besser. Beschwerden wegen zu später Entlassung der Schüler aus der Arbeit werden mit Entlassung, d. h. Verstoßung aus dem Vorkurs, beantwortet. Wiederholt ist es vorgekommen, daß auch Schüler bestraft wurden, weil sie die erforderlichen Bücher nicht herbeischaffen konnten. Wir haben am Mittwoch über solche Fälle berichtet. Unentgeltliche Lieferung der Lernmittel ist unbedingt erforderlich. Der Jahresetat der Fortbildungsschule beträgt 4380 M., darunter 290 M. für Prämien an fleißige Schüler.

Gerichts-Zeitung.

Was aus „Ringkämpfen“ herauskommen kann, zeigte eine Anklage wegen Totschlages, die den Steinschläger Rudolf Schwelens gestern vor das Schwurgericht am Landgericht II führte. Am 16. Januar hielten sich die auf der Chausseebau-Straße zwischen Rassenheide und Liebenwalde beschäftigten Steinschläger und Arbeiter ihren Lohn in der Schreiberischen Gastwirtschaft zu Freienhagen. Sie befanden sich daselbst im Vorderzimmer, während im Hinterzimmer ein Gefangener saß. In der Zwischenzeit kam es zwischen den Steinschlägern zu Scherz-Ringkämpfen, bei denen der Besiegte die Pflicht hatte, Getränke zum Besten zu geben. Ueber den Ausgang einer dieser Kämpfe kam es zu einem Streit zwischen den Ringenden und daraus entwickelte sich eine Rauferei zwischen diesen. Als einige andre Anwesende sich ansahen, thätig in den Streit einzugreifen, ging auch der Angeklagte in die Gruppe hinein, um die Leute auseinander zu bringen. Er wurde dabei von dem Steinschläger Schibilt bei der Brust gepackt und zurückgeschoben und versetzte seinem Gegner einen Schlag gegen den Kopf. Das war der Anfang zu einem sehr erbitterten Kampf zwischen dem Angeklagten und dem Schibilt. Letzterer wurde nach der Thür zu gedrängt und der Angeklagte soll mit einem Bierglas nach ihm geschlagen haben. An der Thür hielt sich Schibilt mit der linken Hand fest, zog mit der rechten Hand sein Messer und schlug damit auf die in seiner Umgebung stehenden Personen los. Dann schickte er sich zur schleunigen Flucht an, der Angeklagte soll nun aber auch sein Messer gezogen und in dem Augenblick, als Schibilt zur Thür hinaustrat, von hinten mit aller Wucht ihm das Messer in den Rücken gejagt haben. Der Verletzte lief noch etwa 60 Schritte weiter und sank dann tot zu Boden. Der Stich war in die rechte Lunge gedrungen und hatte eine Wundtiefen in dem rechten Brustfellraum zur Folge gehabt. Der Angeklagte gab den Thatsachen im allgemeinen zu, behauptete aber, daß er der Angegriffene gewesen sei und sich habe verteidigen müssen. — Rechtsanwalt Dr. Schwinz plädierte auf Notwehr, die die Geschwornen auch als vorliegend erachteten und infolgedessen die Schuldfrage verneinten. Es erfolgte demgemäß die Freisprechung des Angeklagten.

Deutsches Recht in Ostpreußen. Wenn man auf dem Lande sein Recht sucht, kann man sehr leicht selbst bestraft werden. In einer Ortschaft im Kreise Gumbinnen wollte ein Arbeiter einen Besitzer, der seinen minderjährigen Sohn schwer gemißhandelt hatte, deshalb vor Gericht verklagen. Zu dem vorausgehenden Sühneverfahren bei dem Schiedsmann der Gemeinde konnte er nicht selbst erscheinen, weil er mehrere Meilen weit von seiner Wohnung in Arbeit stand. Er gab daher seiner Frau eine mit seinem vollen Namen versehenen schriftliche Vollmacht, damit sie ihn im Termin vertreten. Diese Vollmacht erkannte der Schiedsmann ohne Stempel des Gemeindevorsethers nicht an. Die Frau begab sich daher wegen der Weglaubigung zum Gemeindevorsteher. Dieser verweigerte die Anerkennung. Er meinte, der Mann müsse zur Abgabe der Erklärung selbst erscheinen, außerdem sei das von der Frau als Vollmacht vorgelegte Schriftstück zu klein, es müsse eine ordentliche Größe haben und als Dokument verbandt zu werden. (Das Papier war 21 Centimeter lang und 11 Centimeter breit und bot in seinem unbeschriebenen Teil Raum für mehr als drei Stempel.) Als nun die Frau dem Schiedsmann mitteilte, daß der Gemeindevorsteher die Vollmacht nicht stempelte, lehnte der Schieds-

mann die Abhaltung des Sühneverfahrens ab. In der hierbei gebräuchlichen Klageurkunde erklärte die Frau gegen sich eine grobe Verleumdung. Sie richtete daher sowohl gegen den Schiedsmann, als auch gegen den Gemeindevorsteher an deren vorgesetzte Behörde eine Beschwerde. Der Erfolg dieser Beschwerde war ein Strafantrag wegen Verleumdung gegen die Arbeiterfrau, von seiten des Landgerichts-Präsidenten als des Vorgesetzten des betreffenden Schiedsmanns. In der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht zu Gumbinnen hat, wie es im schriftlichen Urteil steht, der beleidigte Schiedsmann glaubwürdig bekundet, daß er die ihm in der Beschwerde zu Last gelegte Äußerung nicht gethan hat. Daher wurde die Frau zu einer Woche Gefängnis verurteilt. In der Begründung dieses Urteils heißt es: daß die Angeklagte die Verleumdung gegen besseres Wissen begangen hat, hat nicht angenommen werden können; es mußte zu Gunsten der Angeklagten angenommen werden, daß sie eine Äußerung des Schiedsmanns, der zur fraglichen Zeit erregt war, in ihrer Erregung bei der Wahrnehmung des Termins mißverstanden hat. Unter der Verurteilung der Frau steht die Verleumdung der Verleumdung als Sühne der That die verordnete Strafe angemessen.

Einen Bescheid darüber, ob der Gemeindevorsteher berechtigt war, die Größe des Papiers zu der Vollmacht vorzuschreiben und den Stempel dazu zu verweigern, hat die Frau nicht erhalten. Ebenso geht nun natürlich der Bescheid an Frau, der den Sohn der zu einer Woche Gefängnis verurteilten Frau in roher Weise gemißhandelt hat.

Wieviel Socialdemokraten mag dieser beachtenswerte Rechtsfall gütchen?

Krankentafelbeiträge als Betriebskapital. Das Landgericht Stettin hat am 23. Oktober v. J. den Buchdruckereibesitzer Max Eitner von der Anklage des Vergehens gegen das Krankentafelversicherungs-Gesetz freigesprochen. Er machte seinen Arbeitern die üblichen Abzüge für die Beiträge zur Ortskrankentafel. Vom November 1902, wo er in Zahlungsschwierigkeiten geriet, bis Juli 1903 lieferte er diese Beiträge nicht an die Krankentafel ab. Diese unterlagte ihm die weitere Einziehung der Beiträge und gab ihm auf, dies durch Ausübung seiner Arbeiter bekannt zu geben. Der Angeklagte zog aber weiter die Beiträge ab und behielt sie für sich, bis er wieder in bessere Vermögensverhältnisse kam, worauf er die Beiträge bis auf einen kleinen Rest nachzahlte. Das Gericht hat das Verfahren des Angeklagten nicht als strafbar angesehen. — Die Revision des Staatsanwalts wurde vom Reichsanwalt als begründet angesehen. Das Urteil beruht auf vollständiger Verkennung der Bestimmungen des Krankentafelversicherungs-Gesetzes. Das Landgericht spreche den Angeklagten frei, weil nicht erwiesen sei, daß der Angeklagte die Beiträge nicht habe an die Tafel abführen wollen, und daß er sich einen Vermögensvorteil verschaffen wollte. Das sei aber doch gerade alles erwiesen. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Vermischtes.

Ueber einen neuen Lawinsturz mit furchtbaren Folgen wird aus Turin gemeldet: Gestern zerstörte in der Gemeinde Proglato eine Lawine eine Anzahl Hütten, in denen Bergarbeiter Unterkunft gefunden hatten. Ungefähr hundert Arbeiter wurden verschüttet, von denen sich nur 25 retten konnten. Heute morgen versuchten die Anwohner, unterstützt von Truppen, trotz des herrschenden Unwetters zu der Unglücksstätte zu gelangen, um den verschütteten Arbeitern zu Hilfe zu kommen. — Bei dem Lawinsturz vom Spighorn bei Prag (Wallis), wurde der Weiler Mühlebach verschüttet. Von 20 Personen, die in den Betten von dem Unglück überlebt wurden, kamen 13 um. Ein weiteres Lawineneinbruch wird wegen der ungeheuren Schneemassen und des ungewöhnlich warmen Wetters befürchtet.

Ein Studenten-„Miß“. Am 12. April berichteten die Zeitungen in Jena, daß in der Nacht über der Wohnung des katholischen Geistlichen des Hörnerpaar eines Dämons angebracht und der Kumpf des Wiederläufers zeichnerisch wiedergegeben worden war. Das ganze Dämonenbild trug die Aufschrift „Miß-Ede“. Am 19. April erklärten in den Zeitungen ein dreispaltiges Inserat folgenden Inhalts: „Erklärung! Im Hinblick auf den vor einigen Tagen von den hiesigen Zeitungen geklärten Unfug am katholischen Pfarrhaus erklären wir uns als dessen Urheber und drücken hiermit unser tiefstes Bedauern aus. Jena, den 18. April 1904. Schiller, Rechtskandidat, Neumayer, stud. oec. v. Korotowsk, stud. oec. Bestpfal, stud. mod.“ Es ist eine ganz ungewöhnliche Form des Austrages studentischer Heldenthaten. In der Regel lassen sie es auf ein polizeiliches Strafmandat ankommen. Da scheint also etwas dahinter zu stecken.

Berluter. Aus Gollnow in Pommern wird und berichtet: Der Aderbürger Hensting war mit seinem 19 Jahre alten Sohne in den

Wald gefahren, um Langholz zu holen. Bei dieser Beschäftigung wurde dem Mann die Hand so furchtbar zerquetscht, daß er starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Ein verheerendes Feuer wüthete nach einer Meldung aus Reis Hof am Dienstagabend in Toronto (Kanada) in der King-, der Wellington- und der Portstraße; das Feuer hat sich während der Nacht weiter ausgebreitet, der Schaden wird auf sechs Millionen Dollar geschätzt.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

2. Die Polizei kann in Breiten gegen das Zusammenwohnen unverbesserter Personen verschiedenen Geschlechts einschreiten, wenn das Zusammenwohnen Kernerregt. — M. H. 10. Rein. — S. C. 72. Wenn Sie nicht erben, sondern der Erbschaft entgehen, so halten Sie auch nicht für die Schulden. Bei Lebzeiten kann Ihre Mutter Ihnen Schulden machen oder Sachen verkaufen. — Ludenwalde. Durch Ortsstatut kann Bürgergeld eingeführt werden. Das Bürgergeld ist wie eine Steuer einzuziehen. — Niederlausitz, Rein. — S. H. 21. Anspruch auf Rente steht Ihnen nicht zu. — A. B. Die Höhe der Rente entspricht leider dem Gehalt. — Schärer. Wenn keine höhere Folge eingetretet ist, zwei Monate. — A. W., Grünau. Ob Unfallversicherung stattfindet, hängt von der Höhe des ordentlichen Tagelohnes ab. An welchem Ort hat das Unglück stattgefunden? Wie hoch ist der dem Krankengeld zu Grunde gelegte Lohn? — Ulrich. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt. Für die Klage zuständig ist das Amtsgericht. — S. H. 1. In der Regel haben Eltern für ohne ihre Genehmigung gemachten Schulden ihrer Kinder nicht zu haften. — A. B. 100. 1. Der außerordentliche Vater ist nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch keineswegs nur zu einem Beitrag zu den Kosten der Erziehung und des Unterhalts, sondern zur Zahlung des vollen Betrages des Unterhaltes verpflichtet. Der Unterhalt umfaßt den gesamten Lebensbedarf sowie die Kosten der Erziehung und der Vorbildung zu einem Beruf. Die Höhe der Alimente richtet sich nach der Lebensstellung der Mutter. Bestimmte Sätze kennt das Gesetz nicht. In der Praxis werden häufig nur unzureichende Sätze zurkannt. Die Unterhaltspflicht umfaßt auch die Krankheits- und Kurkosten. Haben Sie noch nicht bestimmte Sätze ausgemittelt, so können Sie auf Erstattung der hierfür veranlagten Kosten oder auf Befreiung von der diesbezüglichen Zahlungspflicht klagen. Die Alimente sind an den Vormund zu zahlen. 2. Der Mutter steht ein Anspruch auf Ertrag ihrer Einbringungsgegenstände und der Sechswochenlohn zu. Außerdem kann die Mutter auch diejenigen Aufwendungen erfordern, die etwa infolge der Schwangerschaft oder der Einbindung und andres notwendig waren. — C. W. B. Versicherungspflicht dürfte in Ihrem Fall als vorliegend nicht anzunehmen sein. Sie erhalten für Ihren speziellen Fall genaueren Bescheid auf dem Magistratsbureau Breitestr. 20a. — M. H. 29. Unterlegen Sie die Rente und lassen Sie den Wirt und dessen Gläubiger sich allein um die Empfangsverweigerung streiten. — Wolf. Im Rechtswege würden Sie vom Fiskus Ertrag des Schümers nicht erhalten. Sie können lediglich den Inanspruchnahme beschreiten. — P. S., Rixdorf. In das Standesamt. — A. B. Zutritt zu angemessener Zeit zwecks Weitervermittlung (9 bis 5 Uhr) eventuell Schadenersatz können Sie verlangen. — Schaub. 1. und 2. Sie können den Antrag auf Bestellung eines Pflegers für Sie zur Wahrnehmung Ihrer Interessen gegen Ihre Mutter bei dem deutschen Gericht stellen. 3. Rein. 4. Ja. — D. B. 104. In der letzten Freilagnummer ist ausführlich dargelegt, was für die Steuerbelastung in Bezug zu bringen ist. — G. H. 48. Ja. — Sühnerfreund 100. Der Nachbar wäre schadensersatzpflichtig. — M. 224. Sie sind zum Ertrag des in Ihrem Lokal abhandelt gekommenen Habes in der Höhe des Wertes des Habes verpflichtet. — C. H. 77. Krankenversicherungspflicht liegt nicht vor. Rentenschulden sind unabhättsversicherungspflichtig, wenn sie in dauerndem Dienstverhältnis zu einem oder mehreren Arbeitgebern im Haushalt zu gewissen Zeiten Dienste verrichten. Sie sind dann nicht steuerpflichtig, wenn sie solche Dienste zwar regelmäßig, aber bei unbestimmten Zeiten verrichten je nach Bedarf und Nachfrage verrichten und daher als selbständige Unternehmer erachtet werden. — M. M. 1. Ja. 3. Rein. — S. D. Niemals.

Witterungsübersicht vom 20. April 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Helmstedt	768	RD	3heiter	7	7	Döperanda	775	SHU	—	Rebel	0
Homburg	766	DE	4halb bb.	9	9	Petersburg	779	ED	—	1heiter	6
Berlin	766	ED	4wolkenl	8	8	Gort	—	—	—	—	—
Kranf.a.M.	760	R	4wolkenl	10	10	Aberdeen	—	—	—	—	—
Kranf.a.M.	758	RD	3heiter	6	6	Paris	758	RD	3heiter	11	11
Wien	763	DE	2wolkenl	8	8						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 21. April 1904.

Wieslach wolkt, am Tage etwas kühler bei ziemlich frischen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft
Zahlstelle Berlin.
Nachruf!
Am 14. April verstarb unser langjähriges Mitglied, der Redakteur **Hermann Mielke**.
Seine Hinterbliebenen!
Wir verlieren an ihm ein reges Mitglied.
290/9 Die Ortsverwaltung.

Central-Verband d. Zimmerer Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin und Umg.)
Am 18. April verstarb unser langjähriges Mitglied **Ernst Meissner** an der Schindlung.
Seine Hinterbliebenen!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gellisenane-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen statt.
Um rege Beteiligung bitten
251/13 Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Steindrucker u. Lithographen
Am Donnerstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15**, im großen Saale die **1. ordentliche General-Versammlung** pro 1904 statt.
Sämtliche Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer werden hierin ergebenst eingeladen.
Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht pro 1903. 2. Bericht des Revisor-Komitees und Abnahme der Jahresrechnung. 3. Verschiedenes.
Berlin, den 20. April 1904. 6519
Der Vorstand,
H. Stahlmann, Vorsitzender.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 24. April 1904, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

in den Industrie-Sälen, Beuthstr. 19—20.
Tages-Ordnung:
1. Kasenbericht vom 1. Quartal 1904. 2. Diskussion und Beschlussfassung über die Verlängerung des Vertrages. 3. Verbandsangelegenheiten.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Steinbildhauer.

Donnerstag, den 21. April, abends 7 Uhr (gleich nach Feiertag), im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal III:**

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Wie gebeten die Kollegen die gegenwärtige Konjunktur auszunutzen? 3. Verschiedenes.
Kollegen, erscheint Mann für Mann zu dieser Versammlung und namentlich sind die unorganisierten Kollegen hierdurch nochmals eingeladen.
23/18* Der Einberafer.

Arbeiter-Bildungs-Schule Berlin.

Freitag, den 22. April 1904, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im Saale des **Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, der Revisoren und des Lehrer-Kollegiums. 4/16
2. Anträge.
3. Wahl des Vorstandes und der Revisoren.
4. Schulangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Beiträge können bezahlt werden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Einsetzer.
Freitag, den 22. April cr., abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshaus:**
Versammlung (nur für Mitglieder der roten Karte).

Die Frauen

und die Politik

Von **Lily Braun**.
Preis 50 Pf.
Kollations-Kausgabe 20 Pf.
In warmen, zu Herzen gehenden Worten fordert die Verfasserin die proletarischen Frauen auf zu tätiger Mitarbeit bei den Organisationsbestrebungen der Arbeiter. Die Revolution der Maschine hat die Frau der Ausbeutung des Kapitalismus überantwortet; die Maschine ebnet aber auch den Weg zur Befreiung der Frau aus den ökonomischen, rechtlichen und sittlichen Fesseln, in die der vergangene Zeitalter sie gedrungen haben. Die Verfasserin zeigt wie dieses Ziel erreicht werden kann.
Vorwärts Buchhandlung Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Eureka
bestes
Waschmittel

Orts-Krankenkasse der Gürtler.

Zu der am **Sonntag, den 24. d. M.,** vormittags 9 1/2 Uhr, im **„Märkischen Hof“**, Admiralsstr. 18c, stattfindenden **ordentlichen General-Versammlung** werden die Herren Delegierten ergebenst eingeladen.
Tages-Ordnung:
1. Zu getrennter Versammlung für Arbeitnehmer:
Wahl eines Vorstandsmitgliedes (§ 38 Abs. 4—5 des Statuts).
II. In gemeinsamer Versammlung:
1. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung. 2. Verzeihung. 3. Verschiedenes. 6418
Berlin, den 20. April 1904.
Der Vorstand,
G. Knoft, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Gastwirte und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Ordentliche General-Versammlung der Kasenvertreter
am **Freitag, den 29. April 1904,** nachm. 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Hempel, Rosenhaldenstr. 11/12.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Rechnungsausschusses über die Prüfung der Jahresrechnung pro 1903. (S. 48 d. Statuts.)
2. Besprechung des Jahresberichts.
3. Verschiedenes und freie Besprechung.
4. Vortrag. 273/14
Berlin, den 18. April 1904.
Der Vorstand,
Poppo, Vorsitzender.
Braun, Schriftführer.

Invaliden-Unterstützungskasse der Gürtler.

Zu der am **Sonntag, den 24. d. M.,** vorm. 12 Uhr im **„Märkischen Hof“**, Admiralsstr. 18c stattfindenden **Ordentl. General-Versammlung** werden die Mitglieder hiermit ergebenst eingeladen.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung.
2. Verschiedenes.
Berlin, den 20. April 1904.
Der Vorstand,
A. Hollar, Vorsitzender,
Brenzlauer Allee 11.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut, Haar, und Frauenleiden, Seydelstr. 9, 1/2, 12—1/3, 1/6—1/8, Sonn. 9-11

Künstliche Zähne, Plomben

Carl Goeringer, Dentist, N. Eichendorffstr. 21, früher Brunnengasse.

Zahn-Klinik.

Preise beliebige Teilzahlung. Invaliden-Olga Jacobson, strasse 145.

Orts-Krankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker

findet statt am **Freitag, den 29. April 1904,** abends 8 1/2 Uhr, in der **Berliner Ressource**, Kommandantenstr. 57.
Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1903. 2. Beschlussfassung über eine von der Aufsichtsbekörde dem Vorstande aufgegebenen Rückzahlung von Reichskolon. 3. Abänderung des § 40 des Statuts. 4. Antrag der Delegierten Biedemann und Genossen auf regelmäßige Forderung der „Deutschen Krankentafel-Zeitung“ an sämtliche Delegierte. 6385
Der Vorstand,
R. Nürnberg, H. Philipsohn, Vorsitzender, Schriftführer.

Dr. Simmel,

Specialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

